



## Stenografischer Bericht

– öffentlich –

3. Sitzung der Enquetekommission Migration und Integration in Hessen

19. März 2010, 9:35 bis 15:07 Uhr

### Anwesend

Vorsitzender Abg. Holger Bellino (CDU)

*ordentliche Mitglieder:*

*stellvertretende Mitglieder:*

#### **CDU**

Abg. Alexander Bauer  
Abg. Patrick Burghardt  
Abg. Ismail Tipi  
Abg. Astrid Wallmann

#### **SPD**

Heike Habermann  
Abg. Gerhard Merz  
Abg. Ernst-Ewald Roth

#### **FDP**

Abg. Dr. Frank Blechschmidt  
Abg. Hans-Christian Mick

Abg. Stefan Müller (Heidenrod)

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Abg. Mürvet Öztürk  
Abg. Kordula Schulz-Asche

#### **DIE LINKE**

Abg. Barbara Cárdenas

**Sachverständige der Fraktionen**

Birgit Simon  
Dr. Stefan Luft  
Marc Phillip Nogueira  
Prof. Dr. Friedrich Heckmann  
Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke

**Fraktionsassistenten**

FraktAss	Pascal Schnitzler	(Fraktion der CDU)
FraktAss	Marco Gaug	(Fraktion der CDU)
FraktAss	Gert-Uwe Mende	(Fraktion der SPD)
FraktAss	Christian Baumann	(Fraktion der FDP)
FraktAssin	Pia Walch	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FraktAssin	Simin Falsafi	(Fraktion DIE LINKE)
Jan Schalauske		(Fraktion DIE LINKE)

**Sachverständige**

Berthold Müller (Hessisches Statistisches Landesamt)  
Corrado Di Benedetto (agah)  
Dr. Nargess Eskandari-Grünberg (Integrationsdezernentin, Frankfurt)  
Sholeh Sharifi (Integrationsbeauftragte, Gießen)  
Jeanine Rudolph (Leiterin der Integrationsabteilung, Wiesbaden)  
Dr. Brigitta Eckert (Integrationsprojekt „Lernmobil e. V.“)  
Dr. Gerd Wendtland (Vorsitzender des Vereins „Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach“)

**Landesregierung****StK**

RiinLG Inga Heike

**HMdJIE**

RR Bude  
Frau Addison-Agyei

**Landtagskanzlei**

RDirin Susanne Ewert

Protokollierung: Sonja Samulowitz, Beate Mennekes

## Anhörung zu

### Themenblock 2: Beispiele gelungener Integration analysieren

**Vorsitzender:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zu der dritten Sitzung der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ sehr herzlich begrüßen. Ich darf auch die Sachverständigen willkommen heißen, die von den einzelnen Fraktionen zusätzlich zu den ständigen Sachverständigen benannt worden sind.

Wenn es seitens der Kommissionsmitglieder keine Änderungswünsche gibt, verfahren wir entsprechend der Tagesordnung. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich schlage vor, dass wir nach jedem zweiten Vortrag eine Fragerunde einschieben; denn wenn wir die Vorträge hintereinander hören, dürfte das etwas zu umfangreich werden.

Ich gebe Frau Dr. Eckert das Wort.

Frau **Dr. Eckert:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zunächst zu meiner Person: Ich bin heute eingeladen worden, um Beispiele aus der Praxis vorzustellen. Ich bin von Beruf Lehrerin und habe in Pädagogik promoviert. Das heißt, ich bin in beiden Feldern zu Hause. Für die Entwicklung der Arbeit war das mit entscheidend.

Vor 25 Jahren habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Baltes den Verein „Lernmobil“ gegründet und die Einrichtung dann weiterentwickelt. Der Verein hat sich schon vor 25 Jahren das Leitmotiv „Integration durch Bildung“ gegeben. Damals haben uns nur wenige beachtet. Das pädagogische Profil des Vereins umfasst Integrationsangebote für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene.

Die inhaltliche Zielsetzung basiert auf einer Besonderheit. Wir hatten von Anfang an keinen festgelegten öffentlichen Auftrag, sondern die pädagogischen Handlungsfelder haben sich allein aufgrund der Analyse der pädagogischen Wirklichkeit in Abgleichung mit dem Bedarf weiterentwickelt. Mein Vortrag ist also so aufgebaut, dass ich in meinem Kopf die Entwicklung in den letzten 25 Jahren rekonstruiert und analysiert habe. Dabei habe ich mir in Anlehnung an Ihren Fragekatalog überlegt, welche Säulen aus meiner Perspektive notwendig sind – meine Perspektive ist eng begrenzt; sie beruht auf meiner Erfahrung –, damit Integrationsprozesse gelingen können.

Ich muss dazu auch sagen, dass unsere Einrichtung in einer Kleinstadt verortet ist. Viernheim ist eine südhessische Kleinstadt mit ca. 35.000 Einwohnern. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund – wir haben, mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten, versucht, diejenigen mit einem deutschen Pass hineinzurechnen – liegt bei 24 %.

Unser Verein hat wie viele andere Einrichtungen in Hessen, die interkulturell arbeiten, mit einer schulkompensatorischen Aufgabenstellung begonnen. Wir haben Kindern und Jugendlichen bei den Hausaufgaben geholfen. Eine Nachbereitung des Schulunterrichts fand statt. Mit diesem Ansatz verfolgten wir das Ziel, durch individuelles Fördern die Chancengleichheit von Kindern mit Migrationshintergrund herzustellen. Wir wollten ihnen dadurch Zugang zur Bildung eröffnen.

Jedoch bewirkte dies, wie wir aufgrund unserer begrenzten Sicht feststellen konnten – es hat sich aber auch bundesweit gezeigt –, keinen markanten Anstieg der Zahl der höher qualifizierten Bildungsabschlüsse. Im Einzelfall hatte die Förderung Erfolg. Einzelne Kinder haben einen schulischen Erfolg erlebt. Aber in der Breite hat sich an der Bildungssituation der Migranten durch die individuelle Förderung sehr wenig geändert.

Damit komme ich jetzt zu einer Säule, die aus meiner Perspektive sehr wichtig ist: Bildungsprozesse müssen vielschichtig gestaltet werden. Wir haben damals oft fast intuitiv wahrgenommen, dass erfolgreich verlaufende Integrationsprozesse nur dann möglich sind, wenn man vielschichtig gestaltete Bildungssituationen im Hintergrund hat. Neben dem schulbezogenen kompensatorischen Lernen und der Sprachförderung halten wir es in unserer Einrichtung für wichtig, soziale Handlungsfähigkeiten von Menschen zu unterstützen und die Herausbildung sozialer und kultureller Identitäten zu ermöglichen.

Die Integration kann nie an einem Ort stattfinden, sondern nur im Verbund mit Menschen und Einrichtungen. Um konkret zu werden: Wir arbeiten in unserer Einrichtung natürlich schulbezogen. Dies ist oft schwer, da zwei Systeme nebeneinander existieren: Die Schule gibt normativ etwas vor, während die individuelle Lernsituation eine ganz andere ist. Es wäre darüber zu reden, wie man mit dieser Situation angemessen umgehen kann. Die Sprachförderung verbinden wir mit der Bereitstellung von Möglichkeiten, Erfahrung in den unterschiedlichsten Bildungsbereichen zu machen: Atelierarbeit, Musik usw. Uns ist es auch ganz wichtig, die Angebote unserer Einrichtung mit Angeboten in der Region zu verbinden. Wir besuchen mit den Kindern Museen. Wir arbeiten mit dem Kunsthaus in Viernheim zusammen. Es ist uns wichtig, dass die Kinder Einrichtungen kennenlernen, um auf diese Weise zu Nutzern zu werden und Partizipation in der Region zu erleben.

Auch das möchte ich sagen: Oft ist von Spektakulärem die Rede. Aber es geht auch darum, in die sozialen Verkehrsformen dieser Gesellschaft einzuführen. Ich bin – ganz banal – mit Kindern in ein Café gegangen, damit sie lernen, wie man sich in dieser Gesellschaft benimmt. Auch darum geht es also oft.

Die soziale Integration braucht aus meiner Sicht Kontaktflächen. Bei einer für unsere Einrichtung wichtigen Kontaktfläche handelt es sich um die Lesepatzen. In unserer Einrichtung arbeiten jede Woche 15 ehrenamtlich tätige Menschen mit den Kindern und Jugendlichen zusammen, um sie in ihrem Lesesozialisationsprozess individuell zu begleiten.

Oft hat sich aus der Analyse des einen Bereichs der nächste Bereich ergeben. Wir haben gemerkt, dass wir an Grenzen stoßen, wenn wir unsere Förderung auf die Kinder- und Jugendarbeit begrenzen. Aus dieser Analyse hat sich die Arbeit mit Erwachsenen ergeben. Für die Arbeit mit Erwachsenen – das ist immer ein Thema – sind die Integrationskurse ein zentraler Baustein. Aus unserer Perspektive ist der Spracherwerb eine wesentliche Grundlage für die Integration. Er muss aber, um erfolgreich zu sein, mit sozialen und identitätsstiftenden Elementen verknüpft werden. Man muss versuchen, die Menschen durch Angebote zu gewinnen. Identität lässt sich nicht verordnen. Aus meiner Erfahrung möchte ich zu bedenken geben: Wenn ich Entwicklungen beobachte, stelle ich fest, dass Identitätsbildungsprozesse oft einen Zickzackkurs nehmen und über mehrere Generationen verlaufen.

Da diese Verknüpfung ein zentraler Punkt für mich ist, möchte ich ein Beispiel nennen. Sprachkurse mit sozialen und identitätsstiftenden Elementen zu verknüpfen bedeutet bei uns, dass wir neben den Integrationskursen eine Vielzahl von Projekten anbieten. Ich möchte dies an einem Beispiel deutlich machen: Wir veranstalten pro Jahr mehrere

Ausflüge mit Familien, bei denen auch die Teilnehmer der Sprachkurse mitmachen können. Ziel dieser Ausflüge ist es, durch Wissen und aktives Erleben eine Identität mit Stadt und Region herzustellen und Partizipation zu ermöglichen.

Wir waren z. B. in Hirschhorn. Die Teilnehmer an diesem Ausflug konnten dadurch einen Ort mit einem mittelalterlichen Stadtkern kennenlernen. Die Idee ist aus der Praxis entstanden. Wir stellen immer fest, dass Burgen ein interessantes Thema sind. Aber wie kann man über Burgen schreiben, wenn man keinen Begriff davon hat und nicht auf Erfahrungen zurückgreifen kann? Diesen Hintergrund hatte der Ausflug. Dann haben wir eine Schiffstour auf dem Neckar gemacht. Der Hintergrund ist, dass wir einen Beitrag dazu leisten wollen, dass die Familien ihre Region kennenlernen, sodass sie ein Interesse dafür entwickeln und eine Partizipationsmöglichkeit entstehen kann. Zum Beispiel sollte der Besuch der Zukunftsmesse im Luisenpark eine Möglichkeit aufzeigen, wie man Bildung mit einem Familienvergnügen verbinden kann. Wir haben übrigens auch das Haus der Sinne in Wiesbaden besucht.

Mit Sprachkursen verbinden wir auch immer Informationsveranstaltungen und Informationen über Einrichtungen. Einmal pro Monat werden die Vertreter von Einrichtungen aus der Region oder aus dem Ort eingeladen, um sich mit einem kleinen Themenvortrag vorzustellen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können auf diese Weise die Einrichtungen kennenlernen und mit Projekten verknüpfen. In unserem Kreis gibt es ein sehr gutes Projekt. Im Rahmen dieses Projekts ist jemand angestellt worden, der den Menschen Angebote vermittelt. Wenn jemand sagt, er möchte gern Golf spielen, bringt er ihn mit dem entsprechenden Angebot zusammen. Er begleitet Menschen in Einrichtungen. Dafür zu sorgen, dass die Teilnehmer der Integrationskurse die vielfältigen Angebote, die der Kreis macht, nutzen, sehen wir als unsere Aufgabe an. Nur in dieser Verknüpfung halte ich ein Gelingen für möglich. Das gilt auch für den Spracherwerb. Wenn der Spracherwerb ein abgetrennter Prozess ist, wird sich das totlaufen. So habe ich es oft erlebt.

Ich möchte eine weitere Säule benennen, die aus unserer Perspektive sehr wichtig ist: Dass man für alle Bürger in einer Kommune Beteiligungsstrukturen schafft, ist für das Gelingen des Integrationsprozesses grundlegend. In unserer Einrichtung, im „Lernmobil“, hat ein Perspektivwechsel stattgefunden. Wir haben lange Zeit etwas für Menschen entwickelt. Heute lassen wir die Menschen an den Veränderungsprozessen in ihrem Lebensumfeld teilhaben.

Um diesen Perspektivwechsel zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen kurz ein Projekt vorstellen: das Projekt PfiVV – Projekt für interkulturelle Verständigung in Viernheim. Aus unserer Sicht ist das ein Beispiel für die aktive Einbeziehung von Migranten und Einheimischen in den Gestaltungsprozess ihrer Kommune. Wir haben bis jetzt 23 Menschen ausgebildet. Der Verein „Lernmobil“ hat gemeinsam mit der Stadt Viernheim und dem Land Hessen – beide haben es finanziert – ein Konzept entwickelt, das schließlich auch zertifiziert worden ist.

Das Projekt PfiVV hat die Aufgabe, die Erfahrungen von Menschen im interkulturellen Kontext zu nutzen und den Leuten Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten, damit sie für ihre nicht leichte Aufgabe gerüstet sind. Bürgerinnen – hier vor allem Migrantinnen – werden ausgebildet, um an zentralen öffentlichen Orten anderen Bürgern in Situationen Hilfestellung zu leisten, in denen die Nutzung einer Einrichtung für diese schwierig ist bzw. der Fall eintritt, dass man sich nicht verständigen kann. Sprachschwierigkeiten sind häufig die Ursache für eine nicht gelingende Kommunikation. Deshalb sind in den Anlaufstellen Menschen vertreten, die sehr viele Sprachen sprechen.

In diesem Projekt ist aus unserer Sicht Entscheidendes geschehen: Bürgerinnen und Bürger ganz unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft eignen sich ihre Kommune Stück für Stück an. Es werden keine Unterschiede benannt, sondern man erfährt sich in Viernheim in der gemeinsamen aktiven Beteiligung und schafft so die Bedingungen für Chancengleichheit.

Als wir dieses Projekt entwickelt haben, haben wir uns aber umgeschaut und bemerkt, dass die Prozesse schnell verpuffen, wenn man es dabei belässt, Menschen individuell weiterzubilden. Prozesse, die nachhaltig sein sollen, müssen aus unserer Perspektive mit Strukturen verbunden werden. Deshalb haben wir in Viernheim die Ausbildung mit einer strukturellen Veränderung von Einrichtungen verbunden. Wir haben geschaut, wo sich die zentralen Einrichtungen vor Ort befinden, und dann sogenannte Anlaufstellen geschaffen. Im Rathaus, im Jobcenter, im Krankenhaus, an Schulen und in Kitas gibt es solche Anlaufstellen, die mit ehrenamtlichen Mitarbeitern besetzt sind, die auch Sprechstunden abhalten. Diese ehrenamtlichen Mitarbeiter sind dort Mitglieder eines Teams, damit sie die Möglichkeit haben, direkt in Strukturen einzugreifen.

Ich möchte ein Beispiel nennen, um dies deutlich zu machen. Im Rathaus haben die Mitarbeiter festgestellt, dass die Leute immer kommen, weil sie Informationen zu dem Thema Grundsicherung haben wollen. Im Team ist darüber gesprochen worden, wie man dieses Problem lösen kann; denn wenn das so weiterginge, würde man sich ständig wiederholen. Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass man etwas verändert. Wir haben uns überlegt, ein Amtsleiterfrühstück zu veranstalten, zu dem alle Viernheimer Bürger, die Informationen zu diesem Thema haben wollen, eingeladen werden, und außerdem Faltblätter mit zentralen Informationen in vielen unterschiedlichen Sprachen zu verteilen. Das ist ein Beispiel dafür, wie man über scheinbar ganz kleine Schritte Möglichkeiten schafft, die Arbeitsabläufe in Einrichtungen effizienter und für Kunden nutzbarer zu gestalten.

Bei der nächsten Säule, die mir wichtig ist, geht es darum, dass erfolgreiche Integrationsprozesse einer Steuerung in der Kommune bedürfen. Die Erfahrungen aus unserer Arbeit haben gezeigt, dass die Integration nicht an einem Ort stattfinden kann, sondern nur in der Vernetzung auf kommunaler, regionaler und bundesweiter Ebene. Aus unserer Perspektive kommt der Kommune hierbei eine zentrale Bedeutung zu.

Ich möchte ein Negativbeispiel nennen und aufzeigen, was passiert, wenn keine Verbindung zwischen den unterschiedlichen Ebenen besteht. Wir haben am Donnerstag einen Brief vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhalten – Sie werden erstaunt sein, wenn Sie das hören –, in dem es heißt, dass bei der Teilnahme an Alphabetisierungskursen keine Kinderbetreuung mehr bezahlt wird. Wir wollten gerade einen Kurs starten. Da viele der Frauen Kinder im Alter zwischen null und drei Jahren haben, bedeutet das, dass dieser Kurs nicht stattfinden kann. Wenn keine Vernetzung stattfindet, passieren nicht erklärbare Dinge. Wir waren sehr verwundert, als wir diesen Brief bekommen haben.

Bei uns in Viernheim ist die Steuerung beim Bürgermeister verortet. Wenn es eine Steuerung in der Kommune gibt, ist es aus meiner Perspektive auch gewährleistet, dass eine institutionsübergreifende Arbeit stattfindet. Ich möchte Ihnen das anhand eines Beispiels anschaulich darstellen. Mit der Einrichtung der Vorlaufkurse ist die Situation entstanden, dass ein und dieselbe Zielgruppe sowohl im Kindergarten als auch in der Schule Förderung in deutscher Sprache erhalten hat. Wir haben in Viernheim festgestellt, dass ziemlich viel nebeneinander und in doppelter Ausführung passiert ist.

Wir haben uns überlegt, wie wir diesen Prozess effektiver gestalten können, und als Resultat eine Steuerungsgruppe eingerichtet. In der Steuerungsgruppe sitzen ein Mitarbeiter des Schulamts, ein Mitarbeiter der Stadt und wir als Leiter dieses Projekts. Entsprechend dem Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan, der gerade institutionsübergreifende Bildungs- und Erziehungsprozesse beschreibt, haben wir versucht, diese Aufgabe vor Ort zu erfüllen.

Nun ist uns etwas gelungen, was nicht einfach war. In diesem Jahr wird es ein einziges Sprachförderkonzept für alle Kitas geben. Wir haben uns an dem Sprachförderkonzept der Vorlaufkurse orientiert. Dies war insofern nicht einfach, als in Viernheim jede Kita ein eigenes, hausgemachtes Konzept hatte. Wir hatten sehr unterschiedliche Träger. Nur ein einziger Kindergarten befindet sich in Trägerschaft der Stadt. Insofern musste mit sehr vielen Trägern gerungen werden. Jetzt führen alle Kitas den Sprachförderkurs „Deutsch für den Schulstart“ genauso wie in den Vorlaufkursen durch. Sie fangen mit den Niveaustufen 1 und 2 an. Wenn die Kinder in die Vorlaufkurse kommen, kann man mit den Niveaustufen 3 und 4 weitermachen. Ich habe mir sagen lassen – ich bin nicht die Fachfrau –, dass das Erreichen der Niveaustufe 4 eine wichtige Voraussetzung für einen möglichst guten Schulstart ist. Vorher ist die Sprachförderung immer mit dem Erreichen der Niveaustufe 2 beendet worden.

Wir haben jetzt also erreicht, dass sich die Maßnahmen aufeinander beziehen. Ich halte das für wichtig. Wir haben immer versucht, herauszufinden, wie man unter der Bedingung einer systemischen Abgrenzung arbeiten kann. Jetzt werden alle in demselben Programm beschult und machen gemeinsame Erfahrungen in einem System. Das ist auch eine gute Grundlage für eine spätere Zusammenarbeit.

Dies ist ein Beispiel dafür, wie durch die Zusammenarbeit von Institutionen Ressourcen gezielt eingesetzt werden können. Es bedarf natürlich auch zusätzlicher finanzieller Mittel. In diesem Fall teilen sich die Kommune und das Land die Kosten.

Ich möchte zum Schluss die Indikatoren zusammenfassen, die für ein nachhaltiges Gelingen unserer Arbeit wichtig sind. Uns fehlen allerdings viele Messinstrumente. Da müssen wir nacharbeiten.

Ein Indikator ist aus unserer Sicht die aktive Teilhabe von Menschen, die ihr Gemeinwesen aus ganz unterschiedlichen Gründen gestalten. In Viernheim wurden dafür Beteiligungsstrukturen geschaffen. Wir haben in den Schulen auch Weiterbildungskonzepte für Eltern geschaffen: Eltern geben ihr Wissen an andere Eltern weiter. Hier wurden also Beteiligungsstrukturen auf einer individuellen Ebene geschaffen. Es geschah aber auch etwas auf der strukturellen Ebene, z. B. durch die Schaffung von Anlaufstellen.

Bildungschancen wurden eröffnet. Kinder haben durch die Förderung in unserer Einrichtung die Möglichkeit erhalten, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Das würde ich aber gern noch stärker untersuchen.

Ich konnte beobachten, dass Identifikationsprozesse stattgefunden haben. Die halte ich für zentral. Eine große Zahl derjenigen, die jetzt ehrenamtlich im PFIVV-Projekt mitarbeiten, hat vorher den Integrationskurs besucht. Wir haben letzte Woche eine Pressekonferenz mit einer neuen Ausbildungsgruppe durchgeführt. Eine Frau aus der jetzigen Ausbildungsgruppe hat z. B. gesagt: Ich habe viel bekommen; ich möchte etwas zurückgeben.

Die Steuerung von Prozessen hat Ergebnisse vorzuweisen, wie ich Ihnen eben anhand des gemeinsamen Konzepts für die Sprachförderung gezeigt habe.

Für mich ist wichtig – das kann ich immer nur an einzelnen Phänomenen ablesen –, dass sich die Haltungen interkulturellen Fragen bzw. interkulturellen Problemen gegenüber geändert haben. Was interkulturelle Probleme sind, müsste man einmal definieren. Früher hat man das in den Schulen irgendwie gemanagt. Man hat eines der Geschwister oder ein anderes Kind geholt, und die haben dann übersetzt. Dagegen wird heute nach Anlaufstellen, nach interkulturellen Mediatoren gefragt. Dies ist für mich ein Beleg dafür, dass sich ein anderes Problembewusstsein zu entwickeln beginnt.

Ich kann feststellen, dass es bei uns in Viernheim eine große Nachfrage nach Integrationskursen gibt, und zwar auf freiwilliger Basis. Dies zeigt, dass zumindest Teile unseres Konzepts in Bezug auf den Integrationsprozess erfolgreich sind.

**Vorsitzender:** Frau Dr. Eckert, wir haben Ihnen für den ausführlichen Bericht zu danken. Wir freuen uns auf die Fragerunde, die wir nach dem nächsten Vortrag einschieben.

Zunächst darf ich aber Frau Sharifi das Wort geben.

Frau **Sharifi:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich herzlich für die Einladung. Ich bin sehr froh, heute bei Ihnen zu sein. Es ist mir ein Anliegen, über das Thema gelungene Integration zu sprechen und mich mit den Menschen zu unterhalten, die die Entscheidungsträger sind.

Zunächst möchte ich etwas zu meiner Person sagen. Wie Sie wahrscheinlich an meinem Namen gemerkt haben, gehöre ich zu denjenigen, die heutzutage „Menschen mit Migrationshintergrund“ genannt werden. Ich bin gebürtige Iranerin. Seit 1983 lebe ich in Deutschland. Ich habe versucht, mich zu integrieren, und ich glaube, ich kann heute sagen, dass ich integriert bin, dass ich sozusagen angekommen bin. Aber das war ein langer Prozess. Es war nicht einfach.

Darüber wollen wir heute sprechen. In dem Zusammenhang möchte ich Ihnen allen das Projekt vorstellen, das in den Jahren 2005 und 2006 in der Stadt Gießen durchgeführt worden ist. Im Jahr 2007 haben wir für das Projekt „Gelungene Integration – Gießener Gesichter“ den Hessischen Integrationspreis bekommen.

Bitte erwarten Sie von mir keine wissenschaftliche Arbeit. Ich bin heute nicht da, um eine wissenschaftliche Arbeit abzugeben. Ich möchte nicht so sehr den Begriff „Integration“ definieren, sondern vielmehr über die Praxis sprechen. In dem Thesenpapier der Enquetekommission ist dies bereits erfolgt. Ich finde, über Integration wird überhaupt mehr unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten geredet und geschrieben als mit Blick auf Beispiele für eine gelebte Integration.

Trotzdem komme ich nicht darum herum, eine Definition von Integration abzugeben. Unsere Definition von Integration basiert auf einer Interviewserie in einer Gießener Tageszeitung. Diese Interviews sind in unserer mittelhessischen Metropole Gießen, die etwa 80.000 Einwohner aus 148 verschiedenen Nationen hat, in den Jahren 2005 und 2006 auf eine unserer Meinung nach neuartige Art und Weise durchgeführt worden. Wir freuen uns, dass diese Serie in anderen Zeitungen, z. B. in der „Frankfurter Rundschau“ und in der „taz“, Nachahmung gefunden hat. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir als Ers-



te mithilfe der Medien eine solche Serie gemacht haben. Wie ich bereits erwähnt habe, freuen wir uns auch darüber, dass wir den Hessischen Integrationspreis für diese Serie bekommen haben.

Integration bedeutet für mich in erster Linie, Anerkennung und Annahme zu erfahren. Wer keine Anerkennung und keine Annahme erfährt, wird an den Rand gedrängt, übernimmt keine Verantwortung und wird noch mehr isoliert. Das gilt übrigens auch für Menschen mit deutschem Hintergrund. Integration findet täglich statt: bei einer Begegnung, mit einem Lächeln, bei der Wohnungssuche, in der Schule. Natürlich setzt so etwas Gleichberechtigung und Chancengleichheit voraus; ansonsten endet die Integration im Mitleid.

Es gibt sehr unterschiedliche Arten, von einer Gesellschaft Anerkennung zu erfahren. Ich stelle Ihnen jetzt einige Interviewpartner vor, die sich bereit erklärt haben, der Öffentlichkeit ihre Biografie vorzustellen. Ob das eine Lehrerin oder ein Lehrer oder der Vertreter einer religiösen Gemeinschaft war, spielte eigentlich keine Rolle. Die Hauptsache ist, Anerkennung und Annahme zu erfahren.

Percy Grommelt hat erzählt, dass sie, nachdem sie als hoch qualifizierte Krankenschwester von den Philippinen nach Deutschland gekommen war, im Krankenhaus erst einmal nur putzen durfte. Dann entdeckte ein Professor, dass sie wirklich gut arbeiten kann. Das war ihre Anerkennung. Sie wurde dann eine fachlich qualifizierte Krankenschwester auf einer Intensivstation.

Ich habe mich an dem Fragenkatalog, der mir zugeschickt worden ist, orientiert. Ich fand es sehr schön und auch sehr interessant, eine Vorlage zu haben, auf die ich mich beziehen konnte. Daher werde ich versuchen, auf die Fragen einzugehen und sie aus meiner Sicht bzw. aus Sicht der Migranten – das, was für uns in der Stadt Gießen gilt – zu beantworten.

Zu Frage 1: Wie definieren Sie gelungene Integration? Integration auf dem Arbeitsmarkt – ich weiß es nicht. Wenn ich an unsere Gastarbeiter denke, möchte ich auf keinen Fall behaupten, dass der Arbeitsmarkt ein Ort war, von dem aus sie sich integriert haben. Sie waren zwar in den Arbeitsmarkt integriert, aber nicht in die Gesellschaft. Das Problem kennen wir alle.

Zu dem Erwerb von Deutschkenntnissen. Deutschkenntnisse sind für uns alle sehr wichtig. Aber sie sind nicht alles. Wenn ich an den straffällig gewordenen Jungen Mehmet aus Bayern denke, muss ich sagen: Der spricht perfekt Deutsch, aber er ist nicht in diese Gesellschaft integriert worden. Was die äußere Erscheinung betrifft: Sie ist eben, wie gesagt, nur äußerlich und hat mit dem Inhalt überhaupt nichts zu tun. Ich würde diese Frage eher dahin gehend beantworten, dass eine gelungene Integration stattgefunden hat, wenn die politische, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe an dieser Gesellschaft gegeben ist. Chancengleichheit und Gleichberechtigung sind die Voraussetzungen für eine gelungene Integration.

Zu Frage 2: Welche (institutionellen) Voraussetzungen sind für eine erfolgreiche Integration notwendig? Bildungseinrichtungen stellen institutionelle Voraussetzungen für eine gelungene Integration dar. Bildungsinstitutionen sind z. B. Kindertagesstätten und Schulen. Leider konnten wir für unsere Serie keine Interviews mit Kleinkindern durchführen. Deshalb ist das, was ich hier darstelle, auf Schulkinder begrenzt. Noch einmal: Eine institutionelle Voraussetzung ist die Schule. Die Schule ist ein Ort, an dem man Wärme, Geborgenheit und Unterstützung bekommen kann.

Nader Madjidian ist vor 37 Jahren als 16-Jähriger allein nach Deutschland gekommen. Der damalige Direktor der Gesamtschule Gießen-Ost hatte die Idee, ihm für jedes Fach Mitschüler zur Seite zu stellen. Das bezeichnen wir heute mit dem Fachbegriff „Lotsenarbeit“. Mittlerweile hat er zwei Hochschulabschlüsse erworben. Er ist Psychologe und arbeitet als Familien- und Musiktherapeut. Außerdem setzt er sich für die gesellschaftlichen Belange in unserer Stadt ein.

Ein weiteres Beispiel ist die Familie Çetin. Die Mutter ist Analphabetin; der Vater ist ein ganz normaler Arbeiter. Zwei der vier Töchter sollten nach Meinung der Lehrerin eigentlich nach der 9. Klasse die Schule beenden. Beide sind ausgezeichnete Ingenieure und arbeiten. Das dritte Kind studiert in Mainz Jura; das vierte Kind hat Abitur gemacht und mit dem Studium angefangen.

Hasan Dilman wurde vom Berufsberater und vom Schulleiter ausgelacht, als er erklärt hat, er wolle Rechtsanwalt oder Arzt werden. Er ist Rechtsanwalt geworden und hat bei uns eine Kanzlei eröffnet. Zudem ist er einer der jüngsten Anwälte deutschlandweit.

Die institutionellen Voraussetzungen und eine professionelle Unterstützung sind das A und O. Ohne eine professionelle Unterstützung können wir es nicht sehr weit bringen.

Alexander Atoberhan ist im Alter von sechs Jahren mit seinen Eltern aus Eritrea gekommen. Bereits in der Unterkunft erhielt er Unterstützung in Form von Nachhilfeunterricht. Er ist Bankkaufmann geworden und macht richtig Karriere in Gießen. Außerdem spielt er Basketball auf Bundesligaebene.

Ali Riza Aldudak kam als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland und ist, wohlgemerkt, im Heim aufgewachsen. Er hatte Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache und hat in der Schule nicht viel Unterstützung erhalten. Nach der Schule hat er zunächst eine Ausbildung als Maurer absolviert, aber das war ihm zu wenig. Er wollte einfach weitermachen. Ein früherer Erzieher brachte ihn darauf, dass man auch als Erwachsener noch das Abitur machen kann. Bei den Migranten mangelt es da an Informationen. Er hat das Abitur nachgemacht und ein Studium für das Lehramt an Gymnasien angeschlossen. In der vergangenen Woche hat er seine letzten Prüfungen abgelegt. Parallel zum Studium hat er in einer Schule mit einem hohen Anteil von Migrantenkindern unterrichtet. Er ist Vater von zwei Kindern.

Aber ich würde die Voraussetzungen für eine gelungene Integration nicht auf die Unterstützung auf institutioneller Ebene begrenzen. Vielmehr hat eine gelungene Integration auch sehr viel mit ehrenamtlichem Engagement zu tun. Die 65 Menschen aus den verschiedensten Ländern, die für diese Serie interviewt worden sind, sind in unserer Stadt auch ehrenamtlich tätig. Diese ehrenamtliche Tätigkeit wiederum ist mit Anerkennung verbunden. Zum Beispiel sagt der Fußballtrainer Adnan Uludag: Sportplätze sind Integrationsplätze. – Oder nehmen wir Mostafa Farman: Er ist seit 21 Jahren im Ausländerbeirat. Wir haben für unsere Serie auch Kaweh Mansoori, Gießens Stadtschulsprecher, interviewt. Später ist er sogar Landesschulsprecher geworden. Said Houchati hat den Deutsch-Algerischen Verein in Frankfurt mitbegründet. Auch in Fußballvereinen sind Menschen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich tätig.

Zu Frage 3: Wie kann die Nachhaltigkeit von Migrationsarbeit sichergestellt werden? Ich denke, das ist eine sehr wichtige Frage. Aber ich habe die Antwort darauf bereits im Zusammenhang mit der ersten Frage gegeben: Eine nachhaltige Integration ist für mich die politische, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe an der Gesellschaft.

Der Integrationsprozess hat irgendwann angefangen – wenn auch sicherlich noch nicht vor 60 Jahren. Aber sagen wir, er hat irgendwann angefangen. Der Integrationsprozess geht nie zu Ende. Ich war acht Jahre lang Mitglied des Gießener Ausländerbeirats. Ich kann mich daran erinnern, dass wir schon damals über ein Wahlrecht für Ausländer gesprochen haben, und weiß, dass das heute noch ein Thema ist. Wenn ich mich im Landtag umschaue, stelle ich fest, dass zwei Abgeordnete einen Migrationshintergrund haben. Eine Abgeordnete ist seit Beginn der Legislaturperiode dabei; ein Abgeordneter ist nachgerückt. Mathematik war nie meine Stärke. Aber ich denke, angesichts der Tatsache, dass 25 % der Menschen einen Migrationshintergrund haben, müsste es um die 30 Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Landtag geben. Ich hoffe, dass wir bald ein paar mehr haben.

Zur Nachhaltigkeit in Bezug auf das Projekt „Gelungene Integration“: Es ist in dem Sinne nachhaltig, dass die Interviews, von denen jeweils eins pro Woche in der „Gießener Allgemeinen Zeitung“ erschienen ist, nun auch als Buch veröffentlicht worden sind. Heute noch verkaufen wir diese Bücher; heute noch werden diese Themen in den Schulen behandelt. Auch im Fachbereich Psychologie der Universität Gießen ist dieses Buch thematisiert worden. Wir haben sehr viele Rückmeldungen bekommen und auch einen Preis dafür gewonnen. Das Preisgeld soll auch dazu dienen, die Nachhaltigkeit sicherzustellen: So sollen in unserer Stadtbibliothek für Menschen mit Migrationshintergrund Bücher in ihren Heimatsprachen angeschafft werden. Die Nachhaltigkeit soll auch dadurch sichergestellt werden, dass man nicht nur mit einzelnen Personen Integrationsarbeit macht. Auch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist ein Integrationsprozess. Ich denke, wir alle können ein bisschen daran arbeiten.

Die Bücher können sie sich übrigens mitnehmen. Allerdings habe ich gedacht, es würde ausreichen, jeweils ein Exemplar für jede Fraktion mitzubringen. Alle anderen können sich die Bücher kaufen. Wir brauchen Geld. Unsere Stadt ist nicht sehr reich.

Zu Frage 4: Wie kann gelungene/erfolgte Integration sichtbar gemacht werden? Ich denke, es ist ganz einfach, diese Frage zu beantworten. Die Medien können eine sehr große Rolle dabei spielen, gelungene Integration sichtbar zu machen, indem sie nicht nur negative Meldungen bringen. Das war eigentlich auch der Grund, warum wir diese Interviewserie gemacht haben. Als ich ein Jahr im Amt war, wollte eine Journalistin ein Interview mit mir führen. „Sie sind ein Jahr im Amt; was machen Sie?“, hat sie mich gefragt. Das hat uns darauf gebracht, dass die Medien eine große Rolle spielen. Die Journalistin sagte: Ja, das höre ich immer wieder. Aber was können wir eigentlich machen? Uns sind doch die Hände gebunden. – Darauf habe ich geantwortet: Nein, ihr könnt doch Beispiele für eine gelungene Integration bringen.

Daraus ist die Idee erwachsen. Eine halbe Stunde später rief die Journalistin mich an und sagte, sie habe mit dem Chefredakteur der Zeitung gesprochen. In sechs Wochen könnten sie das Projekt starten. Das haben wir gemacht. Als wir das Projekt geplant haben, haben wir eigentlich einen Zeitraum von acht bis zehn Wochen einkalkuliert. Das Interesse war so groß, und es gab so viele Nachfragen, dass wir uns entschieden haben, ein Jahr dafür anzusetzen. Das haben wir durchgezogen. Ein Bericht über das Projekt ist sogar auf SAT.1 gezeigt worden. Wir haben sehr viele Rückmeldungen bekommen. Die Interviewpartner sind auf der Straße mit ihrem eigenen Namen – obwohl es ungewöhnliche ausländische Namen waren – angesprochen worden. Sie haben Postkarten bekommen und sind von ihren Nachbarn eingeladen worden. Für mich ist das sehr wertvoll. Wenn man eine Einladung von den Nachbarn erhält, spricht das für eine nachhaltige Integration.

Zu Frage 5: Wo liegen Gemeinsamkeiten/Überschneidungen in den einzelnen Integrationsprojekten? Vorhin habe ich leider vergessen, zu sagen, dass ich Integrationsbeauftragte der Stadt Gießen bin. Jetzt, im Zusammenhang mit dieser Frage, möchte ich darauf hinweisen, dass meine Rolle als Integrationsbeauftragte der Stadt Gießen neu definiert werden soll. Ich sehe immer wieder, dass Parallelangebote gemacht werden. Es kommt auch immer wieder vor, dass wir, die Vertreter der Stadt, gegenüber dem Land und dem Bund Stellungnahmen zu beantragten Projekten abgeben müssen. Aber wir bekommen gar nicht mehr mit, ob die Projekte inzwischen genehmigt worden sind oder nicht. Die Stellungnahme ist abgegeben worden, fertig, aus. Das Land ist zufrieden, und der Bund ist zufrieden, aber wir bekommen keine Rückmeldung.

Für die Integrationsarbeit ist eine Koordinierung sehr wichtig. Ohne Koordinierung können wir jahrelang einiges machen. Aber schaffen wir damit nicht – was wir alle vermeiden möchten – eine Integration in Parallelgesellschaften? Als Integrationsbeauftragte beobachte ich derzeit auch, dass sozusagen eine Konkurrenzintegration stattfindet. Sie fragen sich bestimmt, was der Begriff „Konkurrenzintegration“ bedeutet. Konkurrenzintegration bedeutet für mich, dass sehr national orientierte Angebote gemacht werden. Wir wollen sowohl mit dieser Interviewserie als auch mit anderen Projekten bewirken, dass sich die Migranten untereinander integrieren. Die müssen übereinander Bescheid wissen.

Wir alle kennen mittlerweile die Probleme, die es in dem Verhältnis zwischen Russen und Türken gibt, vor allem bei den Jugendlichen. Wenn wir jetzt für russische und für türkische Kinder und Jugendliche jeweils nur national ausgerichtete Angebote machen, werden die Probleme in zehn Jahren noch größer sein als heute.

Nachdem ich nun Ihre Fragen beantwortet habe, möchte ich noch eine kleine Anmerkung machen. Ich habe in Ihrem Thesenpapier ein bisschen den Verweis auf die Einheimischen vermisst. Der Blickwinkel ist auf die Migranten eingeschränkt. Für uns spielen aber auch die Einheimischen eine große Rolle. Deshalb haben wir unsere Interviewpartner im Jahr 2005 immer gefragt: „Haben Sie auch Tipps für die Einheimischen?“ Wer soll das wissen? Das können nur diejenigen wissen, die betroffen sind. Wir haben ganz viele interessante Antworten bekommen. Manches betraf Sachen, die man eventuell nicht von heute auf morgen ändern kann. Aber immerhin ist das jetzt festgestellt worden. Als gebürtige Iranerin und als Muslimin kann ich behaupten, das ist jetzt mein Koran geworden. Wenn ich im Rahmen meiner Integrationsarbeit eine Frage gestellt bekomme, sage ich mittlerweile: Ich kann nicht alles wissen. Aber es gibt 65 Leute, von denen sich einige bereits Gedanken darüber gemacht haben. Ich könnte einmal nachschauen; vielleicht finde ich dort auch darauf eine Antwort.

Die Interviews sind wahrscheinlich nicht einfach zu lesen. Der jüngste Interviewpartner war 14 Jahre alt, der älteste 65. Bei den drei jüngsten Interviewpartnern handelt es sich um drei Freunde, die alle hier geboren sind und hier zur Schule gehen. Sie sind sehr gute Schüler. In diesem Interview sagt Nawid Madjidian:

Wenn es um den Iran geht, dann spricht schon mal jemand – sei es der Fußballtrainer, sei es die Lehrerin – von meinem „Heimatland“. Dabei habe ich mich in den 16 Jahren meines Lebens vielleicht drei Wochen im Iran aufgehalten.

Ich glaube, das ist eine sehr aussagekräftige Antwort. Wie fühlen sich unsere Jugendlichen, die bereits hier geboren sind, wenn sie mit dem Heimatland ihrer Eltern in Verbindung gebracht werden? Ein Zugehörigkeitsgefühl ist sehr wichtig, damit man sich einsetzt und sich als Deutschen betrachtet. Die Lehrerin war sich dessen sicherlich nicht

bewusst, als sie das gesagt hat. Ich bin mir hundertprozentig sicher, die Lehrerin hat sich gar nichts dabei gedacht. Das ist ganz unbewusst geschehen. Aber was löst man damit bei einem 16-Jährigen aus, der hier geboren und aufgewachsen ist und besser Deutsch als Persisch spricht? Das heißt, Aufklärungsarbeit muss auch bei den Einheimischen stattfinden.

Die Familie Atmaca ist in der Stadt Gießen sehr gut integriert. Die Mutter trägt aus Überzeugung ein Kopftuch. Sie ist im Vorstand der DITIB-Moschee. Aber die Töchter, die jetzt studieren, müssen kein Kopftuch tragen. Die Mutter hat, gefragt nach den Tipps für die Einheimischen, gesagt, manche könnten sich bemühen, ihre Nachbarn kennenzulernen. Das ist auch wirklich wichtig.

Zu dem Projekt. Ich wollte ihnen heute mitgeben, welche Erkenntnisse wir durch dieses Projekt für unsere Arbeit gewinnen konnten: Immer wieder ist deutlich geworden, dass Einzelpersonen in der Integrationsarbeit eine sehr große Rolle spielen. Wir haben auch immer wieder erfahren, dass Anerkennung und Annahme für die Integration bedeutsam sind und dass die politische, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe sehr wichtig ist. Ohne eine professionelle, institutionelle Unterstützung gibt es keine gelungene Integration. Deutschkenntnisse sind zwar sehr wichtig, reichen aber nicht aus.

Man sollte auch selbst auf deutsche Nachbarn oder Kollegen zugehen. Sehr viele Migranten haben gesagt: Die Atmosphäre war erst einmal kühl. Ich musste auf die Nachbarn zugehen, und mit der Zeit haben wir uns verstanden. – Es ist nicht oft berichtet worden, dass deutsche Nachbarn auf Menschen mit Migrationshintergrund zugegangen sind. Nader Madjidian hat uns ein Rezept mitgegeben:

Wenn wir das Leben als eine Speise betrachten: Die Menschen sind die Hauptzutaten und dazu eine halbe Tasse Toleranz, drei Esslöffel Verständnis, eine Prise Humor und ein Lächeln: Das wäre ein gutes Rezept.

**Vorsitzender:** Frau Sharifi, vielen Dank für den sehr interessanten und, wenn ich das so sagen darf, sehr unterhaltsamen Vortrag. Wir haben auch den Hinweis verstanden, dass Sie für jede finanzielle Unterstützung dankbar sind.

Ich darf die erste Fragerunde einleiten.

Abg. **Hans-Christian Mick:** Ich habe eine Frage an Frau Dr. Eckert. Ich bin über eine Äußerung gestolpert, die Sie ganz zu Anfang Ihres Vortrags gemacht haben. Sie haben gesagt, dass Ihre Arbeit eine „schulkompensatorische Aufgabenstellung“ beinhalte. Können Sie erläutern, was in den Schulen aus Ihrer Sicht nicht funktioniert, sodass man es kompensieren muss, und was man ändern müsste, damit das zukünftig nicht nötig ist?

Frau **Dr. Eckert:** Diese Frage zu beantworten überfordert mich. Da müssen Sie jemand anders fragen. Mit Blick auf das, was in unserer Einrichtung geleistet wird, kann ich nur sagen, dass schulkompensatorische Arbeit allein nicht ausreicht. Ich habe versucht, darzustellen, mit welchen Elementen dies verknüpft sein muss, und einen ganzen Komplex von Haltungen und Fragen beschrieben. Dafür ist Herr Prof. Radtke Spezialist. Er hat Bücher darüber geschrieben und das analysiert. Ich würde mir nicht anmaßen, eine Analyse vorzunehmen.

Ich kann nur sagen, dass für uns als Mitarbeiter dieser Einrichtung ein Problem darin besteht, dass in den Schulen keine individualisierten Lernprozesse stattfinden. Für Seiteneinsteiger gibt es keine Konzepte; die Kinder gehen einfach dorthin. Bei uns sind die Seiteneinsteiger momentan in einem Vorlaufkurs, weil man nicht wusste, wohin sie sonst gehen sollten. Dabei gibt es auch Stundendeputate; allerdings existieren keine Konzepte. Es findet ein normiertes Lernen statt. Das kann ich vor allen Dingen für die Grundschulen sagen. Die Erfahrung ist, dass die Kinder einerseits mit ihrem Wissen hier stehen und andererseits dort Aufgaben haben. Wie sollen wir da arbeiten?

Auch für uns ist das ein Balanceakt, der eigentlich ziemlich unbefriedigend ist. Wir haben uns oft an der Arbeit festgehalten, und die Kinder schreiben auch tatsächlich bessere Arbeiten. Aber ich habe vor ein paar Jahren an einer Tagung teilgenommen, auf der wir festgestellt haben, dass dies allein wirklich nicht ausreicht und dass wir gemeinsam schauen müssen, wie wir neue Wege gehen können. Allerdings muss auch die Schule mit ins Boot kommen. Die Schule muss sich verändern.

Aber die Aufgabe, diese Frage zu beantworten, kann ich nicht übernehmen. Ich kann nur sagen, dass individuelle Lernprozesse aus unserer Sicht eine ganz andere Ausgangsbasis wären, um mit Kindern kompensatorisch zu arbeiten.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Ich möchte mich zunächst bei beiden Rednerinnen für die Vorträge und für die Einblicke in ihre Arbeit bedanken.

Frau Dr. Eckert, wie kann aus Ihrer Perspektive die Nachhaltigkeit der Integrationsarbeit gewährleistet werden? Sie haben von Ihrem Projekt erzählt. Mir ist nicht klar, wie Sie die Vernetzung z. B. mit den politischen Gremien sicherstellen können.

Wenn Sie bei den Kindern früh ansetzen: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Biografien weiterzuverfolgen und zu prüfen, inwiefern – um das einmal so zu sagen – Ihre Investitionen in diese Personen etwas bewirkt haben, ob sie z. B. in den Arbeitsmarkt integriert sind und die gesellschaftliche Teilhabe gesichert ist? Welche Möglichkeit haben Sie also, wenn Sie am Anfang in einem bestimmten Teilbereich arbeiten, die zukünftige Entwicklung im Auge zu behalten?

Wie könnte man aus Ihrer Perspektive eine gelungene Integration sichtbar machen? Was ist aus Ihrer Perspektive eine gelungene Integration? Das ist für mich wichtig.

Auch an Frau Sharifi habe ich eine kurze Frage. Frau Sharifi, Sie haben von Ihrer langjährigen Erfahrung mit der Integrationsarbeit berichtet und Beispiele für eine gelungene Integration gebracht. Sie haben gesagt, dass das, was Sie hier dargestellt haben, bisher als Projekt gefördert wird. Wie kann man da eine Nachhaltigkeit gewährleisten? Wie kann man eine strukturelle Förderung hinbekommen? Wie ist Ihre Erfahrung in Gießen? Welche Rückschlüsse hat man aus den Erfahrungen der letzten Jahre gezogen? Wie sieht die finanzielle Ausstattung der Integrationsarbeit in den nächsten Jahren bei Ihnen aus?

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Ich habe jeweils eine Frage an Frau Dr. Eckert und an Frau Sharifi. Frau Dr. Eckert, Sie haben zwei Säulen hervorgehoben: Strukturen und Steuerung sind notwendig, um die Integrationsarbeit zu gestalten. Da überlegt man sich gleich, dass das auch finanziert werden muss. Was sind aus Ihrer Sicht die monetären Erfordernisse? In welchen Bereichen sehen Sie Defizite? Ich denke insbesondere daran,

dass in Hessen ganz stark bei den Sozialleistungen und bei den Stellen für Sozialarbeiter gekürzt wurde. In welchen Bereichen sehen Sie für die Zukunft den größten Bedarf an monetären Mitteln?

An Frau Sharifi habe ich die Frage: Sie sprechen von Anerkennung. Ich denke dabei gleich an die drei Bereiche Familie, Arbeit und Recht. Für die Integration scheint mir doch die rechtliche Anerkennung entscheidend zu sein, z. B. die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Ich glaube, die Tatsache, dass eine Lehrerin einen Jungen, der hier aufgewachsen ist, als Iraner klassifiziert, hat auch etwas damit zu tun, dass es immer noch normal ist, dass Familien abgeschoben werden, deren Kinder hier aufgewachsen sind. Damit wird ein Bild von „den“ Ausländern gezeichnet, das solche Phänomene erst produziert. Inwiefern kann also die rechtliche Gleichstellung das menschliche Miteinander positiv beeinflussen?

Abg. **Gerhard Merz:** Ich habe eine spezielle Frage an Frau Dr. Eckert. Sie haben von Indikatoren und Messinstrumenten gesprochen. Sie haben gesagt, Sie hätten ein paar Indikatoren, aber es fehlten Ihnen die Messinstrumente. Können Sie das noch einmal erläutern?

Dann habe ich zwei Fragen, die sich sowohl an Frau Dr. Eckert als auch an Frau Sharifi richten. Die eine Frage bezieht sich auf das Stichwort Konkurrenzintegration – nationen- und kulturspezifische Angebote –, das Frau Sharifi in die Debatte eingeführt hat. Ich stimme dem im Grundsatz zu. Das ist eine der Fragen, die uns vertieft beschäftigen werden: Welche Benachteiligungen sind auf kulturelle Besonderheiten zurückzuführen, und welche sind ausschließlich sozialen Ursprungs? Welche Rolle würde vor dem Hintergrund einer kulturellen Besonderheit ein kulturspezifisches Angebot spielen können? Oder ist das aus Ihrer Sicht in jedem Fall auszuschließen? Es geht also darum, das Besondere besonders zu behandeln und gleichzeitig die Integrationsperspektive zu wahren.

Die andere Frage bezieht sich darauf, dass in beiden Vorträgen die Rolle des gesellschaftlichen Engagements und der gesellschaftlichen Teilhabe thematisiert worden ist. Es gab eine Unschärfe, was die politische Partizipation betraf. Bei Frau Sharifi war das weniger der Fall; sie hat das Thema Wahlrecht angesprochen. Aber darauf will ich jetzt gar nicht hinaus. Es geht mir darum, wo es – gerade auch in Viernheim; denn Sie haben sehr viele Arbeitsbereiche angesprochen – bei Ihnen Beteiligungsprozesse im politischen Raum gibt.

Insgesamt habe ich die Frage, wie man gesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund fördern kann. Ich denke z. B. an die Elternbeiräte in Schulen und Kindertagesstätten. Es wird immer darüber geklagt - wenn man nach den empirischen Befunden geht, wohl zu Recht –, dass wir es dort mit, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, verhältnismäßig wenigen Menschen mit Migrationshintergrund zu tun haben. Wie kann man die Beteiligung fördern? Gibt es einen Weg, sie systematisch zu fördern?

Frau **Dr. Eckert:** Vorneweg möchte ich sagen, dass meine Perspektive die einer Pädagogin ist. Insofern kann ich politische Aussagen nur aus der pädagogischen Perspektive treffen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, war ein Teilaspekt Ihrer Frage, wie man Prozesse begleiten kann. Wie kann man sicherstellen, dass Prozesse, die begonnen haben, weitergeführt werden? Ein Instrument ist – das hat auch etwas damit zu tun, Prozesse anzuschieben und zu begleiten –: Wir haben in Viernheim eine Steuerungsgruppe eingerichtet, in der Vertreter zentraler Institutionen Mitglied sind. Wir arbeiten noch an dem ganzen Prozess. Wir haben also Projekte entwickelt, mit denen wir versuchen, Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Prozesse bis zum Schulabschluss laufen. Über mehr als das Schaffen von Bedingungen kann man nicht reden; denn jeder Bildungsprozess ist ein individueller.

Über diese Steuerungsgruppe versuchen wir, diese Prozesse zu beeinflussen. Für mich ist die Nachhaltigkeit ganz wichtig: dass man nicht irgendetwas anfängt und es nicht zu Ende bringt. Ich erlebe ganz oft – dazu kann ich auch im Zusammenhang mit der Frage nach dem monetären Aspekt noch etwas sagen –, dass man zwar Projektgelder bekommt, es aber sehr schwierig ist, eine grundständige Entwicklung von Projekten sicherzustellen. Das, was ich jetzt sage, richtet sich an alle Politiker. Die Dauer der Projekte ist auf drei Jahre befristet; dann muss eine neue Begründung eingereicht werden. Aber ich brauche Gelder für die Weiterentwicklung bestehender Projekte, nicht für zeitlich begrenzte Projekte. Ich finde, für die Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit ist das ein zentraler Punkt. Für uns ist das sehr problematisch.

Frau Sharifi, Sie haben schon gute Beispiele dafür gebracht, wie man gelungene Integration sichtbar machen kann. Wir sind immer noch in unserer Arbeit verhaftet. Wir müssten zeigen, dass es solche Menschen gibt. Ich finde es gut, wenn man eine Anlaufstelle im Rathaus hat. Dann sehen die Leute: Dort sind jeden Tag Menschen anwesend, die mir helfen; die helfen jedem Bürger, der dorthin kommt. – Auch das ist ein Beispiel für eine gelungene Integration. Jemand mit einem türkischen Hintergrund, der vielleicht noch gar nicht perfekt Deutsch sprechen kann, aber dafür über Fachkenntnisse verfügt, kann anderen Viernheimer Bürgern helfen. Er erlebt dann gelungene Integration.

Vielleicht sollten wir zwischen zwei Ebenen unterscheiden: Es gibt eine deskriptive Ebene, und es gibt die Möglichkeit, im Alltag Integration zu erleben. Wir versuchen, dies über eine aktive Beteiligung und das Sichtbarmachen der Partizipation in der Kommune erlebbar zu machen.

Sie haben auch nach dem monetären Aspekt gefragt. Ich komme aus der Praxis. Für mich ist der zentrale Punkt, dass die Gelder langfristig zugesagt werden. Es ist für mich wirklich ein zentrales Problem, dass ich alle drei Jahre einen neuen Projektantrag stellen muss. Ferner ist es für mich ein sehr großes Problem, dass die Institutionen sehr wenig zusammenarbeiten. Es ist immer dieselbe Geschichte: Sozialministerium und Kultusministerium arbeiten getrennt voneinander. Eine institutionsübergreifende Förderung wäre wichtig. Dass das Geld nie ausreicht, ist klar.

Zu Indikatoren und Messinstrumenten. Dazu muss ich sagen: Viernheim ist eine kleine Gemeinde; wir sind auf dem Weg. Ich habe versucht, darzustellen, was aus meiner Sicht und im Hinblick auf unsere Einrichtung Indikatoren dafür sind, dass Prozesse gelungen sind – wie immer man auch das Gelingen definieren mag. Ich habe sozusagen versucht, das zu beweisen.

Was die Messinstrumente betrifft: Wir haben im Rahmen des Agenda-Prozesses versucht, Messinstrumente zu entwickeln. Aber dafür müssten wir genauer hinschauen. Wir brauchen Statistiken, um z. B. für unsere Kommune festzustellen, welche Entwicklungen es bei den Bildungsabschlüssen gegeben hat. Dazu sind seit Langem keine Daten er-



hoben worden. Wir haben einmal Daten dazu erhoben, wie hoch der Anteil an Eigenheimbesitzern bei Menschen mit Migrationshintergrund ist.

Ich spreche also darüber, dass wir uns auf kommunaler Ebene über die Indikatoren verständigen müssen: Was wollen wir messen? Dadurch legt man auch fest, was eine gelungene Integration bedeutet. Das ist ein ganz wichtiger Zusammenhang.

Obwohl es gar nicht so sehr mein Thema ist, möchte ich etwas zu der kulturellen Besonderheit sagen. Für mich ist das immer eine Frage. Ich versuche, es so zu handhaben, dass ich ein soziales Thema benenne. Der kulturelle Aspekt ist ein Teil davon, wie etwa bei PFIVV. Es geht darum, die Zugänge für alle zu erleichtern. Sprache und Kultur können eine Ebene sein. Das Thema ist ein allgemeines; Sprache und Kultur sind ein Aspekt. So konzipiere ich Projekte.

Frau **Sharifi**: Was die Frage nach der Nachhaltigkeit der Projekte betrifft: Es tut mir leid, aber ich kann das Wort „Projekt“ mittlerweile nicht mehr hören.

(Abg. Mürvet Öztürk: Das wollten wir von Ihnen hören!)

Ein Projekt hat einen Anfang und auch ein Ende. Wir können uns angesichts der Tatsache, dass der Integrationsprozess nie aufhört, nicht mit einem Projekt zufriedengeben. Das geht nicht. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die sagen: Wir haben wenig Geld; es fehlt uns an Geld. – Wir haben genug Geld, aber es wird nicht richtig eingesetzt. Es ist sehr wichtig, das Ganze zu koordinieren. Man sollte nicht einfach an der einen Stelle ein Projekte drei Jahre lang fördern und an einer anderen Stelle ein weiteres.

Es gibt mittlerweile so viele Geldgeber, die alle an Integrationsarbeit interessiert sind, ob es nun die VW-Stiftung oder das Bundesamt ist. Sie alle geben Geld für die Integrationsarbeit. Es wird zwei Jahre lang irgendetwas gemacht, und dann ist es zu Ende. Diesen Projekten liegen aus meiner Sicht manchmal gar keine Ideen zugrunde. Bei uns lief ein Integrationsprojekt in einem Stadtteil mit einem sehr hohen Anteil von Migrantenfamilien, sowohl türkischer als auch russischer Herkunft. Es gab einen Nähkurs für Russischsprachige. Es war sehr schön, dass sich die Russischsprachigen getroffen, genötigt und zusammen Tee getrunken haben. Aber für mich ist das, ehrlich gesagt, kein Integrationsprojekt.

Anerkennung hat mit Gleichstellung zu tun. Eine rechtliche Gleichstellung ist das Allerwichtigste, wie ich bereits gesagt habe. Ich habe sozusagen eine Doppelfunktion: Ich bin Integrationsbeauftragte. Gleichzeitig bin ich aber auch eine Migrantin, die bereits vor langer Zeit nach Deutschland gekommen ist und diesen Integrationsprozess durchlaufen hat. Für mich ist es das Allerwichtigste, den Menschen das Gefühl zu geben: Ihr seid gleichberechtigt, ihr gehört dazu, und dann könnt ihr euch auch für etwas einsetzen. – Solche Gesetze muss es geben.

Zu der Frage nach den kulturellen Besonderheiten bzw. der sogenannten Konkurrenzintegration. Es gibt sicherlich Bereiche, die man nur kulturell bearbeiten kann. Aber es sind sehr wenige. Letztendlich geht es um die Integration in Deutschland. In dem Moment, in dem ich an einem Gesundheitsprojekt teilnehme, spielt mein Hintergrund, sei er nun iranisch oder russisch, keine Rolle. Am Anfang ist der kulturelle Hintergrund bzw. die kulturelle Besonderheit wichtig, weil Deutsch noch nicht die gemeinsame Sprache ist. Man muss den Menschen die grundlegenden Informationen vermitteln können. Aber wenn man für Frauen mit russischem Hintergrund, die seit zehn Jahren in Deutschland leben,

eine Gruppe einrichtet, in der sie sich mit Nähen und Teetrinken beschäftigen, ist das für mich nicht nur nicht positiv, sondern sogar sehr negativ.

Ich bin davon überzeugt, dass die Integration nicht messbar ist; denn dieser Prozess hat kein Ende. Wo und wie wollen wir das messen?

Abg. **Barbara Cárdenas**: Ich habe eine Frage, die sich an beide richtet, und anschließend zwei Fragen an Frau Sharifi.

Frau Dr. Eckert, Sie haben noch einmal sehr gut auf den Punkt gebracht, dass Projekte, um wirklich nachhaltig zu sein, eigentlich keinen Projektcharakter haben dürfen. Sie haben gesagt, dass man nach drei Jahren – oft schon nach kürzerer Zeit – einen neuen Antrag stellen muss. In vielen Städten ist das ein großes Problem. Sie haben gesagt, Sie seien seit 25 Jahren in dem Geschäft. Hat es denn jemals eine Integrationspolitik gegeben, die wirklich auf Nachhaltigkeit angelegt war? Wie muss so etwas aussehen? Wir kämpfen immer dafür, dass man sagt: Okay, eine Idee ist gut, und es besteht die Notwendigkeit, an dem Punkt etwas zu machen. Das Projekt muss aber langfristig angelegt sein, auch wenn es zwischendurch evaluiert werden muss. – Sollte es nicht so sein? Ich denke, wir müssten auf diese Weise arbeiten, damit die Erfolge, die sich zeigen, stabilisiert werden können, oder es sogar noch größere Erfolge gibt. Das ist für mich ein wichtiger Punkt. Wie kann das anders gemacht werden?

Dazu gehört auch die Frage nach dem Ehrenamt. Ich denke, eine ehrenamtliche Tätigkeit kann immer nur kompensatorisch bzw. ergänzend sein. Sie darf keine Leistungen ersetzen, die eigentlich von der öffentlichen Hand erbracht werden müssten. Deshalb lautet meine Frage an Sie beide: Wo sehen Sie die Verantwortung der öffentlichen Hand? Welche Rolle können wir der ehrenamtlichen Tätigkeit zugestehen? Werden damit nicht Löcher gestopft, die anders gestopft werden müssten bzw. die eigentlich gar nicht erst entstehen dürften?

Das Gleiche gilt für die Stiftungen. Wenn wir uns umschauen, stellen wir fest, dass wir auf dem Bildungssektor inzwischen sehr abhängig sind von den Geldern, die die Stiftungen zur Verfügung stellen. Das zeigt sich gerade in den Vorschulen, z. B. bei der Sprachförderung. Das macht mir Sorge. Mir ist klar, dass es in die Richtung eigentlich nicht gehen darf. Wir wissen, dass die Stiftungen ihre Gelder anlegen wollen. Meine Frage an Sie ist: Wie bewerten Sie diese Abhängigkeit?

Ich möchte jetzt auf Frau Sharifis Vortrag zurückkommen. Ich habe in Ihrem schönen Buch etwas herumgeblättert und dabei den Eindruck gewonnen, dass Sie eine Integration dann als gelungen bezeichnen, wenn die Menschen wirtschaftlich selbstständig, also ohne öffentliche Transferleistungen, leben können und hohe Bildungsabschlüsse haben. Das zieht sich für mich wie ein roter Faden durch die Interviews. Aber wir wissen, wovon es abhängt, ob man einen hohen Bildungsabschluss erreichen kann. Sie haben selbst einige Bedingungen beschrieben. Deshalb ist meine Frage an Sie: Ist das Erfüllen dieser beiden Bedingungen – hoher Bildungsabschluss und ein Leben ohne öffentliche Transferleistungen – wirklich das, was wir unter gelungener Integration verstehen dürfen?

Außerdem würde ich gern hören – vielleicht können Sie das in ein oder zwei Sätzen sagen –, welche Schlussfolgerungen Sie aus den in dem Buch formulierten Tipps an die Einheimischen ziehen können. Sie haben es eben angedeutet. Ich finde es gut, dass

diese Frage aufgenommen worden ist. Können Sie eine Konklusion ziehen? Gab es etwas, was immer wieder erwähnt wurde?

Abg. **Ismail Tipi:** Zunächst einmal herzlichen Dank auch von unserer Seite für diese interessanten Informationen. Vieles ist bekannt, vieles war aber auch neu. Meine Frage richtet sich an beide Sachverständige.

Frau Dr. Eckert, mich würde interessieren – das ist eine ganz einfache Sache –, wie Sie eigentlich für Ihre Arbeit werben. Kommen die Jugendlichen direkt zu Ihnen, oder müssen Sie sich darum bemühen? Machen Sie Öffentlichkeitsarbeit?

Wichtig ist für mich auch, welche Erfahrungen Sie mit den Eltern der Jugendlichen, also mit den Erwachsenen, gemacht haben. Kommen sie auf Sie zu? Bekommen Sie von ihnen Unterstützung, oder besteht eventuell ein Desinteresse?

Mich würde auch Ihre persönliche Meinung zu dem Punkt interessieren: Wie beurteilen sie die Integrationsbemühungen des Landes Hessen, Ihrer Stadt und vielleicht auch der Kreisverwaltungen? Diese Frage stelle ich auch an Frau Sharifi: Wie ist Ihre persönliche Meinung zu den Integrationsbemühungen des Landes sowie der Stadt- und Kreisverwaltungen?

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie sich als integriert betrachteten und es geschafft hätten. Wie beurteilen Sie das? War dies das Ergebnis Ihrer eigenen Bemühung, Ihrer eigenen Arbeit, oder wurden Sie von der Gesellschaft, in der Sie leben, mit unterstützt? Haben Sie Hilfen bekommen? Wurden Sie auf dem Weg der Integration von Kollegen und Nachbarn bzw. in dem Ort, in dem Sie leben, auf irgendeine Art und Weise unterstützt?

Sie haben viele Beispiele für eine gelungene Integration gezeigt. Das waren 65 Menschen, die wirklich etwas erreicht haben, Vorzeigemenschen also. Aber in Gießen leben nicht nur die 65 Bürger, die es geschafft haben, Vielmehr leben dort einige Tausend – vielleicht 5.000 oder 6.000, etwas weniger oder etwas mehr – Menschen mit Migrationshintergrund. Wie sieht es bei diesen Menschen allgemein mit der Integration aus? Welchen Handlungsbedarf sehen Sie in Bezug auf die anderen Menschen, die im Raum Gießen leben?

Abg. **Alexander Bauer:** Der Kollege Tipi hat schon viele Fragen gestellt; einige davon waren auch meine. Ich will das unterstreichen, indem ich mich auf eine Frage an Frau Sharifi konzentriere: Sie haben ganz zu Beginn gesagt, Sie seien in dieser Gesellschaft angekommen; Sie fühlten sich so. Auch Herr Kollege Tipi hat das gefragt: Woran machen Sie das fest? Welche Indikatoren sind für Sie maßgebend, dass Sie sagen: „Ich bin ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft“? Vielleicht könnten Sie das etwas konkretisieren.

Ich habe gesehen, dass es in Ihrer Broschüre auch darum geht, zu definieren, wann Menschen in dieser Gesellschaft angekommen sind. Sie haben Beispiele für eine gelungene Integration gezeigt. Wie sieht der institutionelle Rahmen aus, der vorhanden sein muss, und welchen Beitrag muss die Eigeninitiative leisten? Der Arzt Dr. Kamran Mobini hat gesagt – Seite 18 –, entscheidend seien „Wille und Einstellung“. Das sagt jemand, der als Arzt Karriere gemacht hat. Welchen Beitrag leistet die eigene – die intrinsische – Motivation zu einem gelungenen Aufstieg?

Das möchte ich gern mit der Frage verbinden: Ist nicht eine Hauptmotivation dafür, dass ein wirtschaftlicher Aufstieg angestrebt wird, dass in Deutschland Wohlstand und Sicherheit vorgefunden werden und man daran partizipieren möchte? Ist das nicht eine wichtige Antriebsfeder für alle gesellschaftlichen Gruppen, letztendlich also auch für Migranten?

Frau **Sharifi**: Zu der Frage, wie man die Nachhaltigkeit der Projekte gewährleisten könnte. Ich habe bereits gesagt, dass es sehr schwer ist, die Nachhaltigkeit der Projekte zu gewährleisten, wenn sie zeitlich sehr begrenzt, also für die Dauer von drei Jahren, finanziert werden. Die Projekte werden auf der Stadtebene auch nicht koordiniert. Daher bin ich als Integrationsbeauftragte nicht dafür, solche Projekte zu starten, solange die Nachhaltigkeit nicht gewährleistet wird.

Zur ehrenamtlichen Tätigkeit im Rahmen der Integrationsarbeit. für mich ist das kein Thema. Ich mache keine Integrationsarbeit mit Ehrenamtlern. Für Integration wird auch Geld benötigt. Genauso ist es, wenn jemand aus dem Jugendamt bei mir anruft. Ich komme ursprünglich vom Jugendamt; ich bin Diplom-Sozialpädagogin. Eine Kollegin hat mich gefragt, ob ich nicht eine Familie aus Soundso kennen würde, sie habe ein Problem in dieser oder jener Familie. Ich habe gesagt, dass ich so jemanden nicht parat habe. Da muss, wie auch in allen anderen Bereichen, professionelle Arbeit geleistet werden. Es geht hier nicht um einfaches Dolmetschen, sondern um eine Fachübersetzung und um Beihilfe. Auch alle anderen Familien erhalten eine pädagogische Begleitung vom Jugendamt. Das kostet Geld. Dorthin muss das Geld fließen. Dafür muss Geld gezahlt werden; denn wir brauchen eine professionelle Arbeit.

Eine 70-jährigen Dame, die früher Musiklehrerin war und eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben möchte, würde ich z. B. gern zwei Stunden pro Woche in einer Kindertagesstätte einsetzen. Das ist Seniorenarbeit im Dienste der Gemeinschaft. Das ist eine gute Sache, und das soll man auch machen. Es gibt z. B. das Projekt „Vorlese-Oma“. Das ist sehr schön; das ist eine ehrenamtliche Tätigkeit. In dem Fall würde ich es auch unterstützen, Senioren im Rahmen der Integrationsarbeit in Kindertagesstätten einzusetzen. Aber ich würde auf keinen Fall professionelle Arbeit durch ehrenamtliche Tätigkeit ergänzen wollen.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass in dieser Serie größtenteils Menschen vorgestellt worden sind, die hohe Bildungsabschlüsse haben und finanziell abgesichert sind. Das ist richtig. Es sind überwiegend Menschen mit einem solchen Hintergrund vorgestellt worden. Aber nicht alle gehören dazu. Das war das Ziel unserer Serie. Wir wollten den Migranten Vorbilder geben. Die Serie war nicht nur für Einheimische gedacht, sondern auch für Migranten. Wenn einer sagt, mit Mut und Arbeit habe er es geschafft, stellt er ein Vorbild für Tausende von Menschen mit Migrationshintergrund dar, die ebenfalls in Gießen leben und noch nicht so weit sind. Wenn Sie sich das Buch noch einmal anschauen, stellen Sie fest, dass wir auch nach Tipps für Migranten gefragt haben. Wir haben nicht nur gefragt, welche Tipps sie den Einheimischen geben könnten, sondern es ging uns auch darum, was jemand, der angekommen ist und etwas erreicht hat, anderen Migranten raten könnte. Auch das war für uns sehr wichtig.

Wir haben in diese Serie aber bewusst auch Interviews mit Menschen aufgenommen, die arbeitslos sind. Dahinter steht ein Konzept: Zu welcher Personengruppe gehören die Interviewten? Aus welchen Ländern kommen sie? In welchen Bereichen sind sie tätig? Wir haben in dieser Serie auch Leute gezeigt, die arbeitslos und auf staatliche Hilfe angewiesen sind und trotzdem Beispiele für eine gelungene Integration darstellen. Heute

wissen wir alle, dass die Leute nicht selbst schuld sind, sondern dass auch die Gesellschaft eine Rolle spielt, vor allem bei ausländischen Mitbürgern, deren Abschlüsse in Deutschland nur schwer oder gar nicht anerkannt werden.

Sie haben nach meinem persönlichen Integrationsprozess gefragt und nach der Unterstützung, die ich dabei erfahren habe. Sie haben gefragt, was dazu beigetragen hat, dass ich jetzt sagen kann, ich sei angekommen. Ich war 21 Jahre alt, als ich nach Deutschland kam. Ich bin nicht freiwillig nach Deutschland gekommen bzw. – anders gesagt – nicht freiwillig ins Ausland gegangen. Ich bin gekommen, weil ich gehen musste. Ich bin also nach Deutschland gekommen und in Gießen gelandet. Dabei habe ich gedacht: Mein Gott, ich bleibe nur drei Monate, länger nicht; dann werde ich weitergehen. – Aber seitdem lebe ich in Gießen, und ich will jetzt auch nicht mehr wegziehen. Ich fühle mich sehr wohl in Gießen.

Ich habe als Einzelperson Unterstützung bekommen. Die Integrationslotsen, die mich unterstützt und überallhin begleitet haben, waren damals mein Bekanntenkreis. Einiges habe ich verpasst. Zum Beispiel wusste mein Integrationslotse nicht, dass ich meinen Führerschein gleich hätte umschreiben lassen sollen. Das habe ich nicht gewusst. Daher musste ich in Deutschland noch einmal eine Führerscheinprüfung ablegen. Das hat mich Geld gekostet. Aber das macht nichts, auch dafür muss man offen sein.

Ich habe mich auf diese Gesellschaft eingelassen. Das ist sehr wichtig. Ich wusste, dass ich wahrscheinlich die nächsten 20 Jahre hierbleiben würde. Ich habe versucht, so schnell wie möglich die Sprache zu lernen. Ich habe angefangen, zu studieren. Dazu muss ich sagen, dass ich bereits zwei erwachsene Kinder habe, die hier studieren. Das ist für mich kein Thema. Mein Mann ist kein Deutscher. Viele denken, es müsse unbedingt ein Deutscher im Haus sein, damit man es so weit bringt. Aber bei uns ist es so, dass die gesamte Familie einen Migrationshintergrund hat. Für uns war eben wichtig, dass wir uns auf diese Gesellschaft eingelassen haben.

In Gießen haben etwa 25 % der Menschen einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil ist geschätzt; denn auch wir haben keine genauen Statistiken. Es sind sehr viele. Ich würde nie im Leben sagen, dass in unserer multikulturellen Stadt, in der wir seit Jahren freundschaftlich zusammenleben, nur 65 Leute als Beispiel für eine gelungene Integration infrage kommen. Ich hätte auch mit einer anderen Gießener Zeitung eine solche Serie herausbringen können, allerdings mit anderen Interviewpartnern. Leider schaffe ich es jetzt zeitlich nicht. Auch das Geld fehlt uns. Aus personellen und finanziellen Gründen ist das nicht möglich.

In Gießen war die Integration immer ein Thema. Wir reden seit ein paar Jahren darüber. Wir führen bestimmte Projekte durch. Aber ich muss auch sagen, dass ich die Integrationsarbeit in der Zeit gelernt habe, als ich im Jugendamt gearbeitet habe und Herr Merz Sozialdezernent war. Er hat bereits damals Integrationsarbeit innerhalb der Gießener Verwaltung gemacht. Das ist sehr wichtig.

Ich glaube, die Frage, ob der institutionelle und der persönliche Wohlstand für den Integrationsprozess eine große Rolle spielen, habe ich bereits beantwortet. Dass das Institutionelle eine große Rolle spielt, habe ich bereits in meinem Vortrag geschildert. Was den persönlichen Wohlstand betrifft – ich weiß es nicht. Ich würde auf keinen Fall sagen, dass der persönliche Wohlstand für die Integration entscheidend ist. Ich war am Sonntag zu einer Geburtstagsfeier mit sehr vielen Deutschen eingeladen. Ich war die einzige Migrantin in dieser Runde. Es war ein runder Geburtstag. Ich habe gesagt: Ich muss jetzt gehen. Um 20 Uhr ist es für mich zu Ende; denn dann sitze ich vor dem Fernseher und

schaue mir einen „Tatort“ an. Ich weiß nicht, ob das mittlerweile sehr deutsch ist oder ob sich meine Interessen eben weiterentwickelt haben. Wie soll man eigentlich Integration definieren? Bedeutet Integration, dass man sich um 20:15 Uhr einen „Tatort“ anschaut, oder bedeutet es, ein bisschen mehr Wohlstand zu haben?

Frau **Dr. Eckert**: Ich möchte noch einmal auf die Fragen nach der Nachhaltigkeit zurückkommen: Wie sah es aus? Hatten Sie eine andere Situation? Wie könnte eine solche Situation gestaltet werden? Dazu muss ich sagen, dass unsere Situation nie anders war. Ich war ganz oft in diesem Haus, egal welche Koalition regiert hat. Immer wieder musste ich gegen Kürzungen kämpfen. Die Lage war immer unsicher. Das Problem ist auch, dass wir immer freiwillige Leistungen bekommen. Wir haben nie eine institutionsübergreifende Leistung erhalten, die langfristig gesichert ist. Dies wäre aber notwendig, um langfristig planen zu können.

Ich möchte aber auch sagen: Man müsste – das fand ich beim BAMF jetzt anders – die Evaluation viel stärker in diesem Prozess verankern. Wenn man eine langfristige Förderung erhält, muss auch untersucht werden, ob die Mittel richtig eingesetzt werden. Man muss ein Instrument haben, um Veränderungen einzuleiten. Das vermisste ich ebenfalls. Wie ich schon gesagt habe, habe ich festgestellt, dass es oft nicht nur eine Frage der Ressourcen ist, sondern auch um die Einsetzbarkeit der Ressourcen geht. Es findet ganz viel parallel statt. Insofern würde ich eine langfristige Finanzierung ganz stark an die Evaluierung koppeln. Das gilt auch für unsere eigenen Einrichtungen.

Ich bin auch gefragt worden, wie die Kinder zu uns finden und wie die Eltern mitarbeiten. Wir sind eine seit Langem etablierte Einrichtung. Die Eltern kennen uns. Wir arbeiten mit den Vereinen, den anderen Einrichtungen und den Eltern eng zusammen. Aber ich brauche hier keine Schönfärberei zu betreiben. Die Haltungen in dieser Gesellschaft haben eine lange Geschichte. Es gibt auch Eltern, die sich in dem Bewusstsein eingerichtet haben, den Bildungsprozess ihrer Kinder nicht begleiten zu können. Dazu haben wir jetzt neue Projekte aufgelegt. Ich arbeite eng mit dem Türkischen Kulturverein und der Moschee zusammen. Wir versuchen, Türöffner heranzuziehen und Eltern dazu zu ermuntern, in den Projekten mitzuarbeiten. Wir haben Eltern gewonnen, die andere Eltern darin schulen, ihr Wissen weiterzugeben.

Mich bedrückt auch sehr, dass die Eltern in allen Gremien völlig unterrepräsentiert sind. Dazu müssen wir die Eltern auffordern; wir müssen sie fordern. Aus meiner Sicht läuft nichts, wenn wir die Eltern nicht ins Boot holen und ihnen Rahmenbedingungen anbieten, die sie in die Lage versetzen, sich zu beteiligen. Ich habe an einer Schule in Viernheim ein Projekt entwickelt – aber da mangelt es mir auch an Geld –, bei dem es darum geht, Wissen zu vermitteln: Wie kann man mit seinem Kind lesen? Das kann man in der Muttersprache oder in jeder anderen Sprache machen. Was sind Schulorgane? Was sind Schulaktivitäten? Wir haben dafür ein standardisiertes Konzept entwickelt. Es wäre für mich wichtig, für so etwas kreisweit Gelder zu bekommen. Es wäre wichtig, dass man so etwas gemeinsam mit den Vertretern des Schulamts und der Kommunen entwickelt.

Im Kreis ist die Vernetzung jetzt schon recht gut. Das Projekt PFIVV, das wir in Viernheim entwickelt haben, wird jetzt auch in einer anderen Stadt umgesetzt. Etwas anderes machen wir in Lampertheim. Kreisweit ist bei uns also eine relativ gute Vernetzung vorhanden, auch parteipolitisch übergreifend. Aber ich bin noch auf dem Weg; ich suche immer noch. Es ist nicht so, als ob das ein einfacher Prozess wäre und ich Ihnen darauf direkt Antworten geben könnte.

Wir müssen ganz viele Angebote machen und uns dessen bewusst werden, dass die Eltern ausgegrenzt sind. Aber wir dürfen nicht beim Jammern stehen bleiben. Ganz oft wird das alles ganz negativ gesehen und gesagt: Die kommen doch sowieso nie. – Man muss sich vielmehr auf den Weg machen und schauen, was die Eltern brauchen und wie man sie erreichen kann. Man muss sie aber auch dazu auffordern. Ich bin in der Hinsicht klar und deutlich.

Sachv. **Dr. Stefan Luft:** Ich habe eine Frage an Frau Sharifi. Mich würde interessieren, ob Ihrer Meinung nach der Eindruck täuscht, dass Migranten, die gemeinhin als erfolgreich integriert betrachtet werden, hinsichtlich Sprache, interethnischer Kontakte und kultureller Fertigkeiten einen erheblichen Assimilationsprozess hinter sich haben.

Abg. **Gerhard Merz:** Ich möchte noch einmal auf die Frage nach der Konkurrenzintegration und den nationen- bzw. kulturspezifischen Angeboten zurückkommen. Das ist weniger eine Frage als eine Anmerkung. Es gibt nämlich auch noch den Begriff „Kultursensibilität“. Der wird in der Pflege, in den Gesundheitsberufen und in manch anderen Bereichen verwendet. Das scheint mir in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander zu stehen. Ich glaube aber, dass das auflösbar ist. Das ist mir gerade durch den Kopf gegangen, und ich wollte diesen Gedanken einbringen, bevor er mir verloren geht.

Sachv. **Birgit Simon:** Uns sind jetzt viele Beispiele für eine gelungene Integration gezeigt worden. Aber die Berichte waren sehr stark auf die gelungene Integration als Einzelphänomen und als außergewöhnliches Beispiel fokussiert. Uns interessiert hier auch, wie die gelungene Integration zu einem Massenphänomen wird; denn wir haben eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten, bei denen die Integration nicht oder nicht ausreichend stattgefunden hat. Deswegen interessiert es mich, wie Sie als Sachverständige diesen Zusammenhang bewerten.

Außerdem interessiert mich die Frage, was eigentlich eine erfolgreiche Integration verhindert. Wenn man Ihnen beiden genau zugehört hat, konnte man einiges erkennen. Wir reden über die gelungene Integration. Aber ich finde, eine zentrale Frage ist auch heute, wodurch die Menschen an der Integration in unsere Gesellschaft gehindert werden. Sie haben Beispiele genannt. Projekte sind gut; sie führen zur Integration und sorgen für gute Einzelbeispiele. Auch in Offenbach machen wir ganz viele Projekte, weil das die Möglichkeiten sind, die wir im Augenblick haben, um die Integration zu unterstützen und voranzubringen.

Meine Fragen sind also: Was behindert heute noch die Integration? Wie kann man aufgrund der vielen Erfahrungen die gelungene Integration zu einem Massenphänomen machen?

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Ich habe eine Frage an Frau Sharifi. Sie haben insbesondere das Verhältnis zu den Einheimischen angesprochen. Das fand ich ganz interessant. Meine Frage ist, ob wir das nicht in einem weiteren Sinne fassen müssen. Müssen wir bei der Verwendung des Integrationsbegriffs nicht von dem Gedanken wegkommen, dass dieser ausschließlich an die Migranten gebunden ist? Skinheads in Sachsen sind nämlich wahrscheinlich genauso integrationsbedürftig wie islamische Dschihadisten. Hartz-IV-Empfänger brauchen eine Integration in den Arbeitsmarkt. Das heißt, die Integration ist

ein Kennzeichen moderner Gesellschaften, und sie würde auch nicht aufhören, wenn es keine Migranten mehr gäbe. Vielmehr ist die Integration insgesamt eine gesellschaftliche Aufgabe. Wie müsste sich denn die Debatte gestalten, damit in Zukunft mehr Projekte aufgelegt werden, die diesen Aspekt betonen?

Frau **Sharifi**: Für mich – auch in meiner Arbeit – spielen die Sprache, die Kultur und die eigene Identität eine sehr wichtige Rolle. Wenn ich eine eigene Identität habe, kann ich mich auf etwas anderes einlassen. Solange ich meine eigene Identität nicht gefunden habe oder nicht auf ihrer Wahrung bestehe, kann ich mich auf das andere nicht einlassen. Deswegen ist die Zweisprachigkeit in Kindertagesstätten für mich sehr wichtig. Es muss eine mehrsprachige Erziehung geben.

Ich pflege das auch bei mir zu Hause. Dass ich heute hier sitze, ist eine Ausnahme. Normalerweise ist dieser Tag für mich tabu; denn morgen, zum Frühlingsanfang, findet das iranische Neujahrsfest statt. Das ist etwas, was mich persönlich betrifft, und ich denke, für alle anderen muss es genauso sein. Aber das heißt nicht, dass ich zu Weihnachten keinen Rotkohl esse. Das mache ich auch. Aber ich sehe zu, dass ich nicht meine Sprache verliere. Ich habe meinen Kindern als erste Sprache Persisch beigebracht. Ich kann mich daran erinnern, dass meine Tochter im Kindergarten fast verdurstet ist, weil sie kein Wort Deutsch konnte. Sie hatte Durst und hat das die ganze Zeit auf Persisch gesagt, weil sie nicht Deutsch sprechen konnte. Als wir sie abgeholt haben, hat die Erzieherin gefragt, was das heißt. Meine Tochter hat aber Deutsch gelernt. Sie hat ihr Abitur mit einem Notendurchschnitt von 1,0 gemacht.

Sehr viele sagen, die Migranten müssten mit ihren Kindern Deutsch sprechen. Dazu sage ich Nein. Die Migranten müssen mit ihren Kindern in ihrer eigenen Sprache sprechen und dafür sorgen, dass ihr Wortschatz erweitert wird. Hätte ich damals mit meiner Tochter Deutsch gesprochen – sie ist jetzt 23 Jahre alt –, hätte sie sicherlich nicht ein solch gutes Deutsch gelernt; denn ich konnte nicht sehr gut Deutsch sprechen. Ich spreche immer noch mit Fehlern und einem Akzent. Dazu stehe ich; das ist nicht meine Muttersprache. Die Kinder hätten dann sozusagen eine dritte Sprache gehabt. Als Integrationsbeauftragte setze ich mich dafür ein, dass die Migranten mit ihren Kindern in ihrer eigenen Sprache sprechen.

(Zuruf: Das ist keine Antwort!)

– Das ist keine Antwort? Haben Sie keine Hemmungen, und sagen Sie, was Sie meinen. Wir sind unter uns. Wir sind zusammengekommen, damit Fragen gestellt und beantwortet werden können. Vielleicht habe ich Ihre Frage falsch verstanden.

(Sachv. Dr. Stefan Luft: Machen Sie erst einmal weiter!)

– Sie können auch später nachfragen. Dafür bin ich da.

Es wurde gesagt, die Beispiele unserer Serie seien Einzelphänomene. und Sie suchten jetzt nach einer Möglichkeit, wie die gelungene Integration zum Massenphänomen werden kann. Es gibt ein persisches Sprichwort. Man sagt: Derjenige, der versucht, einen so großen Stein aufzuheben, zeigt gleichzeitig, dass er nicht in der Lage ist, einen etwas kleineren aufzuheben. – Wenn wir – jedenfalls zurzeit – nicht einmal in der Lage sind, in unserer Einrichtung, in der 20 Leute arbeiten, eine gelungene Integration zu schaffen, können wir nicht von einem Massenphänomen reden.



Die Integration hat auch sehr viel mit Emotionen zu tun. Das ist keine Massenveranstaltung. Ich glaube nicht, dass wir alle Leute in einem Saal versammeln können und dass sich alle gleichzeitig integrieren. Das sind ganz unterschiedliche Menschen. Auch ich habe kein Rezept dafür. Deswegen sitzen wir hier. Es würde uns allen wahrscheinlich sehr helfen, wenn wir wüssten, wie das besser funktioniert. Da muss ich leider passen. Ich weiß nicht, wie man die gelungene Integration zu einem Massenphänomen machen kann.

Zu der Frage, was die Integration behindert. Wir haben diese Frage auch unseren Interviewpartnern gestellt. Es sind wirklich gute Antworten gekommen. Ich muss jetzt nicht im Einzelnen aufzählen, was sie alles vermissen. Wir haben die Frage gestellt, was den Integrationsprozess erschwert. Soziale Bindungen und Unterstützung haben eine große Rolle gespielt. Manchmal ist auch das Klima in Deutschland thematisiert worden: dass die Menschen sich überhaupt nicht darauf einlassen konnten und immer gedacht haben, sie würden irgendwann zurückkehren. Ein anderes Beispiel: Wenn die Sozialarbeiter, die einzelnen Personen, nicht da waren und nicht darauf eingegangen sind, hat einem das die Integration schon einmal erschwert.

Ich habe gesagt, ich habe mich darauf eingelassen. Aber uns, d. h. mir und sehr vielen meiner Interviewpartner, war gleichzeitig bewusst, dass wir für unsere Anerkennung in dieser Gesellschaft kämpfen müssen. Das hat diesen Prozess manchmal erschwert.

Zu den Einheimischen. Ich habe in meinem Vortrag darauf hingewiesen, dass ich in dem Thesenpapier dieser Kommission die Bezugnahme auf die Rolle der Einheimischen ein bisschen vermisst habe. Sie taucht hier zu wenig auf. Da Integration ein Prozess ist, der von beiden Seiten in Gang gesetzt werden muss, denke ich, dass die Einheimischen eine sehr große Rolle spielen: Wie geht man auf die Migranten ein? Ich weiß gar nicht, wie lange wir uns das Wort „Ausländer“ anhören müssen. Ich habe bereits einen deutschen Pass. Aber immer wieder werde ich gefragt, woher ich komme. Das ist eine berechtigte Frage. Wenn die Einheimischen fragen, ob ich Französin oder Spanierin bin, sage ich Nein. Aber dann kommen sie gar nicht auf die Idee, dass es auch andere Länder gibt und dass die Leute, die von dort kommen, fast genauso aussehen. Ich muss schließlich sagen, dass ich ursprünglich aus dem Iran komme. Daraufhin wird mir gesagt, ich sähe aber westlich aus. Das ist der Eindruck der Einheimischen.

Wir haben mit unserer Interviewserie auch versucht, einige Vorurteile abzubauen, indem wir einfach vom Leben der Menschen mit Migrationshintergrund berichtet haben. Wir haben diesbezüglich eine Rückmeldung bekommen: Die deutsche Sprache ist sehr schwer. Obwohl ich schon lange hier bin, weiß ich immer noch nicht, wann man „der“, „die“ oder „das“ sagt oder wann man den Genitiv verwendet. – Daraufhin hat eine einheimische Lehrerin bei uns angerufen und gesagt, sie habe gar nicht gewusst, dass das so schwer ist. Wir haben also auch versucht, den Horizont der Einheimischen zu erweitern. Ich denke, das ist sehr wichtig.

Frau **Dr. Eckert**: Sie haben danach gefragt, wie Integration zum Massenphänomen werden kann. Vielleicht müssten wir uns über die Ebene unterhalten, auf der dies starten kann. Die Ebene ist für mich die Kommune; denn dies hat ganz stark mit sozialer Integration und Identifizierungsprozessen zu tun. Jede Kommune muss sich die Frage für sich stellen. Ein zentraler Faktor der Veränderung ist, dass wir über den Weg, ein Individuum einzeln zu begleiten und ihm bessere Möglichkeiten zu geben, hinauskommen und Teilhabe schaffen. Wenn wir von Teilhabemöglichkeiten reden, dann geht es auch darum: Jede heterogene Gesellschaft braucht Unterschiede. Kultur ist eine Dimension von ganz

vielen verschiedenen. So würde ich eine moderne Gesellschaft und jede Kommune sehen und definieren.

Das hat auch mit Haltung zu tun. Unsere Einrichtung hat ein Haus bekommen, in dem viele Projekte, unter anderem Sprachkurse, stattfinden. Wir hatten noch nicht angefangen, da liefen schon Prozesse. Wir müssen uns überlegen: Wie kann eine Kommune eine Haltung der Offenheit schaffen? Es gibt ganz unterschiedliche Möglichkeiten. Dadurch wird der Start zum Massenphänomen, was immer man darunter verstehen kann. Integration hängt damit zusammen. Das ist die andere Seite der Medaille. Dabei behindert natürlich, dass das Zuwanderungsgesetz eine sehr lange Geschichte hat, bis es dann umgesetzt wurde. In dieser Gesellschaft haben sich auf beiden Seiten Haltungen entwickelt. Das müsste man genauer analysieren, darüber rede ich nicht gerne oberflächlich. Es ist ein komplexes Thema.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Nachfragen zu den ersten beiden Vorträgen? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich die zweite Anzuhörendenrunde einleiten. – Zunächst erhält Frau Dr. Rudolph das Wort und dann Herr Dr. Wendtland.

Frau **Rudolph:** Schönen guten Morgen! Ich danke Ihnen für die Einladung und die Gelegenheit, den Wiesbadener Ansatz vorstellen zu dürfen. Ich bin heute in Vertretung unserer Stadträtin Frau Zeimetz hier. Mein Name ist Jeanine Rudolph. Ich leite bei der Stadt Wiesbaden die Integrationsabteilung im Einwohner- und Integrationsamt und nehme in Personalunion auch die Funktion der Geschäftsführerin des Ausländerbeirats wahr, eine Sonderkonstruktion in Wiesbaden.

(Präsentation: Integrationsarbeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden)

Für meine Stellungnahme habe ich mich an Ihrem Fragenkatalog orientiert. Sie haben insbesondere nach den institutionellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration, der Definition und Messbarkeit von Integration sowie einem Monitoring und der Nachhaltigkeit gefragt. Die Basis meines Vortrags ist das Wiesbadener Integrationskonzept, das ich Ihnen auch in gedruckter Form mitgebracht habe, damit Sie sich das Ganze im Anschluss noch einmal in Ruhe ansehen können. In unserem Integrationskonzept haben wir viele der angesprochenen Punkte festgehalten. Es ist vom Stadtparlament im November 2009 verabschiedet worden und die Basis unserer Arbeit.

(Folie: Gliederung)

Ich möchte kurz etwas zum organisatorischen Hintergrund sagen, da Sie nach den institutionellen Voraussetzungen gefragt haben. Diese haben in Wiesbaden einen großen Stellenwert eingenommen und sich auch in organisatorischen Lösungen niederschlagen. Dann möchte ich auf die Rolle des Integrationsmonitorings in Wiesbaden eingehen: welchen Nutzen wir daraus ziehen und wie wir damit arbeiten. Ich werde Ihnen das Integrationskonzept in Kürze vorstellen sowie unsere Definition von Integration. Das ist ein schwieriges Feld. Wir haben uns für eine Definition entschieden, mit der wir arbeiten. Ich möchte Ihnen einige Ausschnitte aus Handlungsfeldern und Integrationszielsetzungen der Stadt Wiesbaden zeigen und etwas zum neuen Programm der Hessischen Landesregierung „Modellregionen Integration“ sagen. Wir sind als eine von

sechs Kommunen und Landkreisen ausgewählt worden, an diesem Programm teilzunehmen.

(Folie: Organisatorischer Hintergrund und Rahmenbedingungen)

Integration wurde in Wiesbaden sehr früh zu einem kommunalpolitischen Schwerpunkt erklärt. Bereits im Jahr 2001 ist das Einwohner- und Integrationsamt gegründet worden, das die Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe etabliert hat. Dies ist sicherlich ein bekannter Begriff, es wird mittlerweile sehr oft gefordert. Wie das genau aussieht, zeige ich Ihnen gleich noch in einer grafischen Darstellung.

Im Jahr 2003 haben wir dann ein Monitoringsystem mit insgesamt 24 Kennzahlen entwickelt. Der Hintergrund dieser Arbeit war, dass wir uns damit befasst haben: Woran machen wir gelungene Integration fest? Wie messen wir Integrationsfortschritte? Wie versachlichen wir die Diskussion über dieses oft zu Recht sehr emotionale, manchmal aber auch schwierige Thema ein Stück weit?

Im Jahr 2004 wurde das erste gesamtstädtische Integrationskonzept verabschiedet. Dort wurden verbindliche Handlungsgrundlagen für fünf Jahre festgelegt, an denen die städtischen Einrichtungen ihre Integrationsarbeit und -projekte ausgerichtet haben. Das war ein sehr wichtiger Schritt; meine beiden Vorrednerinnen haben schon Stichworte wie Projektaktivismus, Parallelarbeit, wenig Abstimmung untereinander, wenig Information und Transparenz genannt.

Die ersten fünf Jahre haben wir hinter uns gebracht. Im November 2009 ist die erste Fortschreibung des Integrationskonzepts beschlossen worden. Hinsichtlich der Frage der institutionellen Voraussetzungen möchte ich betonen: Ziele und Konzepte sind gut und wichtig, aber es geht immer auch darum, in welcher Form sie umgesetzt werden. Wie sichert man das ab? Deswegen ist eine Steuerungs- und Umsetzungsstruktur für die Kommune ein fester Bestandteil des Integrationskonzepts und auch der Beschlusslage.

(Folie: Steuerungs- und Umsetzungsstruktur)

Die Steuerungs- und Umsetzungsstruktur, die in dem jetzigen Integrationskonzept wieder beschlossen worden ist, sieht folgendermaßen aus: Das Amt 33 – das ist unsere Organisationsziffer –, also das Einwohner- und Integrationsamt, hat als Querschnittsaufgabe für die Umsetzung der Ziele des Integrationskonzepts zu sorgen. Es macht nicht alles allein, verantwortet auch nicht alle Projekte allein, sondern ist dafür zuständig, dass die Fachbereiche, die mit den Themen und Zielsetzungen befasst sind, diese auch umsetzen.

Wir werden von einer Steuerungsgruppe begleitet. Diese ist fach-, dezernats-, ämterübergreifend besetzt, und zwar von der Führung der jeweiligen Fachbereiche. Die Steuerungsgruppe berät uns bei der Zielformulierung. Sie bereitet gemeinsam mit uns den jährlichen Integrationsbericht vor und verantwortet auf dieser gehobenen Ebene die Umsetzung der Ziele. Das ist ganz wichtig; denn wer in der Praxis tätig ist, weiß: Wenn man Integration von oben verabschiedet und die Bereiche, die in der praktischen Arbeit damit befasst sind, nicht von Anbeginn an einbindet, stößt man auf sehr starke Widerstände und reibt sich an Ressortabgrenzungen usw. auf. Daher haben wir es von Anfang an in dieser Struktur verankert.

Das Integrationskonzept ist die Basis der Arbeit. Wir haben uns – darauf gehe ich gleich noch einmal ein – aufgrund der Lage in Wiesbaden, der Kennzahlen und Daten aus dem Monitoringsystem auf vier Handlungsfelder fokussiert. Man kann viel machen, es

gibt sehr viele wichtige Themen, aber wir haben gesagt: Die Ressourcen sind sowohl monetär als auch personell knapp, also legen wir uns auf vier große Bereiche und hier jeweils auf konkrete Fünfjahresziele fest. Für jedes Handlungsfeld gibt es noch sogenannte Steuerungskreise. Das sind moderierte Akteursnetzwerke, die zwar unter unserer Geschäftsführung arbeiten, in denen wir aber Fachleute aus den jeweiligen Themenbereichen an einen Tisch holen. Es handelt sich je nach Thema um Vertreter unterschiedlicher städtischer Institutionen, freier Träger, Migrantenselbstorganisationen usw.

Um zu dokumentieren, was aus unserer Arbeit wird, inwieweit die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auch umgesetzt werden, legen wir jährlich einen Integrationsbericht vor, in dem zum einen aus den einzelnen Integrationsprojekten berichtet wird, zum anderen werden die jährlich erhobenen Kennzahlen und Daten aus dem Monitoringsystem fortgeschrieben und dokumentiert. Es ist mir wichtig, Ihnen zu verdeutlichen, dass wir sehr großen Wert darauf gelegt haben.

Nach mittlerweile fünf Jahren – wir befinden uns jetzt im sechsten Jahr – kann ich sagen, dass sich die Steuerungs- und Umsetzungsstruktur sehr bewährt hat. Sie führt dazu – deswegen halte ich sie für einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit von Integrationsansätzen –, dass sich eine Routine in der Zusammenarbeit, der Vernetzung und auch der Zusammenführung unterschiedlicher Blickrichtungen von unterschiedlichen Akteuren zu bestimmten Themen entwickelt. Die Umsetzung ist einem festen Regelkreis unterworfen und nicht der Beliebigkeit überlassen.

(Folie: Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden)

Ganz kurz möchte ich auf das Monitoringsystem eingehen, das auch in unserem Integrationskonzept nachzulesen ist. Dort ist der komplette Indikatorenset in einer Zeitreihe von mittlerweile fünf Jahren abgebildet. Wir erheben 24 Indikatoren in vier verschiedenen Dimensionen des Integrationsprozesses. Eine Dimension betrifft Indikatoren aus dem Bereich der strukturellen Integration, z. B. in den Arbeitsmarkt, in das Bildungssystem oder im rechtlichen Bereich. In der Dimension der sogenannten kulturellen Integration geht es unter anderem um den Spracherwerb; ich werde Ihnen gleich ein Beispiel nennen.

Diese Daten sind für uns ein wichtiges Instrument zur Sensibilisierung und dienen als Frühwarnung, in bestimmten Feldern tätig zu werden. Sie dienen uns auch zur Identifikation von Handlungsbedarfen und Ableitung von ganz konkreten Maßnahmen. Da diese Daten jedes Jahr öffentlich zur Verfügung gestellt werden, hilft dieses Instrument, die Diskussion ein Stück weit an Fakten zu orientieren und sich immer wieder zu vergegenwärtigen: Wo stehen wir in Wiesbaden? Wir arbeiten daran, das Indikatorenset immer wieder auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen: Sind die Indikatoren wirklich aussagekräftig? Je nach Thema ergänzen wir sie auch. Das haben wir im letzten Jahr im Bereich Gesundheit getan, nämlich z. B. die Aspekte „Wie werden Untersuchungen für Kinder von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen?“ oder „Übergewicht bei der Einschulung“ auf Anregung aus einem der Netzwerke, dem Steuerungskreis Gesundheit, aufgenommen. – Das nur als ein Beispiel.

(Folie: Beispiel für kulturelle Integration)

Ich habe Ihnen einen Auszug mitgebracht, der einen deutlichen Indikator aufzeigt. Bei der Schuleingangsuntersuchung erheben wir bei den Kindern die Defizite in der deutschen Sprache. Wenn Sie sich die Zahl ansehen, wird Ihnen klar, dass man hier tätig werden muss. Wir bewegen uns leider nach wie vor auf einem recht hohen Niveau. Fast

50 % der einzuschulenden Kinder haben bei der Einschulung Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache.

(Folie: Schlussfolgerungen aus dem Monitoring – Beispiele)

Das hat uns dazu geführt – das ist wiederum nur ein Beispiel –, zu fragen: Was machen wir? Aufgrund dieses Indikators haben wir diverse Projekte aufgelegt. Natürlich arbeiten wir viel mit Projekten, überprüfen aber auch die Strukturen, die mit diesem Thema – mit Beratung, mit den Institutionen – zu tun haben.

Ich möchte jetzt nicht auf jedes einzelne Projekt eingehen – das würde etwas zu weit führen –, sondern Ihnen nur aufzeigen, dass wir tatsächlich mit den Indikatoren arbeiten. Wenn Sie sich das Monitoring ansehen, können Sie leider nicht immer einen kausalen Zusammenhang zwischen dem konkreten Projekt und der Auswirkung auf die Kennzahl herstellen. Es wäre schön, das wünschen wir uns alle, so einfach ist die Welt aber nicht. Es gibt sehr viele Kontextbedingungen, die auf die Veränderung von Daten einwirken. Nichtsdestotrotz ist es eine wichtige Grundlage in der Steuerung dieser Arbeit.

(Folie: Der Integrationsbegriff)

Wie definieren wir in Wiesbaden Integration? Das war uns ein wichtiges Anliegen. Wir haben den Integrationsbegriff in der zweiten Auflage des Integrationskonzepts etwas verändert und machen eine gelungene Integration an der Angleichung der Lebenslagen fest. Damit meinen wir z. B. die Angleichung im Hinblick auf die Integration in das Bildungssystem, auf gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt. Auch das Monitoringsystem soll dies abbilden. Die Indikatoren haben etwas mit den Lebenslagen zu tun. Dahinter stand der Wunsch, diesen Begriff bei aller Schwierigkeit ein Stück weit messbar zu machen.

Hinter „Integration in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft“ verbirgt sich unsere Annahme, dass man nicht mehr von einer weitestgehend homogenen Aufnahmegesellschaft reden kann. Auch die Aufnahmegesellschaft ist multikulturell geworden, mehr als heterogen. Es stellt sich so langsam die Frage: Wer integriert hier wen in was? Ganz wichtig ist der konstruktive Umgang aller Beteiligten mit Vielfalt und Verschiedenheit. Das soll zum Ausdruck bringen – das ist gerade von meinen beiden Vorrednerinnen mehrfach erwähnt worden –: Die sogenannte Aufnahmegesellschaft ist ein ganz wichtiger Ansprechpartner und beteiligter Akteur im Integrationsprozess. Es geht um beide Seiten.

(Folie: Paradigmenwechsel, Potenziale und Chancen von Migration und Zuwanderung)

In der zweiten Auflage des Wiesbadener Ansatzes haben wir einen Paradigmenwechsel vollzogen. Das ist vielleicht etwas hochtrabend formuliert, aber die ersten fünf Jahre waren wir in unserem Integrationsansatz sehr stark defizitorientiert. Auch das Monitoring weist sehr stark Defizite aus. Wir haben jetzt nicht die rosarote Brille aufgesetzt – die Welt ist in Ordnung, wir sehen nur noch Potenziale und Stärken –, aber wir möchten den Blick mehr auf die Stärken und Chancen von Migration und Zuwanderung richten. Ich hoffe, dass wir das durchgehalten und auch in der Formulierung unserer Ziele diesen Fokus in den Vordergrund gerückt haben.

(Folie: Ziele und Handlungsfelder der Integrationsarbeit 2010 bis 2014)

Hinter den vier Handlungsfeldern Bildung, Arbeit, Gesundheit und Sport sowie Vielfalt in Stadtentwicklung und kulturellem Leben verbergen sich unsere konkreten Zielsetzungen. Ich habe Ihnen einige Auszüge mitgebracht, ohne sie im Detail vorstellen zu wollen. Das nur, damit Sie einen Eindruck bekommen, wie wir damit umgegangen sind.

(Folie: Handlungsfeld 1: Bildung)

Im Bereich Bildung geht es darum, die bikulturellen Fähigkeiten der Kinder, insbesondere die Mehrsprachigkeit, wertzuschätzen und zu fördern. Das sind Formulierungen von Zielsetzungen, die in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Wir arbeiten sehr stark mit Lotsenprojekten, also der Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Fähigkeiten in verschiedenen Themenfeldern.

(Folie: Handlungsfeld 3: Gesundheit und Sport)

Im Bereich Gesundheit und Sport nenne ich beispielsweise den Aufbau eines institutionalisierten Angebots an muslimischer Seelsorge in JVA's ebenso wie in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen oder den Aufbau einer kultursensiblen Altenpflege. Auf das Thema Nachhaltigkeit werde ich gleich noch einmal eingehen. Eben ist schon kritisch gesagt worden, dass es immer nur um Projekte geht. Inwieweit können Projekte tatsächlich nachhaltig sein? Wir versuchen mittlerweile, stärker an die Veränderung der bestehenden Institutionen zu gehen und die vorhandenen Strukturen zu hinterfragen. Damit möchte ich Projekte nicht abwerten – sie sind wichtig, um Dinge auszuprobieren –, aber Nachhaltigkeit ist sehr stark mit der Optimierung von Strukturen verbunden.

(Folie: Handlungsfeld 2: Arbeit – Schwerpunkt im Programm Modellregion Integration)

Ich möchte noch kurz auf ein letztes Beispiel aus dem Handlungsfeld Arbeit eingehen, das ich ausgewählt habe, weil wir es zum Schwerpunktthema im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ machen möchten. Wir wollen uns insbesondere der Erschließung der mitgebrachten, teilweise sehr hohen Qualifikation von Zuwanderern annehmen. Die Anerkennung der Abschlüsse ist heute schon erwähnt worden. Dieses Problem können wir nicht auf kommunaler Ebene lösen, darüber wird im Moment auch auf Bundesebene diskutiert. Auf der kommunalen Ebene können wir aber die Wahrnehmung von und den Umgang mit Qualifikationen verbessern. Unsere derzeitigen Beratungsstrukturen sind nicht auf diesen Blick ausgerichtet. Nach unserem Eindruck wird in der Beratung sehr oft darauf hingewiesen, was alles nicht geht, und dann hört es auf. Wir denken im Moment darüber nach, eine zentrale Erstberatungsstelle einzurichten, wo man direkt hingehen kann, die auch hilft, durch den ausgesprochen komplexen Dschungel der Zuständigkeiten zu navigieren. Das ist ein großes Thema, dessen wir uns jetzt annehmen wollen.

In der Zielgruppe der Frauen, was die sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit betrifft, sehen wir noch ein großes Feld, in das wir einsteigen wollen.

Auch das Thema „Existenzgründung, Entfaltung der wirtschaftlichen Chancen“ möchten wir uns im Handlungsfeld Arbeit vornehmen. Dabei geht es auch um die Sichtbarmachung gelungener Integration. Wir haben ein hohes Potenzial im Bereich der ethnischen Ökonomie, das viel zu wenig zum Tragen kommt.

Der letzte Punkt – der Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit interkultureller Kompetenz im Bereich der Stadtverwaltung – richtet sich an uns als großer Arbeitgeber. Das erklärt sich von selbst.

(Folie: Nachhaltigkeit von Integrationsarbeit)

Zum Schluss: Wir haben versucht, das Thema Nachhaltigkeit – das ist immer schwierig – in fünf Punkten zusammenzufassen. Die Einbindung von Migranten und Migrantenselbstorganisationen in der Zielfindung und bei der Umsetzung von Anbeginn an sowie die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe sind uns wichtig. Das haben wir in vielen Feldern unter Beweis gestellt, nicht zuletzt – vielleicht haben es einige von Ihnen mitbekommen – bei unserem Projekt der Integrationsvereinbarung mit islamischen Gemeinden. Dieses wichtige Projekt konnte nur gelingen, weil die Diskussion auf gleicher Augenhöhe stattgefunden hat. Früher wurde sehr oft über die Menschen diskutiert.

Die interkulturelle Öffnung von Institutionen und Beratungsstellen weiter auszubauen, halte ich für ganz zentral. Wir haben sehr viele Institutionen, sehr gute Beratungsangebote, aber es fehlt oft der Zugang zu den Zielgruppen. An der interkulturellen Kompetenz dieser Institution müssen wir weiter arbeiten.

Es geht darum, moderierte Akteursnetzwerke in den verschiedenen Handlungsfeldern aufzubauen. Das rekurriert noch einmal auf das, was ich Ihnen zu Beginn im Zusammenhang mit unserer Steuerungslogik gezeigt hatte. Es ist ein sehr bewährtes Modell, alle Akteure an einen Tisch zu holen und kontinuierlich mit einer gewissen Moderation und Ernsthaftigkeit an einem bestimmten Thema zu arbeiten.

Meine beiden Vorrednerinnen und ich haben uns nicht abgesprochen, aber ich war sehr beruhigt über ihre Ausführungen, weil ich es so hart formuliert habe: Weg vom Projektaktivismus – hier treffen wir uns wieder, das kann ich nur unterstreichen – hin zu strukturellen Veränderungen, die ich in den Bereichen fachliche Beratung, Arbeitsvermittlung, Sprachkursberatung und -vermittlung, Personalakquise und Personalentwicklung sehe. Das sind Beispiele, bei denen man über strukturelle Ansätze eine Menge erreichen kann.

Wir müssen erfolgreiche Integrationsbiografien sichtbar machen; dazu wurden schon schöne Beispiele genannt. Es ist ein Gewinn, die Chancen und den Nutzen von Migration für beide Seiten spürbar und sichtbar zu machen. Das halte ich für sehr wichtig.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Rudolph. – Wir sehen jetzt die nächste Präsentation von Herrn Dr. Wendtland.

Wenn Frau Dr. Eskandari-Grünberg in der Zwischenzeit eintreffen sollte, werden wir sie als Dritte hören. Danach treten wir in die Fragerunde ein. Anschließend gebe ich sowohl Herrn Di Benedetto von der agah als auch Herrn Müller vom Statistischen Landesamt die Gelegenheit, aus ihrer Sicht etwas zu ergänzen. Dann werde ich den Sachverständigen der Fraktionen, die beim letzten Mal nicht dabei waren, Frau Simon und Herrn Prof. Radtke, die Möglichkeit einräumen, ein Eingangsstatement abzugeben; das haben die anderen bereits in der letzten Sitzung tun können. Wenn Sie dieses Angebot annehmen möchten, werden wir das noch im öffentlichen Teil abhandeln. Danach treten wir dann in den nicht öffentlichen Teil ein. – Herr Dr. Wendtland.

Herr **Dr. Wendtland**: Ich kann im Gegensatz zu meinen drei Vorrednerinnen ein Kontrastprogramm bieten, und das in mehrfacher Weise.

(Präsentation: Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e. V.)

Ich vertrete keine Institution, sondern einen Verein, der sich in meiner Heimatstadt mit Integration beschäftigt. Insofern sind wir sehr projektgeleitet. Ich möchte Ihnen etwas vorstellen, das die Chance auf Nachhaltigkeit beinhaltet und daher vielleicht nicht gelungene, sondern gelingende Integration darstellt. Wir sind auf dem Weg.

(Folie: Inhalt)

Ich möchte kurz die Stadt, den Verein und mich vorstellen und dann einige Aktivitäten im Überblick zeigen, damit Sie das Ganze einordnen können; denn ich betrachte unser Thema von ganz unten. Wir versuchen tagtäglich, in Projekten Integrationsbeiträge zu leisten. Danach werde ich Ihnen ein Projekt vorstellen, zu dem mehrere Fragen von vorn herein passen. In meiner Präsentation habe ich ausgehend von den Fragen, die Sie uns mit auf den Weg gegeben haben, einige Charts zusammengestellt. Diese werde ich allerdings übergehen und nur einzelne Aspekte, die in der Diskussion schon eine Rolle gespielt und für unser Projekt eine Bedeutung haben, herausgreifen.

(Folie: Kreisstadt Dietzenbach)

Dietzenbach ist die Kreisstadt des Landkreises Offenbach. Wir haben allerdings das Autokennzeichen OF und nicht das der Kreisstadt.

(Zuruf von der CDU: Ist Ihnen das peinlich?)

– Überhaupt nicht. Dietzenbach liegt ungefähr 12 km von Frankfurt entfernt, südöstlich im Dreieck zwischen Frankfurt, Offenbach und Darmstadt. Die Stadt hat knapp 35.000 Einwohner. Etwa ein Drittel der Einwohnerschaft stammt aus insgesamt über 100 Nationen außerhalb Deutschlands.

(Folie: Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e. V.)

Unser Verein wurde 2001 gegründet, und zwar von vornherein – ich selber bin kein Gründungsmitglied, sondern Seiteneinsteiger – mit einem relativ großen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die an dem Thema des Zusammenlebens der Kulturen interessiert waren. Der ursprüngliche Gedanke war, eine Plattform zu schaffen, auf der man einander begegnen und sich zu verschiedenen Themen austauschen kann. Im Vordergrund stand nicht die Frage, Integrationsprojekte zu leisten. Das hat sich erst im Laufe der Jahre entwickelt.

Unsere Mitglieder, deren Zahl überschaubar ist – es sind etwa 130 –, stellen ein kleines Abbild unserer Bevölkerungsstruktur dar. Etwa 30 % haben einen Migrationshintergrund und kommen aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen. Das geht von der Türkei über Marokko, Kroatien bis hin zu Südamerika. Alles, was die Welt zu bieten hat, ist in Dietzenbach zu Hause und auch in unserem Verein vertreten.

In den letzten Jahren haben wir uns sehr intensiv um Bildungsprojekte verschiedener Art gekümmert. Ich teile die Auffassung, die schon mehrfach geäußert wurde, dass die praktische Integrationsarbeit im Wesentlichen auf der kommunalen Ebene durchgeführt wird und dort ihren Platz haben muss. Eines dieser Projekte möchte ich Ihnen nachher



etwas ausführlicher darstellen, weil es vielleicht für übergreifende Fragen Modellcharakter haben kann.

(Folie: Dr. Gerd Wendtland)

Ich selbst bin Ruheständler, kann mich also ehrenamtlich um solche Dinge kümmern. Insofern möchte ich eine Lanze für das Ehrenamt brechen, und zwar in verschiedener Weise. Es ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, auch Menschen mit Migrationshintergrund in Ehrenämter zu führen. Das haben wir an verschiedenen Stellen erreichen können, worüber ich sehr froh bin; denn diese haben wieder Modellcharakter für andere. Ich bin der erste Vorsitzende des Vereins Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e. V.

(Folie: Projekte und Trägerschaften)

Es gibt eine Reihe von Projekten bzw. Trägerschaften – es sind eigentlich keine Projekte mehr, sondern sie sind schon auf Dauer gestellt –, die ich Ihnen im Überblick darstellen möchte, um dann auf das letztgenannte, nämlich die „Elternschule“, näher einzugehen.

(Folie: „Zusammenspiel“)

Hinter „Zusammenspiel“ verbirgt sich ein offenes Spieleangebot. Es gab in Dietzenbach vor Jahren die sogenannte „Spielinsel“, auch ein offenes Spieleangebot. In unserer Stadt ist ein Spielehersteller ansässig, der der Stadt ein großes Kontingent vor allen Dingen an Brettspielen übereignet hat. Aus Kostengründen hat die Stadt die damals „Spielinsel“ genannte Einrichtung dann geschlossen. Das haben wir nicht für richtig gehalten. Dort haben deutsche Kinder mit Migrantenkindern, aber auch deutsche Erwachsene mit Migrantenerwachsenen gemeinsam gespielt. Das ist uns ein wichtiges Anliegen gewesen.

Wir haben versucht, diese Initiative aufzugreifen. Im Augenblick bieten wir einmal in der Woche samstags – bewusst außerhalb der Schulzeiten, denn dann sind die Kinder sehr stark durch anderweitige schulische Aktivitäten, Hausaufgaben usw. gebunden – ohne Mitgliedschaft, ohne bürokratische Hürden an, dass Kinder zu uns kommen und unter Betreuung und Anleitung die insgesamt 400 Spiele, die im Augenblick zur Verfügung stehen, ausprobieren können. Wir geben auch Spiele mit nach Hause. Mit dem Team – als Betreuer betätigen sich nur Migranten – gehen wir mittlerweile auch in die Nachmittagsbetreuung der Schulen.

(Folie: „Mitternachtssport“)

„Mitternachtssport“ ist eine Einrichtung, die es auch in anderen Kommunen, beispielsweise in Offenbach oder Langen, gibt und seit mehreren Jahren in Dietzenbach. Wir haben die Trägerschaft dafür übernommen. Von der kommunalen Seite her wird die Sporthalle zur Verfügung gestellt, und wir bekommen einen Förderbeitrag, von dem wir Aufwandsentschädigungen für unsere Übungsleiter leisten. Ob dies wirklich ein gutes Integrationsprojekt ist, kann ich gar nicht beurteilen; dahinter mache ich ein kleines Fragezeichen. Denn wenn Türken mit Türken Fußball spielen und der Schiedsrichter auch ein Türke ist, ist das nicht unbedingt ein Ausdruck von Integration. Hier sind mehrere Nationen, aber wenige oder fast gar keine deutschen Jugendlichen beteiligt. Es ist eine Initiative, die für die Stadt wichtig ist, weil es ein Angebot für Jugendliche ist, das es sonst nicht gäbe. Alle 14 Tage wird freitagabends bis nach Mitternacht Fußball gespielt.

Es ist insofern ein Ansatzpunkt für Integration, weil es darum geht, geordnet nach Regeln zu spielen. Es finden Turniere und Begegnungen mit anderen Mitternachtssportgruppen statt. Wir sind zum Turnier in Offenbach gewesen, die Langener waren bei uns, und wir werden demnächst nach Langen fahren. Dort findet also auch ein Austausch über die Kommunen hinweg statt.

(Folie: „Zusammen kochen“)

Kultur drückt sich sehr unterschiedlich aus, von der Religion über die Sprache bis hin zu den Speisen, die man zubereitet. Um hier gemeinsam weiterzukommen, versuchen wir, regelmäßig – im Augenblick findet das alle zwei bis drei Monate statt – in einer Küche in unserer Stadt eine Gruppe zusammenzurufen, die jeweils ein unterschiedliches Land repräsentiert, aber die anderen Länder sind natürlich beteiligt. Das, was Sie vorhin Konkurrenzintegration genannt haben, versuchen wir ein Stück weit aufzubrechen, um Verständnis füreinander zu erreichen.

(Folie: „Interkultureller Salon“)

Ähnlich ist der „Interkulturelle Salon“, den es seit zwei Jahren in Dietzenbach unter unserer Trägerschaft gibt. Er wird in Zusammenarbeit mit der städtischen Bücherei durchgeführt. Der „Interkulturelle Salon“ hat jedes Mal ein bestimmtes Thema, häufig ein Land oder eine Region. Zu dieser Region gibt es dann z. B. Musik, Kostproben aus der Küche des Landes, wie Sie hier im unteren Bild sehen, und Literatur. Die junge Dame rechts ist eine Armenierin, die aus ihrem angestammten Land berichtet und die verschiedenen Facetten der Situation der Armenier dargestellt hat. Es gab auch Musik an diesem Abend. Das führen wir etwa in Quartalsabständen durch. Auch dies ist der Versuch, rein über die Information hinaus, die für jeden interessant und angenehm ist, über die verschiedenen Kulturbereiche Verständnis füreinander zu entwickeln.

(Folie: Fahrradkurs für Frauen)

Der Fahrradkurs für Frauen steht für mehrere Beispiele, die wir in Dietzenbach durchführen. Mit „wir“ meine ich im Augenblick unseren Verein, auf die Situation der Kommune komme ich gleich noch ausführlicher zu sprechen. Im Rahmen eines Projekts, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wurde, haben wir einen Fahrradkurs für Frauen aufgelegt. Hintergrund war die Überlegung, dass Frauen oder überhaupt Migrantinnen, die sich in einer starken Gettosituation befinden – dazu sage ich gleich noch etwas –, mobil werden, um über ihren persönlichen Wohnbereich für eine Berufstätigkeit, für Behördenangelegenheiten usw. hinauszukommen.

Dieser Kurs wurde im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit dem ADFC, dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club, gemeinsam mit einer professionellen Trainerin durchgeführt. Das aufgewendete Geld war im Wesentlichen für die Trainerin und die speziellen Fahrräder, die man dafür braucht. Zehn Frauen, die vorher nicht Fahrrad fahren konnten – im Gegenteil, sie hatten Angst vor diesem Gerät –, haben an dem Kurs teilgenommen. Es hat vier Wochen gedauert, und ausnahmslos alle konnten sich einigermaßen sicher im Straßenverkehr bewegen. Das Training hat allerdings sehr konzentriert, an mehreren Tagen pro Woche, stattgefunden.

Wir haben dann durch eine Spendenaktion, die wir über die örtliche Presse initiiert haben, für jede dieser Frauen ein Fahrrad besorgen können, sodass sie auch die Möglichkeit haben – das Thema Nachhaltigkeit im ganz Kleinen betrachtet –, das erlernte Fahren auszuprobieren und weiterzuentwickeln. Die Fahrräder haben wir allerdings nicht

verschenkt, sondern für einen kleinen, aber wichtigen symbolischen Beitrag an die Frauen verkauft. Das war auch überhaupt kein Problem. Wir hielten es für wichtig, dass die Wertigkeit des Ganzen akzeptiert und dafür ein wenig Geld in die Hand genommen wird. Das haben alle getan, niemand hat dies kritisch angemerkt.

(Folie: „Elternschule“)

Ein weiteres Thema ist die „Elternschule“. Das geht jetzt in Richtung des Lotsencharakters, von dem vorher gesprochen wurde. Es geht um die Frage: Wie kann man solche Schulprojekte speziell einrichten und auf Dauer stellen? Das möchte ich Ihnen gern etwas ausführlicher darstellen und damit die eine oder andere Frage, die in der Diskussion vorher schon eine Rolle gespielt hat, aufgreifen.

Die Personen, die Sie hier sehen, sind die Initiatoren und Träger der „Elternschule“, die wir in einer Grundschule in Dietzenbach durchgeführt haben. Oben rechts ist die Trainee, eine promovierte Pädagogin und Psychologin, die den Schulungsanteil des Projekts, über den ich gleich noch mehr erzähle, wahrgenommen hat. Daneben stehen zwei Teilnehmerinnen, die ein Zertifikat in der Hand halten. Am Ende haben nur Frauen teilgenommen. Wir hatten es zwar als Elternschule angeboten, am Anfang waren auch zwei Väter von Grundschulkindern dabei, sie wurden aber von den Frauen mehr oder weniger herausgedrängt. Es war nachher eine reine Frauengruppe, sie wollten unter sich sein.

Im Bild unten rechts sehen Sie den Schulleiter. Das ist eine wichtige Erfolgsvoraussetzung für solch ein Projekt. Es muss jemanden in der Schule geben, der sich dafür engagiert. Ihm ist es gelungen, dieses Projekt nicht nur als Einzelperson von der Leitungsebene her zu fördern, sondern er hat im Kollegium auch Lehrer gefunden, die als Multiplikatoren mitgewirkt haben, die öfter in die Gruppe hineingegangen sind, zu verschiedenen Themen berichtet und informiert haben und den Müttern für Fragen zur Verfügung standen.

Auf dem linken Foto sehen Sie die Zukunft dieses Projekts. Rechts steht die Integrationsbeauftragte des Kreises. Wir arbeiten in diesen Dingen sehr eng mit dem Kreis zusammen, bisher noch weniger mit der Stadt. Die junge Dame links war als Mutter beteiligt – sie stammt aus Makedonien – und hat danach eine entsprechende Gruppe in einer anderen Grundschule in Dietzenbach gemeinsam mit einer Mutter aus Marokko – beide sind Laien auf dem Gebiet, also Ehrenamt – initiiert, die dann wieder fachlich von Pädagogen usw. unterstützt wird. Das wird von den Frauen abgerufen, je nach ihren Fragen und Bedürfnissen.

Die Dame in der Mitte war als pädagogische Leiterin in der Fortführung des eigentlichen Projekts tätig. Es ist heute kein Projekt mehr, sondern auf Dauer gestellt und soll auch zur Dauereinrichtung werden. Von der fachlichen Seite her ist es notwendig, es nicht auf der Laienebene zu belassen, weil man entsprechendes Fachwissen über Schule, Schulentwicklung, Übergang in weiterführende Schulen usw. einbringen muss. Insofern unterstützt eine Pädagogin, in diesem Fall eine ebenfalls sich im Ruhestand befindende ehemalige Schulleiterin, dieses Projekt ehrenamtlich.

(Folie: „Die Elternschule“ – Ausgangssituation und Zielsetzung)

Die Ausgangssituation ist vorher schon genannt worden. Eltern von Migrantenkinder in die Schule zu bringen ist sehr schwierig. Das war auch hier so. An der Modellschule in Dietzenbach – eine Grundschule – haben über 90 % der Schülerinnen und Schüler einen

Migrationshintergrund, und viele haben, wenn sie eingeschult werden, durchaus noch Sprachprobleme. Die Eltern haben häufig Schwellenängste, sich dem Gebäude Schule zu nähern. Das hat Sprachgründe – sie fühlen sich nicht sprachkompetent genug –, aber auch Gründe im kulturellen Bereich – es ist ihnen ein bisschen fremd. Insofern haben wir versucht, eine Elterngruppe mit dem Gedanken, dass sie später als Lotsen zur Verfügung stehen, zu rekrutieren. Sie werden sicher nachher fragen, wie wir das gemacht haben. Es gibt schon Netzwerke, auf die man zurückgreifen kann.

Insgesamt haben sich von 19 Eltern, die sich am Anfang grundsätzlich interessiert gezeigt hatten, zehn bereitgefunden, dauerhaft in der Gruppe mitzuarbeiten. Sie sind immer noch dabei. Erst gab es eine Schulung. Nach der Schulungsphase trafen sich die Eltern – genauer gesagt: die Mütter – weiterhin regelmäßig, quasi als Selbsterfahrungsgruppe, um sich über verschiedene Dinge auszutauschen, die alle mit Erziehung, Schule oder der Organisation des Haushalts – häufig sind mehrere Kinder da, es teilt sich auch auf verschiedene andere Schulen auf – zu tun haben. Ziel war es von Anfang an, dass die Gruppe ein Multiplikator zu anderen wird. Wir haben mit einer Gruppe in der ersten Schulklasse begonnen. Die Schülerinnen und Schüler kamen neu an die Schule, insofern war der Informationsbedarf groß. Wir hoffen – das ist teilweise schon eingetreten –, dass diese Mütter Eltern der nächsten 1. Klasse motivieren, sich der Gruppe anzuschließen. So wird das Ganze auf Dauer gestellt. Die Eltern, deren Kinder dann in weiterführende Schulen gehen, werden die Gruppe verlassen, und von unten rücken immer wieder neue nach.

(Folie: „Die Elternschule“ – Rahmenbedingungen)

Der Ort ist die Sterntalerschule in Dietzenbach. Ich sagte es schon: Mehr als 90 % der Schüler haben einen Migrationshintergrund. Die Herkunftsländer der Gruppe waren überwiegend die Türkei und Marokko, es gab jemanden aus Makedonien und zwei Damen aus Afghanistan. Sie haben sich in der Schulungsphase einmal pro Woche getroffen, jetzt treffen sie sich alle zwei Wochen. Die Leitung liegt in der Hand von erfahrenen Pädagogen und Psychologen. Das Ausgangsprojekt wurde über die Robert Bosch Stiftung finanziert. Wir brauchten eine Fachkraft, die die Schulung durchführt. Das hat die Robert Bosch Stiftung übernommen.

(Folie: Inhalte der Schulung – 1)

Hier ein kleiner Überblick über die typischen Inhalte der Schulung; ich will sie nicht alle einzeln aufzählen. Das waren die Dinge, die die Mütter interessiert haben: Wie kommen wir mit unserem „Zeitmanagement“ zurecht, wenn es Stundenpläne und Stundentafeln gibt? Was ist der Sinn und Zweck von Hausaufgaben? Wie können Eltern Hausaufgaben betreuen und unterstützen? All das betrifft ganz unmittelbar die Rolle der Eltern von Schulanfängern.

(Folie: Inhalte der Schulung - 2)

Es ging auch um fachlich-inhaltliche Fragen in Bezug auf die älter werdenden Schüler: Wie ist der Übergang zu den weiterführenden Schulen organisiert? Welche Schulen sind für mein Kind die richtigen in Dietzenbach? Wir haben vier weiterführende Schulen. Das Thema Gewaltprävention hat eine große Rolle gespielt. Es wurde immer Wert darauf gelegt, dass die Teilnehmerinnen ihre Fragen einbringen konnten. Dann wurden entsprechende Fachleute hinzugezogen, um die Fragen zu beantworten.

(Folie: Stand heute)

Das Projekt hat vor gut einem Jahr begonnen. Der Stand heute ist: Die Gruppe trifft sich weiter regelmäßig unter Leitung der vorher schon erwähnten ehemaligen Schulleiterin. Es ist heute kein Projekt mehr, es hat nicht mehr das natürliche Ende, sondern wir hoffen, dass die Gruppe durch Nachzug von neuen Schulanfängern und deren Eltern immer wieder neu belebt wird.

Ich hatte schon erwähnt, dass zwei der ehemaligen Teilnehmerinnen selbst eine solche Gruppe an einer anderen Schule initiiert haben. In der Regenbogenschule – das ist eine weitere Grundschule in Dietzenbach – werden wir noch in diesem Jahr – nach den Sommerferien, im nächsten Schuljahr – eine entsprechende Gruppe einrichten und versuchen, dort eine Dauerhaftigkeit zu erzielen.

(Folie: Eltern übernehmen heute regelmäßig Aufgaben)

Interessant machen dieses Projekt weniger die speziellen Aspekte, die hier erwähnt wurden, sondern uns ist es wichtig, dass die Eltern Teil dessen geworden sind, was wir Schulgemeinde nennen. Sie begleiten Ausflüge, übernehmen so etwas wie Nachhilfeunterricht, Betreuung für leistungsschwächere Schüler, geben selber Input in die Projektwoche der Schule. Das heißt, sie nehmen an Projekten teil, haben selber Ideen und stehen für bestimmte Projekte auch selber in Verantwortung. Wissen Sie, was eine Projektwoche in der Schule ist? – Das ist eine Woche im Schuljahr, in der man außerhalb des Schulalltags bestimmte Themen vertiefen kann. Sie stehen als Lesemütter in der Schule, aber auch in anderen Schulen in der Nachmittagsbetreuung zur Verfügung. Sie unterstützen bei der Pausengestaltung und helfen bei der Mittagsbetreuung. Es ist keine Ganztagschule, aber für die Schülerinnen und Schüler wird ein Essen ausgegeben. Daran wirken diese Frauen mit. Das geht so weit, dass inzwischen auch die Weihnachtsfeier von muslimischen Frauen mitgestaltet wird. Auch das ist Teil gelebter Integration.

(Folie: Perspektiven dieser Maßnahme)

Die Eltern der neuen ersten Schulklassen sollen durch Teilnehmerinnen zur Teilnahme an den bestehenden Gruppen motiviert werden. Das passiert schon auf der Strecke und soll jetzt zum neuen Schuljahr aktionsmäßig geschehen. Sie werden dann ebenfalls geschult, aber – ich habe es in der Eisenbahnersprache formuliert – „unter dem rollenden Rad“. Es wird keine eigene Schulungsphase mehr geben, sondern es geht viel über den persönlichen Austausch und die Selbsterfahrungsgruppe. Natürlich wird es einzelne Tage geben, an denen die, die Sachinformationen brauchen, auch vertieft informiert werden.

Eine weitere Gruppe soll an der Nahtstelle beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule aufgebaut werden, vor allen Dingen in die Hauptschule. Das Kollegium der Ernst-Reuter-Schule – das ist eine der beiden weiterführenden Schulen mit gymnasialem Zweig – bereitet sich gerade darauf vor, diese Gruppe aufzunehmen und dann weiterzuführen, wobei es immer nur um unterstützende Maßnahmen für eine sich selbst organisierende Gruppe geht. Wir hoffen, dass wir die Dinge damit auf Dauer stellen können.

An einigen Schulen gibt es noch keine Eltern- oder Fördervereine. Die Initiative geht dahin, auch dort einen solchen Verein zu gründen. Gerade an einer Schule, deren Schülerinnen und Schüler sowie dementsprechend auch die Eltern zu mehr als 90 % einen Migrationshintergrund haben, ist so etwas von eminenter Bedeutung.

(Folie: Aspekte gelungener Integration)

Auf diesen und die folgenden Charts möchte ich nicht im Einzelnen eingehen, das würde uns zeitlich langweilen. Ich habe etwas Schriftliches mitgebracht, das ich Ihnen zur Verfügung stellen kann, Sie können es auch auf Ihre Webseite nehmen. Dort werden viele Dinge angesprochen, die auch hier schon Thema waren.

Ich würde gerne noch in Teilen zu Ihren Fragen Stellung nehmen. Sie haben gefragt: Wo liegen Gemeinsamkeiten/Überschneidungen in den einzelnen Integrationsprojekten? Wir haben in Dietzenbach insofern eine besondere Situation, als die Stadt noch kein Integrationskonzept von der kommunalen, von der institutionellen Seite her entwickelt hat. – Ich hoffe, Herr Prof. Heckmann, dass Sie uns auf die Sprünge helfen werden. Ich glaube, Sie haben mit Ihrem Team inzwischen den Auftrag bekommen, dort etwas zu entwickeln.

Das ist überfällig, weil im Augenblick viele Projekte nebeneinander und auch durcheinander funktionieren, zwar manchmal in Personalunion mit den teilnehmenden Migranten, aber in der Zielsetzung völlig unkoordiniert. Hier sehe ich viel stärker den Aspekt, den Sie vorhin unter dem Stichwort Integrationskonkurrenz genannt haben. Das führt dazu, dass sich die Projekte teilweise wirklich Konkurrenz machen, und zwar nicht in einem gesunden Wettbewerb, sondern sie streiten sich um denselben Topf, und die Dinge laufen mehr gegeneinander als miteinander. Dort sind eine Koordinierung und ein theoretischer Überbau dringend notwendig.

In unserer Stadt hängt zwar in jedem Kindergarten das Porträt des Bundespräsidenten, und seitens der Stadtväter, die dafür verantwortlich sind, ist verbindlich vorgegeben, dass Deutsch die Standardsprache ist – auch die deutschen Feiertage werden natürlich in deutscher Sprache vermittelt –, aber es ist ganz spannend, zu beobachten, wie man Kindergartenkindern beispielsweise Fronleichnam in deutscher Sprache nahebringt. Integrationskonzepte gibt es in unserer Stadt leider sehr wenig. Es gibt zwar eine Vielzahl von Projekten – wir sind nur ein kleiner Teil davon –, aber von den Institutionen her müsste sehr viel mehr miteinander geschehen.

Ich war sehr beeindruckt von dem, was Sie aus Wiesbaden berichtet haben. Ein Monitoring z. B. haben wir überhaupt nicht, soweit ich weiß. Wir stehen in sehr enger Kommunikation mit den kommunalen Institutionen, was hoffen lässt. Dietzenbach hat seit Januar eine Integrationsbeauftragte – ohne Migrationshintergrund. Dazu kann man stehen, wie man will. Es ist eine junge Dame, die dieses schwere Amt direkt von der Hochschule mit viel Wissen, aber leider noch wenig Erfahrung angehen wird. Wir und viele andere werden ihr bei den notwendigen Dingen sicherlich helfen.

Es ist ein Integrationsprozess eingeleitet worden, der in der Hand der Gruppe um Prof. Heckmann liegen wird. Ich selbst habe mir das Projekt aus Schwäbisch Gmünd genauer angeschaut; dort sind Sie auch tätig gewesen. Diese Projekte lehren uns – das kann man aus der Froschperspektive, die wir auch zu vertreten haben, sagen –: „Betroffene zu Beteiligten machen“ ist ein ganz wichtiger Leitsatz, der nicht sehr originell ist, aber in der Migrationsarbeit insofern häufig vermisst wird, als man Integration von oben als „Da müssen wir mal Leute integrieren“ betrachtet und auch so durchsetzt. Es sollte sich herumgesprochen haben – das ist der dritte Punkt auf diesem Chart –, dass es um ein kulturelles Aufeinanderzugehen gehen muss. Auch deutsche Mitbürger, Einheimische haben auf der Strecke eine ganze Menge zu lernen.

Zur Nachhaltigkeit: Ich habe versucht, deutlich zu machen, wie wir die Nachhaltigkeit aus der Froschperspektive angehen. In den Projekten muss von vornherein Wert darauf gelegt werden. Die vielen Mikroprojekte, die aus LOS, „Stärken vor Ort“ usw. entstanden

sind, sind gut gemeint, aber für die Nachhaltigkeit bleibt wenig übrig. Es ist notwendig, dass man bei den Projekten von Anfang an überlegt, wie man sie auf Dauer stellen kann, wie man irgendwann unabhängig von den Geldern wird, die uns Stiftungen oder Fördertöpfe auf kommunaler oder Kreisebene geben. Wir haben auch einen Antrag an das Land gestellt, weil wir die Elternlotsen auf eine breitere Plattform heben wollten. Das kostet Geld, dafür brauchen wir finanzielle Unterstützung. Irgendwann muss es aber auch ohne externe finanzielle Unterstützung gehen und eine gewisse Selbstverständlichkeit haben.

Woran zeigt sich gelungene Integration? – Integration ist dann gelungen, wenn sie kein Thema mehr ist. In unserer Stadt leben 30 % Migranten, und auch die Einheimischen sind zu einem großen Teil aus anderen Regionen zugezogen. Ich selber bin auch Migrant in Dietzenbach, weil ich aus Norddeutschland stamme und vor 30 Jahren nach Hessen umgezogen bin. Mein erstes Schlüsselerlebnis hatte ich, als wir Nachbarn einladen wollten, um uns bekannt zu machen. Diese sagten dann: Ach nein, wir haben schon genug Bekannte, wir brauchen keinen neuen Kontakte. – Auch für solche Menschen ist die Integration wahrscheinlich ein Thema. Uns persönlich ist es ganz gut gelungen, aber Menschen aus anderen Ländern mit anderer Sprache haben natürlich viel größere Schwellen zu überwinden.

Woran zeigt sich gelungene Integration noch? Vorhin wurde gesagt, man muss sich anschauen, was die Integration bremst. Nicht kontraindiziert ist, wenn Frauen muslimischen Glaubens ein Kopftuch tragen. Das muss nicht gegen Integration sprechen. In Dietzenbach ist es ohnehin kaum noch ein Thema. Die jüngeren Frauen mit Migrationshintergrund, die schon lange in Dietzenbach leben und dort auch zur Schule gegangen sind, entscheiden sich neuerdings wieder für das Kopftuch, weil sie damit eine Identität mit ihrer Kultur herstellen wollen. Trotzdem sind sie voll integriert. Am äußeren Erscheinungsbild kann man das mit Sicherheit nicht festmachen.

Es ist auch nicht kontraindiziert, wenn Migranten ein Stück ihres Brauchtums weiterführen. Frau Sharifi hatte vorhin auf den Feiertag hingewiesen, auf den sie wegen der heutigen Veranstaltung fast verzichten muss. Es kann doch nicht sein, dass Dinge, die bei diesen Menschen 30 oder 40 Jahre Gültigkeit hatten und die in den Familien auch tradiert werden, dann, wenn sie hierher kommen – wenn wir von der ersten Generation ausgehen –, von heute auf morgen aufgegeben und durch andere, für sie teilweise fremde Riten und Bräuche ersetzt werden sollen.

Wir haben z. B. im letzten Jahr – das konnten wir aus finanziellen Gründen leider nicht weiterführen – einen multikulturellen Kalender aufgelegt, in dem die muslimischen, die weltlichen und die christlichen Feiertage vermerkt waren; die jüdischen haben wir nicht mehr aufnehmen können, das hätte den Rahmen gesprengt. Er hatte eine Auflage von 1.000 Stück. Wo immer der Kalender hing, konnte man sich informieren: Dann beginnt Ramadan, dann ist dieses und jenes Fest. Das hat vielleicht ein Stück weit zur Orientierung beigetragen. Die großformatigen Bilder dieses Kalenders zeigten alle Szenen aus unserer Stadt.

Deutschkenntnisse braucht man natürlich. Wenn man auf Dauer in einem Gemeinwesen leben will, dann muss man die Sprache so beherrschen, dass man sich im Alltag gut verständigen kann. Aber auch das – ich möchte das bekräftigen, was vorher schon gesagt wurde – ist nicht für sich ein Kriterium, um sagen zu können: Wenn jemand gut deutsch spricht, dann ist er integriert. Sie hatten beispielsweise Mehmet aus München angesprochen. Es gibt auch bei uns Beispiele, bei denen man sagen kann: Die Sprachkompetenz ist okay, aber bis zur Integration ist noch ein ganzes Stück zu gehen.

Hinsichtlich der Sichtbarmachung von gelungener oder erfolgter Integration folgen wir dem Motto: Tue Gutes und rede darüber. – Wir haben einen recht guten Kontakt zur örtlichen Presse aufgebaut. Sowohl über unsere beabsichtigten Veranstaltungen als auch über solche Projekte wird berichtet. Diejenigen Migranten, die in die Projekte eingebunden sind, berichten auch selber darüber. – Wir sind nicht so weit wie Sie in Wiesbaden, das ist schon sehr beeindruckend. Insofern haben wir, obwohl wir uns beworben haben, den Integrationspreis nicht erhalten. Aber er wird ja vielleicht noch öfter vergeben.

Noch nicht im Griff haben wir ein Monitoring, um anhand von Kennzahlen verfolgen zu können: Wie erfolgreich sind unsere Projekte? Unser Verein lebt dort eher von der Hand in den Mund. Wenn die Damen und Herren mit Migrationshintergrund längere Zeit dabei sind – im Augenblick haben wir einen recht guten, interessanten Zuwachs – und an den Themen mitarbeiten, dann freut uns das. Das ist ein Ausdruck gelungener Integration. Ein an Kennzahlen ausgerichtetes Monitoring über mehrere Jahre gibt es aber nicht. Vielleicht ist das auch wieder symptomatisch für unsere Kommune, und es wird sich ändern, sobald ein Integrationskonzept vorliegt.

**Vorsitzender:** Herzlichen Dank an Sie, Herr Dr. Wendtland. – Ich darf in der Zwischenzeit Frau Dr. Eskandari-Grünberg als weitere Sachverständige – von den Grünen benannt – begrüßen. Sie ist vielen von uns durch ihre Mitarbeit im Integrationsbeirat, beim Integrationsgipfel und in anderen Veranstaltungen bekannt. Frau Dr. Eskandari-Grünberg, wenn Sie bereits so weit angekommen sind, dass Sie Ihr Statement abgeben können, dann würden wir Sie gerne noch in dieser Runde hören. Nach Ihrem Beitrag gehen wir dann in die Fragerunde. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Frau Dr. Eskandari-Grünberg: Ich habe ein Problem, wenn ich mit Menschen reden soll, die in meinem Rücken sitzen! Können wir das ändern?)

– Ich kann Ihnen versichern, dass ich aufpasse, dass nichts passiert. Aber Sie können natürlich auch nach vorne kommen.

(Frau Dr. Eskandari-Grünberg: Das würde ich gern machen!)

Das Problem haben wir alle. Ich glaube, die Geschäftsordnung spricht nicht dagegen. Vielleicht sollten wir einmal überdenken, dass derjenige, der spricht, tatsächlich nach vorne kommt. Auf der kommunalen Ebene machen wir das auch so. Die zwei, drei Minuten Verzögerung – in der Summe – sollten uns nicht daran hindern. Das nehmen wir auf. Wenn dies umgesetzt wird, hat die Enquetekommission schon einen ersten wesentlichen Beitrag geleistet.

**Frau Dr. Eskandari-Grünberg:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herzlichen Dank, dass es möglich war, die Sitzordnung in der Form zu verändern. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung zu der Enquetekommission, die zahlreiche berechtigte Fragen zu den Integrationserfolgen in verschiedenen Städten gestellt hat. Ich freue mich, dass ich Ihnen aus der Stadt Frankfurt berichten kann.

Zu Ihrer ersten Frage: Wie definieren Sie gelungene Integration? Bevor ich detailliert auf die Formen gelungener Integration eingehe, möchte ich speziell auf Frankfurt zu sprechen kommen. Unsere Oberbürgermeisterin Petra Roth hat immer wieder betont: Das Geheimnis unserer Stadt sind die Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz. Dies ist auch für



uns ein Leitfaden. Daran haben wir die Integrationspolitik in den letzten Jahren ausgerichtet und wollen dies auch in Zukunft tun.

Vorhin wurde gesagt, dass in Dietzenbach fast 30 % Menschen mit Migrationshintergrund leben. Für Frankfurt gibt es offizielle und inoffizielle Zahlen. Offiziell leben fast 40 % Menschen mit Migrationshintergrund in Frankfurt, inoffiziell 50 %. Dabei gehen wir sehr häufig von einer konstanten Zahl und einer konstanten Bevölkerungsgruppe aus. Das ist aber nicht der Fall. Die neueste Studie hat gezeigt, dass sich fast die Hälfte der Bürger Frankfurts alle 15 Jahre austauscht. Das heißt, rein statistisch könnte man davon ausgehen, dass die Stadtbevölkerung innerhalb von 30 Jahren komplett ausgetauscht ist. Das ist ein sehr wichtiges Phänomen; denn Integrationspolitik kann nur gestaltet werden, wenn wir den Standort und die Bevölkerungsgruppe, die sich in einer andauernden Bewegung befindet, berücksichtigen. Die 40 % Migranten verändern sich auch in sich.

Ich habe ein 238 Seiten langes Integrationskonzept für die Stadt Frankfurt als Entwurf vorgelegt. Am Anfang des Integrationskonzeptes steht, dass sich die Integrationspolitik an der Stadtbevölkerung orientieren sollte. Wir sind jahrelang davon ausgegangen, dass die Menschen bestimmte kulturelle Hintergründe haben. Unsere Integrationspolitik hat sich auf die Nationen gerichtet. Nach dem neuesten Konzept reden wir nicht mehr von Multikulturalität, sondern von Vielfalt, und zwar ganz bewusst.

Zu Beginn der Erarbeitung des Konzeptes haben wir zwei renommierte Wissenschaftler beauftragt, sich unsere Stadt genau anzuschauen. Prof. Steven Vertovec, der Leiter des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, und Frau Römhild, Professorin an der Humboldt-Universität, haben uns aufgezeigt, dass es in unserer Stadt schon längst nicht mehr um Nationengruppen geht, sondern um Milieus, um subkulturelle Gruppen. Das bedeutet, wir können nicht von den Türken, den Polen, den Russen, den Arabern oder den Marokkanern reden, weil diese Gruppen in sich schon längst nicht mehr homogen sind. Also kann auch die Politik nicht von homogenen Gruppen ausgehen. Ein erfolgreicher türkischer Unternehmer bewegt sich in einem ganz anderen Milieu und hat andere Interessen als jemand, der z. B. bei den Stadtwerken arbeitet. Das gilt für den sozialen Status, den kulturellen und andere.

Genau da müssen wir hinschauen. Wir reden nicht mehr von Vielfalt, sondern – das ist in Frankfurt ein Slogan geworden – von Supervielfalt. Das heißt, es sind aufeinandergestapelte Gruppen, von denen wir meinen, sie wären in sich sehr homogen; sie sind aber faktisch nicht mehr homogen. Dieses Phänomen erkennen wir auch in anderen Städten Hessens, es ist für unsere gelungene Integration unwahrscheinlich wichtig zu beachten. Wir reden mittlerweile von 180 Nationen, Kulturen und Gruppen in Frankfurt. In einem Diagramm, auf dem wir die verschiedenen Nationen zusammengestellt haben, gibt es 36 „die anderen“, also nicht definierbar. Es ist wichtig, dieses Phänomen als Realität zu akzeptieren.

Als ich angefangen habe, das Konzept vorzulegen, habe ich ein Interview mit einem jungen Mann geführt. Er hat mir gesagt: zu Hause statt integriert. Das habe ich aufgenommen. Damit beginnt auch mein Vorwort. Für viele Menschen ist der Begriff Integration schwierig. Viele, die mittlerweile in der dritten Generation in unserer Stadt, in unserem Land leben, sind schon längst zu Hause. Akzeptanz und Toleranz sind wichtig. Für viele junge Menschen gilt, dass wir diesem Zuhause auch eine Identifikation verleihen müssen.

Daher ist die Frage wichtig: Was bedeutet Integration? Es macht uns seit Jahren Schwierigkeiten, diesen Begriff zu definieren. Dennoch bin ich als Integrationsdezernentin der Stadt Frankfurt sehr froh, dass wir in den letzten Jahren in die Mitte der politischen Szene, der Diskussion gerückt sind. Integration heißt für mich Gestaltung unserer Gesellschaft, unseres Zusammenlebens. Damit wollen wir zum Ausdruck zu bringen, dass es nicht um die eine oder andere Gruppe geht, sondern um alle. Eine Gesellschaft ist dann integriert, wenn alle Menschen die Möglichkeit der Teilhabe und in allen Bereichen Chancengleichheit haben. Darauf müssen wir hinwirken.

Was ich immer wieder in der Frankfurter Tradition betone, ist: Integration heißt nicht, Projekte für die spanische oder die türkische Mutter durchzuführen, sondern es ist eine programmatische, eine schrittweise Form von Querschnittsaufgabe. Wir sind ein kleines Dezernat mit einer kleinen Budgetierung in der großen Stadt Frankfurt. Ich bin immer erstaunt, dass alles, auf dem „international“ oder „Integration“ steht, bei mir auf dem Tisch landet, und betone seit Jahren, dass wir das endlich ändern müssen; denn es gibt keinen Bereich in der Stadt, den Integration nicht betrifft. Diese Querschnittsaufgabe reicht vom Verkehr über Planung, Wohnen und Kultur bis in andere Bereiche hinein und muss dort erfüllt werden. Integrationspolitik bedeutet keine Nischenpolitik, keine Liebe zu Ausländern, sondern die Gestaltung einer Gesellschaft. Das versuchen wir mit dem neuen Konzept zu verändern und eine Politik auf derselben Augenhöhe zu betreiben. Damit sind wir hoffentlich auch Vorreiter für andere Städte.

Integration heißt bei uns ganz pragmatisch, genau hinzuschauen, Projekte zu prüfen, zu evaluieren und passgenaue Angebote zu machen. Wir versuchen, die Integration mit neuen Konzepten zu verändern. Sehr häufig gibt es wunderbare Projekte, die aber Modelle bleiben. Wir sehen es als sehr wichtig an, Modellprojekte endlich zu Regelprojekten zu machen und zu etablieren. Ich werde Ihnen gleich einige Beispiele darstellen, was wir in der Stadt Frankfurt versuchen zu verändern. Es ist eine pragmatische Politik, die eine erfolgreiche Integration ermöglichen kann.

Respekt, Toleranz und Chancengleichheit zu verlangen, ist einfach, aber dies zu fördern und zu ermöglichen, bereitet uns in der Integrationspolitik Schwierigkeiten. Wir sind dabei, genau hinzuschauen: Wo ist die Chancengleichheit nicht vorhanden? Eine interessante Erfahrung habe ich persönlich gemacht, als ich zusammen mit der Oberbürgermeisterin und der Wirtschaftsförderung in Kanada, in Toronto war. Dort gibt es seit drei Jahren ein neues Konzept, das von der Integrationsbegrifflichkeit vollkommen abgekommen ist. Sie sprechen von Equality, Gleichberechtigung, und schauen, wo die Menschen nicht die gleichen Chancen haben. Daran müssen wir arbeiten. Das gilt nicht nur für die Einwanderer, sondern ein sehr interessantes Beispiel waren auch die Behinderten. Es wird z. B. darauf geachtet, ob diejenigen, die im Rollstuhl sitzen, genauso auf die Blumen schauen können wie wir, die laufen können. Das bedeutet Diversitätsmanagement und Veränderung im Sinne der Gleichberechtigung.

Daniel Cohn-Bendit, mein Vorgänger, hat das Amt für multikulturelle Angelegenheiten gegründet. Damals war es ein Desaster: Solch ein Amt brauchen wir nicht. Heute bräuchten wir es in zehnfacher Größe. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es hier um eine wichtige Aufgabe geht. Das Amt hat als Vorreiter begonnen, die Gesellschaft darauf aufmerksam zu machen: Wie können wir nicht nur das Thema Einwanderung, sondern die gesamtgesellschaftliche Aufgabe verändern? Nicht die Rechtsproblematik ist entscheidend, sondern die Akzeptanz in einer Gesellschaft. Der heute gängige Begriff Multikulturalität ersetzt sich nicht durch Vielfalt, sondern wir sind schon einen Schritt weitergekommen. Die Summe der Kulturen ist auch eine Bereicherung für unsere Stadt und unser Land. Für das Zusammenleben von verschiedenen Nationen ist es sehr wich-

tig, die Unterschiede aushalten zu können und die Spannungen, die dadurch entstehen können, durch verschiedene programmatische Projekte anzugehen.

Es ist eine Basis der Demokratie, mit Dissensen umzugehen. Letztens habe ich gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ gesagt: Für uns ist dies kein Spaßprojekt. – Das gilt auch für die Einwanderer. Die Basis der Werte der Demokratie, der Dissens ist wichtig, auch bei den Einwanderergruppen. Es geht um die Werte und das Grundgesetz. Auch für die kleinen Gruppen, die vielleicht Schwierigkeiten haben, müssen wir die Rechte ganz klar betonen, aber genauso Grenzen aufzeigen. Das gilt für alle demokratischen Prozesse, die wir immer neu erkämpfen müssen.

Eine offene Gesellschaft ist für uns integriert und nicht harmonisiert. Wir dürfen nicht alles nebeneinanderstellen und dann „wunderbar“ sagen, sondern wir müssen genau hinschauen. Die Differenzen im Sinne des Diversitätsmanagements zu gestalten ist für uns eine wichtige Aufgabe. Wir stellen auf den 238 Seiten nicht etwas Neues dar, sondern es geht um eine Vernetzungspolitik, die hinschaut. Wenn ich in diesem Raum fragen würde, welche Projekte nichts voneinander wissen, würde ich sicher feststellen, es gibt eine ganze Menge. Viele Projekte existieren im Stadtteil, von denen sogar die Nachbarn nichts wissen. Daher: Gelungene Integration heißt Vernetzung und Evaluierung, aber auch ein Miteinander der Projekte.

In der Tradition des Amtes habe ich versucht, im Rahmen des Integrationskonzeptes auch die Beiräte einzubeziehen. Häufig wird mir vorgeworfen, dass es sich nur um irgendwelche kleinen türkischen oder polnischen Vereine handelt – die sehr sinnvoll einzubeziehen sind –, und die anderen sind alle Geschäftsführer: Geschäftsführer der IHK, Geschäftsführer der Handwerkskammer, Präsident der Universität oder der Fachhochschule. Auf der Ebene können wir in den verschiedenen Institutionen eine Veränderung herbeiführen.

Solidarität und Respekt: In den Bereichen, in denen es Konflikte gibt – in Frankfurt wurde z. B. eine Moschee gebaut –, ist es sehr wichtig, dass wir nicht harmonisieren, sondern genau hinschauen. Ich appelliere daran, dass sich der Stadtteil, aber auch die Moscheebetreiber oder Vereine im Sinne des Abbauens von Ängsten vor allem Fremden – auch vor Muslimen – öffnen. Das ist nicht nur die Aufgabe der Politik, sondern ebenso die der Vereine, die unsere Hilfe und Begleitung brauchen. Wir haben in den letzten Monaten und Jahren versucht, dies aufzubauen.

Sehr renommiert und mittlerweile eine Institution geworden ist der Rat der Religionen. Es hat sieben Jahre lang gedauert, bis er gegründet wurde. Danach haben wir es für die Stadt Frankfurt geschafft, eine Institution aller Religionsgemeinschaften zusammenzuführen, die als Ansprechpartner, als Berater für religiöse Fragen fungiert. Wie wichtig dies ist, haben Sie vielleicht hinsichtlich des Konflikts über die Moschee in Frankfurt gelesen oder gehört. Mir als Politikerin war es sehr wichtig, dass es ein unabhängiger Rat ist. Solche Räte sind sehr häufig von der Politik abhängig. Der Rat der Religionen kann trotz einer säkularen Gesellschaft unabhängig fungieren und selbstständig Stellung zu solch schwierigen Fragen beziehen. Dieser Rat ist ein Modell für eine erfolgreiche Integration, das wir nun nach außen geben können. Ohne die Verbundenheit der Vertreter von verschiedenen Religionen wäre das nicht gelungen.

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten wird auch in Zukunft versuchen, durch verschiedene Projekte einiges zu verändern. Der Entwurf des Integrationskonzeptes beginnt mit dem Dialog und der Vernetzung der Stadtgesellschaft. Dies können wir in allen Bereichen aufzeigen. Wir können erst von einer gelungenen Integration ausgehen, wenn

alle Menschen Zugang zu Bildung, Beruf und Ausbildung haben. Eine Gesellschaft mit vielen Arbeitslosen, auch Jugendlichen, die keine Arbeit haben, oder Kindern, die alle in der Hauptschule landen, kann nicht von gelungener Integration sprechen. Ich bin sehr erfreut darüber, dass wir mit der Reform der Hauptschulen dabei sind, einiges zu verändern.

Das „Hippy“-Projekt ist vielleicht dem einen oder anderen von Ihnen bekannt. Wir wollen eine Frühförderung – man sagt: Bildung fängt mit null Jahren an – aller Kinder durch Startprojekte, aber auch durch Stiftungen ermöglichen. Vielleicht haben Sie gelesen, dass ich sogar für eine Kindergartenpflicht bin, damit die Kinder, die zu Hause nicht die Möglichkeit haben, die deutsche Sprache zu erlernen, sehr früh eine andere Sprachmöglichkeit bekommen. Denn viele Kinder, die mit fünf oder sechs Jahren eingeschult werden, sind der deutschen Sprache nicht mächtig und haben enorme Schwierigkeiten.

Durch das AOE-Projekt – „Ausbildungsorientierte Elternarbeit“ – versuchen wir, die Eltern zu gewinnen, um die Zugangsbarrieren zur Bildung zu erleichtern. Das Projekt „mitSprache“ möchte die sprachliche und soziokulturelle Integration sowie Verbindungen zu verschiedenen Arbeitsfeldern und Schulprofilen von vielen Schülern ermöglichen.

Für uns ist es wichtig, immer genau hinzuschauen, denn es gibt meines Erachtens kein Kind, das dumm ist. Viele Kinder haben aber nicht dieselben Chancen, ihre Talente und Ressourcen werden nicht erkannt. Daher müssen wir uns im Bereich der Ausbildung, aber auch der Schule vernetzen und uns bemühen, die Problemlagen von Kindern zu erkennen. Woran liegt es, dass sie nicht weiterkommen? Viele Eltern können ihren Kindern nicht helfen, und sie landen deswegen in der Hauptschule. Das passiert nicht, weil sie unintelligent sind oder weniger Ressourcen haben.

Zum Bereich Universität und Hochschule: Es ist erstaunlich, aber – ich habe mit den Präsidenten der Universität und der Fachhochschule gesprochen – die Abbrecherquote bei den Studenten mit Migrationshintergrund ist enorm hoch. Wir müssen erkennen, warum das so ist. Es geht nicht nur darum, dass sie es geschafft haben, zu studieren, sondern sie sollen ihr Studium auch beenden und nach ihrem Abschluss möglichst in Frankfurt oder zumindest im Land Hessen bleiben. Der Kontakt zur wissenschaftlichen Ebene ist dabei sehr wichtig.

Zu den Netzwerken: „Lernen vor Ort“ ist ein Projekt der Bundesregierung, das ein abgestimmtes Lernen auf den verschiedenen Ebenen vor Ort ermöglicht. Wir sind noch in der Probephase. Mein Dezernat ist federführend mit dem Bildungs- und Sozialdezernat dabei. Durch solche Netzwerke wollen wir die Zahl der Abbrüche und die Defizite verringern.

Die deutsche Sprache ist für Bildung, Erziehung und Arbeit wichtig – das ist keine Frage – , sie müssen wir in erster Linie fördern. Dennoch müssen wir auch die Muttersprache, die die Kinder umsonst mitbringen, im Auge behalten. Wir wissen alle, wie schwer es ist, eine zweite oder dritte Sprache zu erlernen. Viele Kinder lernen es zu Hause, aber nicht gut genug. Es geht in erster Linie um die deutsche Sprache, die aber von der Muttersprache begleitet werden soll. Wir alle wissen, wie wichtig Sprachen im Wirtschaftsleben sind. Daher müssen wir für die entsprechenden Kinder auch verschiedene muttersprachliche Angebote bereithalten.

Auch im Bereich der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts können wir einiges weiterentwickeln. Frankfurt ist ein internationaler Wirtschaftsstandort. Sehr häufig übersehen wir die

vorhandenen Ressourcen, vor allem bei Unternehmern, die einen Migrationshintergrund haben. Durch Projekte wie „Kompass“ in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung oder „berami“ können die Unternehmer, die zu uns kommen – seien es türkische Unternehmer, die Backwaren produzieren, oder andere –, entsprechend behandelt werden. Das müssen wir auf der Wirtschaftsebene fördern.

Im Moment arbeiten wir an dem Thema „im Stadtteil wohnen und zusammenleben“. Integration ist Zusammenleben im Stadtteil, ohne das eine erfolgreiche Integrationspolitik nicht möglich ist. Gestern hatte ich ein erstaunliches Erlebnis, als jemand aus dem Stadtbauamt zu mir kam und mir erzählt hat, dass im Bahnhofsviertel drei Häuser gebaut werden. Es ging darum, ob wir nicht helfen könnten, Bewohner hierfür zu finden. Das ist ein Zeichen dafür, dass das Baudezernat, das Integrationsdezernat, das Sozialdezernat und das Wohnungsdezernat nicht miteinander arbeiten, die Projekte werden nicht aufeinander abgestimmt. Ich habe innerhalb von fünf Minuten gesagt: Warum machen wir nicht eine Seniorenwohnanlage mit verschiedenen Kulturen? Wir waren uns dann ganz schnell einig, dass wir Projekte auch gemeinsam abstimmen können.

Wir können Segregationen im Stadtteil verhindern, indem das Zusammenleben und Projekte aufeinander abgestimmt werden. Zurzeit arbeite ich mit der ABG zusammen; den Leiter, Herrn Junker, werden Sie vielleicht kennen. Wir müssen uns anschauen: Was machen die Wohnungsgesellschaften? Wie können sie Konflikte zwischen Mietern verhindern? Ich sage sehr offen, dass es häufig keine Konflikte zwischen Nationen sind, sondern nachbarschaftliche Konflikte. Wenn ein Mann, der einen türkischen Hintergrund hat, seinen Müll nicht weggebracht hat, heißt es gleich: Das ist ein Streit zwischen Türken und Deutschen. – Ich habe etwas gelernt, worauf ich sehr stolz bin: Die alteingesessenen Migranten haben Konflikte mit den neuen Migranten und nicht mit den Deutschen. Derjenige, der seit 30 oder 40 Jahren hier ist, sagt: Ich bin integriert, ich weiß, wie es geht. – Das ist für uns ein Erfolgserlebnis. Wir versuchen, Diversitätsmanagement in verschiedenen Bereichen vorzuleben.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Erprobungsversuch von uns eingehen – ich kann nur jedem empfehlen, so etwas zu tun –: Das Konzept, das ich bewusst als Entwurf gewählt habe, denn Entwurf heißt: mitschreiben, mitdenken, aber auch mittragen, haben wir am 1. Oktober in der Stadt Frankfurt vorgelegt. Es wurde von 49 Veranstaltungen und einem Onlinedialog begleitet. Integrationspolitik muss auch mit modernen Formen einhergehen. Zum ersten Mal wurde nicht nur in Hessen, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa ein Onlinedialog gestartet, sodass alle Bürgerinnen und Bürger über den Bereich der Integration mitdiskutieren können. Die renommierte Firma Zebra-log, die auch die Bundesregierung berät, hat diesen Dialog in den letzten fünf Monaten begleitet. In dieser Zeit gab es 650.000 Einträge. 12.000 Menschen haben sich im Januar aktiv beteiligt, 200 regelmäßig Informationen abgerufen. 9.000 Menschen haben die 238 Seiten heruntergeladen. Es war sehr klar strukturiert und moderiert. Das zeigt, wie viel Bedarf an Mitsprache, Partizipation und Beteiligung über das Thema Integration in unserer Gesellschaft vorhanden ist und wie viel wir als Politiker von Menschen, die sich beteiligen, lernen können. Solche Konzepte und Entwicklungen mit den Bürgern machen dies möglich.

Zu einer erfolgreichen Integration gehören Medien, und zwar auch positive. Die Medienbegleitung haben wir in den letzten Jahren negativ erlebt. Ich hoffe, dass wir dort zu einer breiteren Diskussion kommen.

Zur Nachhaltigkeit: Integration ist ein Prozess. In fünf oder zehn Jahren reden wir vielleicht über eine ganz neue Integrationspolitik. Da wir Menschen uns auch verändern,

muss ein lebendiger Prozess in der Integrationspolitik erlaubt sein. Das ist die Voraussetzung für gelungene Integration. Es geht um Sichtbarmachung, darum, in allen Bereichen immer wieder hinzuschauen und die Differenzen, aber auch die Diversität zu managen. Zur Vernetzung habe ich sehr viel gesagt. Sie ist wichtig, um miteinander in den Austausch zu kommen.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. – Wir können dann in die Fragerunde eintreten. Die erste Wortmeldung ist von Herrn Prof. Heckmann.

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Ich möchte zunächst etwas zu dem Beitrag aus Wiesbaden anmerken. Nachdem Frau Sharifi gesagt hatte, Integration sei nicht messbar, haben wir von dort doch ein Beispiel vorliegen, wie man das gegliedert nach verschiedenen Dimensionen und mit bestimmten Kennzahlen, über die man diskutieren kann, auf der Konzeptebene und auch auf der Ebene der Messung sehr genau feststellen und dann damit arbeiten kann. Wir haben gehört, dass bezüglich der Sprachkenntnisse der Kinder, die eingeschult werden, noch sehr wenig erreicht worden ist. Das weiß man jetzt genau. Das heißt, da müssen die Anstrengungen erhöht werden. Wichtig ist auch der Hinweis, dass Monitoring – nachdem es jetzt viele Städte machen – nicht gleich Evaluation ist; denn die Veränderungen können sich aufgrund ganz unterschiedlicher Einflüsse auswirken. Das kann eine Maßnahme oder Anstrengung sein, aber auch etwas ganz anderes. – Das nur als Anmerkung.

Über die Bedeutung der kulturellen Integration wird laufend diskutiert. Sie haben gesagt, am Anfang sei es sehr einseitig gewesen. Die Frage ist: Was heißt Bewahrung der kulturellen Identität? In Bezug auf die Herkunftsgeneration bedeutet dies sicherlich Respekt vor den Kulturen, die die Menschen mitgebracht haben. Wenn wir uns das im Generationenverlauf ansehen, scheint aber von der Forschung bestätigt zu werden, dass auch eine bestimmte kulturelle Annäherung der Gruppen sehr wichtig ist, z. B. um zusammen wohnen und leben, sich verständigen zu können. Die Bewahrung der kulturellen Identität darf nicht statisch verstanden werden, vor allen Dingen wenn man es im Generationenverlauf betrachtet.

Seit einiger Zeit schlagen wir vor, wenn es um Integrationsprozesse auf der kommunalen, aber auch auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene geht, neben den Dimensionen und dem, was man Sozialintegration nennt, noch eine andere Betrachtungsweise einzuführen – man könnte es Systemintegration oder gesellschaftlichen Zusammenhalt nennen –, nämlich den Aspekt: Wie wird die Gesamtgesellschaft, auch die Gesamtkommune unter dem Einfluss von Migration verändert? Welches Konfliktpotenzial, welches Potenzial des Zusammenlebens entwickelt sich? Auch für diesen Aspekt muss man bestimmte Indikatoren entwickeln und sie in die Analyse von Integrationsprozessen einbeziehen. Es geht z. B. um Konflikte zwischen Gruppen: Wie verändern sich Einstellungen? Organisieren sich einwandererfeindliche, fundamentalistische, vielleicht sogar terroristische Gruppen in einer Stadt? Wie entwickelt sich – auf Migration bezogen – die Kriminalität in einer Stadt? Das sind auf das System bezogene Indikatoren, die man meines Erachtens in die Betrachtung und vor allen Dingen die Untersuchung von Integration einbeziehen sollte.

Ein kurzer Kommentar zu Herrn Dr. Wendtland: Ihre Darstellungen fand ich sehr eindrucksvoll. Wir haben in einem anderen Kontext einmal eine Formulierung aus dem Amerikanischen übernommen, an die ich jetzt gedacht habe: Solche Projekte haben den Effekt des „Humanizing the other“. Man liebt den anderen nicht unbedingt sofort,

bricht aber das Stereotyp auf. Zusammen zu kochen oder zu spielen ist ein Beitrag zur Konfliktprävention. Man lernt den anderen als Menschen kennen. Die Vermenschlichung des anderen ist der besondere Wert.

Interessant wäre es noch, die Beteiligungszahlen an den anderen Projekten – Sie haben sie für das Elternprojekt angeführt – zu erfahren. Wir wissen z. B. aus Arnsberg in Nordrhein-Westfalen, die auch einmal einen Integrationspreis bekommen haben, dass das internationale Kochen eine große Aktivität ist.

Zum Schluss noch eine kurze Anmerkung zu Frau Eskandari-Grünberg: Unter anderem fand ich interessant, dass in den Kommunen so gegensätzlich diskutiert wird. Wollen wir Integration als Querschnittsaufgabe oder als Aufgabe in einer bestimmten Abteilung der Stadtverwaltung organisieren? Sie haben die längste Tradition mit dem Amt und einer Verwaltungsstruktur. Können Sie noch einmal erläutern, ob Sie das auch in dieser Gegensätzlichkeit wahrnehmen?

Ich habe mir Ihr Konzeptpapier angesehen. Nachdem auch der Dialog eröffnet worden ist, frage ich: Wie erreichen Sie die operationale Ebene, wie wir es z. B. aus Wiesbaden mit Handlungsfeldern und Handlungszielen gehört haben? Wollen Sie ein Monitoring, oder lehnen Sie das ab? Das ist die Frage nach den nächsten Schritten.

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Frau Dr. Eskandari-Grünberg, Sie haben ganz oft gesagt, dass Sie genau hinschauen wollen. Vielleicht können Sie noch einmal darstellen, welche Milieus besonders integrationsbedürftig sind? Liegt das schon als Kenntnis vor, oder sind Sie noch in einem Prozess? Welche Gruppen gehören diesen Milieus an? Sie haben gut herausgearbeitet, dass es nicht mehr um eine nationale Zuteilung gehen kann, sondern um soziokulturelle Milieus, Subgruppen. Können Sie schon etwas benennen, z. B. Stadtteile? Gibt es dafür schon ein konkretes Bild, oder wird sich das erst im Laufe des Monitorings ergeben? Das haben Sie ja vor, wie Ihrem Konzept zu entnehmen ist.

Abg. **Astrid Wallmann:** Frau Rudolph, im September hat eine Integrationskonferenz in Wiesbaden stattgefunden. Sind weitere Integrationskonferenzen geplant? Was hat sich aus dieser Konferenz ergeben? Wurde sie seitens der Stadt positiv bewertet? Folgen daraus konkrete Handlungsableitungen?

Zum Monitoring: Wir haben heute alle gehört, dass es schon sehr vorbildlich ist, was dort läuft, und man auch auf eine Datenbasis zurückgreifen kann. Sie haben ausgeführt, dass die Maßnahmen und Projekte nicht unbedingt dazu führen, dass sich im Monitoring etwas an den Zahlen ändert. Wenn in der Stadt Wiesbaden konkrete Projekte – wir haben vorhin schon über den Begriff „Projekt“ gesprochen – oder Maßnahmen laufen, dann müsste man eigentlich davon ausgehen können, dass sich z. B. im Bereich des Spracherwerbs der Kinder etwas positiv entwickelt. Können Sie noch einmal ausführen, ob es zu wenige Projekte und Maßnahmen gibt, ob der Anwenderkreis bzw. die Zielgruppe zu klein ist, damit sich etwas an den Zahlen ändert? Oder woran liegt es, dass man das nicht erkennen kann? Denn dann stellt sich die Frage, ob die Maßnahmen wirksam sind.

Sachv. Prof. **Dr. Frank-Olaf Radtke:** Zunächst möchte ich sagen, dass ich den Bericht aus Dietzenbach mit großem Interesse verfolgt habe. Ich will das an einem Beispiel festmachen. Wenn so etwas wie die „Elternschule“ in einer Schule läuft, in der 90 % der

Kinder einen Migrationshintergrund haben, dann hat die Maßnahme selbst einen integrativen Aspekt, nämlich: Die Eltern werden an die Institution Schule herangeführt. Das ist sicherlich sehr wünschenswert. Daran schließt sich aber die Hoffnung an, dass von der „Elternschule“ dann auch Effekte, Wirkungen auf die Bildungsbeteiligung der Kinder ausgehen. Bei einem 90-prozentigen Anteil von Menschen Migrationshintergrund in einer Grundschule wird man schauen, wie sich die Übergangsquoten in weiterführende Schulen und vor allen Dingen in qualifizierte Bildungsgänge entwickeln.

Zu dem Stichwort Monitoring, Frau Rudolph – es wurde schon darauf hingewiesen, dass es das in Dietzenbach noch nicht gibt –: Ich bin ein großer Bewunderer des Wiesbader Programms, habe es immer sehr gelobt. Welche Erfahrungen haben Sie mittlerweile damit, wenn Sie solche Zahlen messen?

Herr Heckmann hat darauf hingewiesen, dass es zwei Probleme gibt: Erstens. Wir wissen nicht, wie die Veränderung zustande kommt. Der zweite Punkt ist noch viel interessanter: Was macht die Kommune, wenn sie z. B. feststellt, dass – ich beziehe mich jetzt nicht auf die Sprachkenntnisse, sondern auf den Arbeitsmarkt – die Zahl der nicht versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zunimmt? Ist sie in der Lage, ein Druckpotenzial aufzubauen, damit die beteiligten Organisationen in diesem Fall die Wirtschaft in irgendeiner Weise beeinflussen können? – Doch wohl nicht. Welche Erfahrungen haben Sie, wenn Sie solche Zahlen, die schwierig genug zustande kommen, erheben? Man ist froh, wenn man solche Zahlen hat, aber was machen Sie damit?

Das bringt mich zu einer Frage an Frau Eskandari-Grünberg, Stichwort: Vernetzung bzw. Kooperation der Dezernate. Dass sich die Dezernate nicht koordinieren und nicht miteinander zusammenarbeiten, ist nicht nur in Frankfurt ein leidiges Problem. Denken Sie nur an die Schule und die Kinder- und Jugendhilfe. Wir brauchen gar nicht lange darüber zu reden, was dort alles passiert. Das Stichwort Vernetzung hört sich schön an, man denkt immer: Jetzt wird alles zusammengebunden. Nur, aus der Soziologie weiß man, dass sich die Vernetzung selbst herstellt. Man vernetzt sich, so wie man ein Adressbuch hat und weiß, wen man anrufen kann. Nicht weil es funktional geboten ist, sondern weil es informell irgendeinen Kanal gibt – wenn ich z. B. dringend einen Arzttermin brauche und rufe jemanden an –, funktioniert es plötzlich. Das ist ein Netzwerk. Gibt es auch Überlegungen in Richtung einer Top-down-Vernetzung? Das wäre ein organisatorisch hochinteressantes Unternehmen.

Frau **Rudolph**: Ich beginne mit dem Thema des Monitorings und den Indikatoren, weil das in fast allen Fragen angesprochen worden ist. Was machen wir mit den Zahlen? – Die Zahlen dienen uns als Grundlage für Diskussionen mit unterschiedlichen Akteuren. Sie sind wichtig für uns – ob in unserer Integrationskonferenz, an der über 120 Akteure der Stadt Wiesbaden aus unterschiedlichen Bereichen teilgenommen haben, oder bei der Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer, dem Schulamt oder anderen Institutionen –, und sie dienen als Argumentationsbasis, dass wir in bestimmten Bereichen Handlungsbedarf sehen. Dafür ist es ein ganz wichtiges Instrument.

Wir wollen schon anhand der Kennzahlen – das ist nicht bei allen Kennzahlen gleich – messen, ob unsere Integrationsbemühungen erfolgreich sind, was bei einzelnen auch möglich ist. Im Bereich des Kindergartenbesuchs haben wir sehr viele Anstrengungen unternommen, die Kennzahl hat sich leicht verändert. Es wäre sehr bedenkenswert, wenn sich dort auf Dauer gar nichts täte. Ich wäre auch sehr nachdenklich, wenn sich die Kennzahl zum Spracherwerb der Kinder in ein paar Jahren nicht verändern sollte, nachdem wir nun etliche Maßnahmen auflegen wollen. Es ist schon eine Maßzahl, al-



lerdings oft schwierig zu erheben. Man muss zwischen einer Projektevaluation, einer Wirksamkeitsanalyse von größeren Projekten und einer Zahl, die größeren Einflussfaktoren unterliegt, trennen. – Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass bestimmte Kennzahlen gerade im Bildungsbereich oft einen langen Lauf haben – das geht über mehrere Schuljahre hinweg –, bis sich eine schulische Situation verändert hat. Daher kann man kurze Projekte oft nicht unmittelbar mit einer Veränderung von Zahlen, die ein größeres Feld abbilden, zusammenbringen.

Das, was Herr Prof. Heckmann angesprochen hat, habe ich eher als Anregung verstanden. Wir haben vor, die Dimension des Monitorings weiterzuentwickeln. Wir haben uns auch mit den SINUS-Milieustudien befasst und sind dabei, die Daten für Wiesbaden zu erheben und an der Stelle weiterzumachen. Dort befinden wir uns im Moment aber noch in der Entwicklungsphase.

Zur Frage von Frau Wallmann zur Integrationskonferenz: Im Juni letzten Jahres haben wir eine große Konferenz durchgeführt, die zwei Themen hatte, einmal die Bilanz der letzten fünf Jahre. Es gab schon einmal ein Integrationskonzept mit Handlungszielen. Wir haben dort berichtet, was wir fünf Jahre lang gemacht und erreicht haben. Dies wurde in der großen Runde gemeinsam reflektiert. In der zweiten Hälfte der Konferenz haben wir dann zusammen mit allen Anwesenden in verschiedenen Arbeitsgruppen zu den vier Handlungsfeldern, die ich Ihnen vorgestellt habe, einen Input erarbeitet, der wiederum in das jetzt vorliegende Konzept eingeflossen ist. Das war unsere Form der Beteiligung an der Entwicklung der Integrationsziele, der Prozess der Einbeziehung, wenn auch in der technischen Unterstützung nicht ganz so elaboriert wie in Frankfurt. Alle Ergebnisse der Konferenz sind in die Zielformulierung eingeflossen. Wir werden die Konferenz sicherlich in regelmäßigen Abständen wieder durchführen, um die Beteiligung sicherzustellen und auch zurückzuspiegeln, wie wir in der Umsetzung der gemeinsamen Arbeit vorankommen.

Eine letzte Bemerkung zu dem Begriff Top-down-Vernetzung – das ist eine sehr schöne Beschreibung –: Das versuchen wir in Wiesbaden ein Stück weit mit unserer Struktur, die ich Ihnen vorgestellt habe, nämlich die Vernetzung zu inszenieren und zu moderieren. Das halte ich für einen guten Weg.

Herr **Dr. Wendtland**: Herr Prof. Heckmann hatte nach dem Beteiligungsgrad an den verschiedenen Aktivitäten gefragt. Das muss man immer in Relation zu den Zielgruppen sehen. Am „Mitternachtssport“ nehmen zwischen 50 und 60 Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren teil. Beim „Zusammenspiel“ sind es in der offenen Gruppe ca. 20, das schwankt natürlich ein bisschen. Es ist in dem Fall auch wetterabhängig. Die Gruppen, die in den Schulen stattfinden, haben eine Beteiligung von ca. 20 Kindern und Jugendlichen. Das sind typische Gruppengrößen, wie wir sie auch in anderen, parallel laufenden Aktivitäten vorfinden.

Zu dem 90-prozentigen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und der Bildungsbeteiligung auf längere Sicht: Uns fehlen die konkreten Zahlen dazu, aber wir erwarten dadurch, dass wir dieses Projekt jetzt an den Schnittstellen von der Kindertagesstätte in die Grundschule und von der Grundschule in die weiterführende Schule weiter ausbauen, schon messbare Veränderungen. Wir hoffen, dass wir über die Zeit erfolgreiche Veränderungen in der Bildungsbeteiligung erreichen und feststellen werden.

Top-down-Vernetzung ist ein interessantes Stichwort, das mich auch gereizt hat, wobei ich aus der Froschperspektive eher an Down-top-Vernetzung denke. In Dietzenbach haben wir aus der Situation heraus, die ich Ihnen dargestellt habe, insofern eine gute Chance, als der Boden zwar durch verschiedene Aktivitäten vorbereitet, aber noch nicht richtig bestellt ist. Insofern wird dies ein wichtiges Thema sein, wenn wir eine begleitete Konzeption für einen Integrationsprozess in unserer Stadt einmal durch die Beteiligung von Migranten, die heute schon auf den verschiedenen Baustellen aktiv sind, aber auch durch die institutionellen Träger, die dies in der Hand haben, erreichen wollen.

Noch etwas, was mir immer wieder Sorgen bereitet: In Dietzenbach lebt ein sehr hoher Teil der Migranten in sozial schwierigen Verhältnissen und ist quasi in einem Hochhausgebiet zusammengefasst. Das birgt die Gefahr der Bildung von Parallelgesellschaften und Gettos. Wir versuchen, die Dinge aufzubrechen und in neue Netzwerke einzubinden. Das Quartiersmanagement der Hochhaussiedlung ist hier besonders gefordert und auch besonders aktiv.

**Frau Dr. Eskandari-Grünberg:** Herr Prof. Heckmann, wir haben die Studie gemeinsam vorgelegt. Das war aber die Entwicklung in Frankfurt. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten steht in keiner Weise im Gegensatz zu einer Querschnittsaufgabe, sondern wir sind eine Koordinierungsstelle; denn Querschnitt funktioniert nicht automatisch, schon gar nicht in den verschiedenen Instanzen. Das Amt muss in der Form koordinieren. Das muss in den nächsten Jahren auf der Stadtebene ermöglicht werden. Deswegen habe ich gesagt, dass wir ein viel größeres Amt brauchen. Das sind keine Gegensätze.

Das Konzept liegt vor. In den nächsten Monaten wollen wir es noch um einen Handlungsplan ergänzen. Sehr häufig werden Integrationskonzepte für die Integrationsarbeit eines Amtes oder einer bestimmten Stelle der Stadt vorgelegt. Wir haben gesagt: Unser Integrationskonzept muss von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden. Das ist kein Trick, sondern eine gezielte Strategie, die bedeutet: Wenn das Konzept vom Stadtparlament verabschiedet wird, dann sind alle Ämter und Dezernate – das in Richtung Herrn Prof. Radtke – beteiligt. Top down funktioniert, wenn es von oben angeordnet wird. Wichtig dabei ist, dass alle Ämter beteiligt werden.

Vor drei Wochen hat eine Amtsleiterkonferenz stattgefunden. Von 65 Amtsleitern in Frankfurt waren 62 dabei. Alle sind hellhörig geworden. Sie haben gesagt: Wenn ein Konzept vom Stadtparlament verabschiedet wird, dann ist das etwas anderes. Dadurch sind die Amtsleiter im Grunde genommen gezwungen, sich an dem Handlungsplan, an dem wir fast ein Jahr arbeiten werden, zu beteiligen. Sie sind verpflichtet, in ihren Ämtern Strukturen zu verändern. Das ist kein Zufall, sondern diese Strategie habe ich bewusst gewählt. Viele haben mich gefragt, was ich damit im Stadtparlament will. Ich bin der Meinung, dass solch ein wichtiges Instrumentarium für die Umsetzung vom Stadtparlament verabschiedet werden muss. – Herr Prof. Radtke, das geschieht auch, um zu vermeiden, dass es nur um die „verdächtigen“ Bereiche wie z. B. Bildung geht. Damit möchte ich nichts abwerten, aber auch in den Bereichen Planung, Wohnen, Verkehr und Kultur müssen Veränderungen stattfinden.

Vernetzung bedeutet, die Planung genau aufeinander abzustimmen. Das ist in den letzten Jahren nicht passiert. Wir hatten eine Integrationsberichterstattung, die ich abgestellt habe, seitdem ich Dezernentin bin. Manches Dezernat hat eine lieblose halbe Seite, manches auch liebevolle anderthalb Seiten geschrieben, und das war es. Solch ei-

ne Berichterstattung kann nicht sein, sondern es muss genau hingeschaut werden, welche Veränderungen in den Strukturen es gab. Das ist das Ziel, das wir durch das Vernetzungskonzept erreichen möchten.

Herr Nogueira, wir haben im Herbst 2009 ein Monitoringkonzept vorgelegt. Ich hätte das Verfahren andersherum gemacht, nämlich erst das Konzept und dann das Monitoring. Zu meinem Bedauern hat sich mein Vorgänger anders entschieden, daher mussten wir das Verfahren nachträglich durchführen. Wir werden es aufeinander abstimmen. Die vielen Zahlen sind nur ein Instrument, das uns hilft, genau festzustellen, welche Defizite in der Bildung oder in anderen Bereichen vorhanden sind. In den Dezernaten gibt es einige Zahlen, aber keine davon sind präzise.

Abg. **Alexander Bauer:** Frau Rudolph, Sie sprechen in Ihrem Konzept in Wiesbaden von Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration; das ist zumindest ein wesentlicher Bestandteil Ihres Konzepts. Es geht auch darum, sich auf ein verbindliches gemeinsames Fundament an Werten zu verständigen. Inwiefern spielt das bei Ihrer Arbeit eine Rolle? Welche Möglichkeiten nutzen Sie, um dieses gemeinsame Fundament zu erarbeiten, zu vermitteln? Ich bitte auch die beiden anderen Sachverständigen um eine Stellungnahme.

Heute Morgen war immer wieder zu hören und Konsens, dass Sprache eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist. Wie beurteilen Sie, dass die frühkindliche Sprachförderung in den Kindertagesstätten jetzt institutionalisiert wurde, aber auch verbindlich überprüft wird? Ist es ein Beitrag, dass es verpflichtende Sprachtests, Sprachstandserhebungen gibt, die dazu führen, dass sich eine Sprachförderung anschließt? Inwiefern beurteilen Sie das als erfolgreiche Maßnahme, oder müsste man hier noch nachsteuern oder das vielleicht sogar ausweiten und intensivieren?

Abg. **Kordula Schulz-Asche:** Gerade von den Vertreterinnen der Großstädte wurden die gesellschaftlichen Milieus und deren Rolle im Integrationsprozess angesprochen. Das ist eine der zentralen Fragen, die uns beschäftigen sollten. Vielleicht sollte sich die Enquetekommission – wir haben uns sehr stark auf Themenbereiche konzentriert – auch noch einmal mit der Frage von sozialen Milieus befassen und welche Rolle sie im Integrationsprozess spielen.

Bei den Zahlen der Stadt Wiesbaden, die Sie gezeigt haben, Frau Rudolph, ist mir aufgefallen, dass wir offensichtlich nicht nur ein Problem bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben, sondern z. B. beim Spracherwerb durchaus auch bei deutschen Kindern. Inwieweit richten sich die Programme, die sowohl in Wiesbaden als auch in Frankfurt in dem Rahmen entwickelt werden, überhaupt noch an bestimmte Migrantenumilieus? Wäre es nicht besser, sich an gesellschaftliche Milieus zu richten, die die Unterscheidung „Migrationshintergrund oder nicht“ gar nicht machen, und das mit einem Aufstiegsversprechen, mit Teilhabechancen für alle Kinder zu verbinden?

Herr Dr. Wendtland, die Stadt Dietzenbach liegt mir aufgrund der Entscheidung, die das Stadtparlament 2006 gefällt hat – Sie hatten es erwähnt –, sehr am Herzen. Ich werde Sie auch nicht fragen, inwieweit die Integration dadurch erleichtert wird, dass ein Bild des Bundespräsidenten oder deutsche Fahnen an der Wand hängen, sondern es geht um Ihr Projekt „Elternschule“. Die Arbeit mit Eltern ist sehr wichtig, weil sie über das Aufstiegsversprechen für die Kinder auch Integrationsleistungen für Menschen ohne Migrationshintergrund liefert. Inwieweit richtet sich Ihre Elternarbeit nur an Personen, die einen

Migrationshintergrund haben, oder ist sie für alle offen? Sie haben gesagt, dass in der betreffenden Schule 90 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben. Es macht aber eigentlich keinen Sinn, eine Elternarbeit anzubieten, bei der man die restlichen 10 % ausschließt. Inwieweit sind Sie dort unter Umständen schon in Überlegungen?

Abg. **Mürvet Öztürk:** Ich möchte meine Frage auf die Metaebene zurückholen. Es geht darum, gelungene Beispiele von Integration zu analysieren. Von fast allen Rednerinnen und Rednern wurde gesagt, dass wir einerseits eine viel vielfältigere Aufnahmegesellschaft haben, als wir es in der Begrifflichkeit oft noch voraussetzen, und dass wir andererseits Integration dann erfolgreich hinbekommen, wenn auch die aufnehmende Gesellschaft mitmacht, wenn wir das aus dem Projektcharakter herausholen und strukturell institutionalisieren. Können Sie aus der Praxis heraus eine Tendenz erkennen oder eine Prozentzahl nennen, wie viel gelungene Integration mit dem Bildungshintergrund der Eltern zusammenhängt und wie hoch der Anteil der Gesellschaft selbst ist, die eine gewisse Durchlässigkeit, eine Aufnahmefähigkeit aufweisen muss, damit Integration überhaupt gelingen kann?

Sie alle haben betont, dass man hinschauen muss. Vor allen Dingen Frau Dr. Eskandari-Grünberg hat gesagt, dass man bei Problemen, die in den Milieus unter Umständen vorhanden sind, die Ursachen feststellen muss. Wenn Sie das tun, wie gehen Sie dann mit diesen Erkenntnissen um? In der letzten Sitzung hat Frau Burkert von der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit erklärt, dass eine Integration beispielsweise in den Arbeitsmarkt trotz hoher Bildungsabschlüsse, guter Ausbildungs- und sprachlicher Voraussetzungen teilweise nur schwer gelingt, weil andere latente Ausgrenzungs-, Diskriminierungsfaktoren eine Rolle spielen. Dann stellt sich die Frage: Wie wollen Sie in Zukunft mit dieser latenten Ausgrenzungstendenz in der aufnehmenden Gesellschaft umgehen, wenn Sie versuchen, Ihre Projekte zielgruppenorientiert auszurichten und bestimmte Menschengruppen zu erreichen? Welche Ansätze haben Sie?

Ich gewinne immer mehr den Eindruck, dass es, ohne beide Seiten der Medaille zu betrachten, in den nächsten fünf oder zehn Jahren sehr schwierig sein wird, große Erfolge zu verzeichnen. Dabei haben wir in der Integrationspolitik schon zu viel Zeit verloren. In welchen Zeitansätzen denken Sie? Wiesbaden hat von Fünfjahreszeiträumen gesprochen. Frankfurt arbeitet schon seit 1989 am Integrationsthema. Es gibt unterschiedliche zeitliche Erfahrungen und Voraussetzungen. An welche Zeitabstände in der Zukunft denken Sie, und wie gestalten Sie dementsprechend Ihre Integrationspolitik?

Abg. **Ismail Tipi:** Frau Rudolph, wie viel Geld ist im Wiesbadener Haushalt für die Integrationsarbeit vorgesehen?

Herr Dr. Wendtland, zu dem großen Brennpunkt in Dietzenbach, dem ehemaligen Starckenburgring: Werden neue Anläufe unternommen, die Probleme in den Brennpunkten zu lösen? Was empfehlen Sie Stadtverwaltungen, um die Fehler, die in Dietzenbach in den vergangenen Jahren begangen wurden, nicht zu wiederholen? Nimmt Dietzenbach auch professionelle Hilfe in Anspruch, um die Probleme zu lösen?

Frau Dr. Eskandari-Grünberg, ich kenne Sie als sehr erfahren, Sie arbeiten schon sehr lange in diesem Bereich. Meine Frage ist etwas provokativ – Frau Öztürk hat bereits gesagt, dass man den Begriff Integration seit 20 oder 25 Jahren hört –: Wird gut gemeinte Integrationsarbeit von vielen Menschen mit Migrationshintergrund vielleicht auch an-

ders verstanden, nämlich dass man sie ausgrenzen will? Denn viele meinen, dass sie eigentlich genug integriert sind, sie identifizieren sich mit der deutschen Gesellschaft.

Wir haben heute mehrfach gehört – auch bei Frau Sharifi –, dass man mit Integration höhere Maßstäbe verbindet, dass es eigentlich nur Menschen mit Abitur und akademischen Berufen zu etwas gebracht haben – Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte – und dass nur sie als gelungene Beispiele vorgeführt werden. Sind nur diese Menschen integriert oder vielleicht auch der Opel-Arbeiter am Band oder der Mitarbeiter des städtischen Bauhofs? Sind diejenigen, die zum Stammtisch gehen, die in einem deutschen Verein Fußball spielen, die mit ihren deutschen Nachbarn die Schlüssel austauschen, wenn sie in Urlaub fahren, nicht integriert? Muss man unbedingt einen akademischen Beruf haben, um ein Vorzeigemigrant zu sein? Es gibt viele Hunderttausend Menschen in diesem Land, die sich in einem gutbürgerlichen Lebensraum aufhalten und gut integriert sind.

Was unternimmt die Stadt Frankfurt in ihrer Integrationsarbeit? Holen Sie sich auch Unterstützung? Kommunizieren Sie z. B. mit den Generalkonsulaten? Gibt es dort eine Zusammenarbeit? Nach dem, was ich in der letzten Zeit gehört habe, gibt es schon einige Probleme, weil sie gar nicht angefragt werden. Dazu bitte ich Frau Dr. Eskandari-Grünberg um eine Stellungnahme.

Abg. **Barbara Cárdenas:** Herr Dr. Wendtland, denken Sie, dass es gerade angesichts der Zahlen – 90 % der Kinder einer Grundschule haben einen Migrationshintergrund – ausreicht, Vorlaufkurse zu machen, oder muss die deutsche Sprache nicht ganz gezielt als reguläres Angebot in Grundschulen, vielleicht sogar in weiterführenden Schulen laufen? Müssen wir dann nicht auch – Frau Dr. Eskandari-Grünberg hat es schon gesagt – zu einer anderen Anerkennung von Mehrsprachigkeit kommen, damit die Ressourcen der Kinder besser genutzt werden können?

Frau Rudolph und Frau Dr. Eskandari-Grünberg möchte ich fragen, wie Sie generell die Bedeutung der deutschen Sprache für die Integration einschätzen. Spielt die Mehrsprachigkeit als Ressource in Ihren Konzepten eine Rolle? Es geht nicht nur um Wertschätzung und Anerkennung, sondern auch um Ressourcen, die man irgendwann vielleicht sogar in Geld umtauschen kann.

Frau **Rudolph:** Die Grundvoraussetzungen und Leitlinien, die in unserem Integrationskonzept festgehalten sind, verstehen wir als den eher normativen Teil. Das Konzept gliedert sich zum einen in den normativen Teil, der bestimmte Postulate festhält, die wir unserem Integrationsansatz zugrunde legen, und zum anderen in den beschlossenen Zielkatalog, das Handlungsprogramm. Das ist die Differenzierung. Wir nutzen diese Grundvoraussetzungen, wenn wir Projekte konzipieren, aber auch wenn wir über Projekte entscheiden. Wir gleichen es nicht Wort für Wort ab, aber das ist unsere Grundbasis, auf der wir Integrationsförderung von Dritten oder anderen Akteuren betreiben.

Unser ausdrucksstärkstes Projekt, bei dem wir insbesondere auf die Werteordnung unserer Gesellschaft abgehoben haben – sie ist sehr stark in die Formulierung eingeflossen –, war die Integrationsvereinbarung mit den islamischen Gemeinden in Wiesbaden.

(Abg. Alexander Bauer: Es gibt aber keine konkreten Projekte für die Wertevermittlung, die Ihren Grundkonsens darstellt?)

– Es gibt keine konkreten Projekte, das stimmt.

Die nächste Frage bezog sich auf die Sprachstandsfeststellungen in Kindertagesstätten. Ich komme nicht direkt aus dem Bereich, kann aber trotzdem sagen, da wir auch dort ein Netzwerk aufgebaut haben, dass ich dies sehr befürworte. Je früher man sich mit der Problemlage befasst, umso besser. Mindestens genauso wichtig ist aber, sich zu überlegen, wie man mit den festgestellten Defiziten umgeht. Dabei gibt es keine systematische Vorgehensweise. Das ist eines der Projekte, die wir jetzt angehen wollen. Welche Institutionen müssen zusammenarbeiten, um die festgestellten Sprachdefizite, die sehr unterschiedlicher Natur sein können – sie können logopädischer Art sein, etwas mit der Herkunftsgeschichte zu tun haben usw. –, systematisch anzugehen?

Zu den Milieus: Ist die Differenzierung im Hinblick auf Sprachdefizite bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund überhaupt sinnvoll? Die Frage muss man sich tatsächlich stellen, da haben Sie vollkommen recht, auch wenn ich Ihnen dazu kein Projekt nennen kann. Aber das treibt auch uns um. Das Ergebnis einer Grundschulstudie über alle vierten Klassen zeigt auf, dass der Migrationshintergrund nicht der erste Punkt für Probleme beim Übergang in die weiterführende Schule ist, sondern die soziale Herkunft. Da muss man ansetzen, das ist vollkommen richtig.

Zu den Ausgrenzungstendenzen in der Aufnahmegesellschaft – das ist ein wichtiges Thema –: Ich würde mich zu weit aus dem Fenster lehnen, wenn ich sagen würde, ich hätte eine gute Antwort darauf. Ich bin immer noch eine Anhängerin davon, Stärken zu stärken, positive Beispiele nach vorne zu bringen, um so einen Klimawandel hinzubekommen. Ausgrenzungstendenzen können so lange Fuß fassen, wie das Klima es zulässt. Ein wichtiger Ansatz ist sicherlich, mit den Medien zusammenzukommen. Dort sehe ich noch ein ganz großes Problem. Es gibt in vielen Punkten eine sehr negative Berichterstattung.

Zu den Finanzen: Ich kann Ihnen im Moment keine genaue Hausnummer sagen. Wir haben einen Sachmitteletat von etwa 300.000 bis 400.000 €. Den Personaletat möchte ich in der Zahl der Stellen ausdrücken: Wir sind zurzeit mit 14 Personen in der Integrationsabteilung vertreten, wobei ich dazu sagen muss, dass wir auch für die Einbürgerung, die Projektförderung sowie die Geschäftsstelle des Ausländerbeirats zuständig sind. Wenn Sie genauere Zahlen haben wollen, kann ich sie Ihnen gern nachliefern.

Zur deutschen Sprache und der Mehrsprachigkeit: Die Beherrschung der deutschen Sprache ist nach wie vor ein wichtiges Thema, auch wenn man es manchmal schon nicht mehr hören kann, weil es so oft betont wird. Sie ist es aber nicht allein. Für Wiesbaden haben wir die Mehrsprachigkeit im Sinne einer Ressource, die man nutzbar machen sollte, ganz klar in den Vordergrund gestellt. Ich würde mir wünschen, wir kämen irgendwann dazu, andere Sprachen als Abitursprache usw. zuzulassen, sie nutzbar zu machen; denn mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Beherrschung der Muttersprache ohnehin die bessere Basis ist, um die deutsche Sprache zu erlernen. Eines unserer Projekte war, dort überhaupt einen Standard zu etablieren und in Fachberaterkreisen zu einer einheitlichen Botschaft zu kommen; denn es herrschte ein Durcheinander, wer was wie empfohlen hat. Das war schon ein eigenes Projekt wert.

Herr **Dr. Wendtland**: Die Frage war, ob man zusätzlich zu den Dingen, die in der Schule passieren, noch ein reguläres Angebot für die deutsche Sprache etablieren sollte. Die Einschätzung von Frau Rudolph, dass die deutsche Sprache eine wichtige Voraussetzung ist, um sich im Gemeinwesen zurechtzufinden, kann ich genauso übernehmen, bin mir aber nicht sicher, ob es dazu zusätzlicher Angebote bedarf. Interessant ist in dem Zusammenhang, dass die beiden Damen, die eine solche Gruppe an der Aue-Schule

etabliert haben, das Erlernen oder Verfeinern der deutschen Sprache zum Aufhänger gewählt haben. Es ist deshalb interessant, weil es sich um zwei Migrantinnen handelt – eine Marokkanerin und eine Makedonierin –, die versuchen, ihre Teilnehmer in der deutschen Sprache weiterzubringen.

Mehrsprachigkeit ist in unserer zunehmend globalisierten und multikulturellen Welt sicher ein Asset. Insofern kann und soll die deutsche Sprache nicht die Herkunftssprache der Migranten ersetzen. Wie man diese Balance findet, dazu bin ich nicht Fachmann genug, aber mir leuchtet sehr stark ein, was Frau Rudolph eben sagte.

Zu der Frage der sozialen Milieus bin ich nicht direkt angesprochen worden, möchte aber trotzdem etwas dazu sagen; denn das hängt mit dem Thema Starkenburgring oder Spessartviertel, wie es heute heißt – zwischendurch hieß es mal Rosenpark –, zusammen. Man hat versucht, durch andere Etiketten die Brisanz herauszunehmen. Hier treibt mich die Frage um: Was von dem, was wir erleben und wofür wir vom Verein her unsere Arbeit einsetzen, ist migrationsbedingt, und was rührt aus sozial schwierigen Verhältnissen her? In diesem Hochhausviertel lebt eine sehr große Zahl von Hartz-IV-Empfängern mit Migrationshintergrund. Die Probleme, die hier entstehen, würden sich ohne Migrationshintergrund möglicherweise aber genauso darstellen.

Wir erleben das auch tagtäglich. Insofern sind eine gute Ausbildung und die Initiativen, die wir in der Elternarbeit ergriffen haben, weniger eine Frage von Aufstiegsansprüchen oder Aufstiegsversprechen der Kinder, sondern das ist die Basis, mit einem Grundlagentrieb an der Gesellschaft teilzunehmen. Akademischer oder beruflicher Erfolg bei Migranten ist sicher etwas Schönes und Nützliches, aber ein großer Teil unserer Mitmenschen ist nicht in der Lage oder nicht willens, die Investition für eine solche Ausbildung zu leisten. Wir müssen eine Basis finden.

Ich habe vor zwei, drei Tagen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel von Herrn Heinsohn zu dem Thema gelesen, dass sich unsere Gesellschaft nicht reproduziert, sondern eine geringere Nachkommenschaft hat, als dass sie in dieser Größenordnung überleben könnte. Er nimmt auch zu den Zahlen Stellung, die ich einfach so hinnehme, wie sie dort standen. Dieses Problem haben auch viele andere Nationen. Die Integrationspolitik, die wir bisher verfolgt haben, hat dem Problem allerdings wenig Rechnung getragen. Wir haben nicht qualifizierte Leute zu uns gerufen, sondern billige Arbeitskräfte. Es begann seinerzeit mit den italienischen Gastarbeitern und ging bis hin zu den Außenstellen der Arbeitsamtsbehörden in der Türkei, die Migranten angeworben haben. Diese haben mittlerweile ihre Familien nachgeholt. Es sind zu einem großen Teil ungebildete, wenig ausgebildete Menschen gewesen, die ihren Lebensstandard in der Gettokultur, die mit dem Starkenburgring angesprochen wurde, natürlich ein Stück weit beibehalten haben. Hier geht es nicht um Aufstieg, sondern zunächst einmal um eine Basis für ein Zusammenleben.

Zum Thema Spessartviertel oder Starkenburgring – es geht dort um vier große Hochhäuser, in denen ein paar Tausend Menschen leben; wenn wir unsere Flugblätter oder Informationszettel in die Briefkästen werfen, ist das immer eine Mehrstundenangelegenheit –: Ein Türke, der dort heute lebt, muss sich nicht integrieren. Er hat selber keinen Nutzen von Integration. Er muss die Sprache nicht beherrschen, weil sein ganzes Umfeld türkisch spricht. Er hat über das Satellitenfernsehen türkische Unterhaltung und Information. Die türkischen Supermärkte sind in unmittelbarer Fußläufigkeit, und seine Moschee ist ebenfalls nah dran. Er hat zunächst einmal keinen Vorteil daraus, sich integrations- oder lernwillig zu zeigen. Wenn das Ganze dann noch in einem großen Umfang passiert, eben in diesem Viertel, dann ist es durchaus ein Problem für die Integration.

Wir wissen aus der Sozialforschung, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen Kontakthäufigkeit und Sympathie gibt; das möchte ich so plakativ formulieren. Deswegen haben wir so viel Wert auf das Thema Begegnung gelegt. Es gibt eine andere Seite dieser Regel, die dahin geht: Je stärker der Binnenkontakt in solchen Gruppierungen auf der zwischenmenschlichen Ebene ist, desto stärker ist die Neigung, sich nach außen abzugrenzen. Insofern ist die Gefahr, dass sich hier Parallelgesellschaften bilden, sehr groß.

Es fällt mir sehr schwer, die Frage zu beantworten, was wir unseren Stadtvätern empfehlen sollen. Diese Wohn- und Lebenssituation ist ungesund; da bin ich mit vielen anderen einig. Ich weiß aber nicht, ob es eine Antwort ist – und überhaupt realistisch darstellbar –, die Hochhäuser abzureißen und durch neue Wohngelegenheiten zu ersetzen. Das war ein ernst gemeinter Vorschlag in unserer Kommune, der auch dahin ging, die Hochhäuser zurückzubauen, sodass es nicht so große Häuser und die Gruppen kleiner sind. Ein vernünftiger Weg wäre, im Wohnumfeld und in der zukünftigen Stadtentwicklung zunehmend gemischte Wohnräume zu schaffen, wo Migranten und Einheimische gut verstanden nebeneinander leben, wobei es dort die gleichen Nachbarschaftsstreits geben wird wie unter Deutschen auch.

Man versucht weiterhin – das wird im Augenblick schon in Angriff genommen –, durch Stadtteilstreife, durch ein effizientes Quartiersmanagement und durch Jugendarbeit in diesem Umfeld die Strukturen ein Stück weit aufzubrechen, um zu Verbesserungen zu kommen. Ein Patentrezept kann ich Ihnen nicht nennen.

Zu der Frage, ob man akademischen oder beruflichen Erfolg haben muss, um integriert zu sein: Natürlich nicht. Man braucht allerdings eine Basis, um sein eigenes Leben selbstbewusst und verantwortlich in die Hand zu nehmen. Das hat auch wirtschaftliche Aspekte. Insofern scheint es mir ganz wichtig zu sein – das wurde schon mehrfach betont –, die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu schaffen, und zwar sowohl von der aufnehmenden Seite, also von den Wirtschaftsbetrieben, als auch von den Voraussetzungen her.

Frau **Dr. Eskandari-Grünberg**: Die Basis des Ganzen ist, dass die Aufstiegsmöglichkeiten überhaupt vorhanden sein müssen. Aufstieg heißt nicht, Akademiker – Jurist oder Arzt – zu sein, sondern es geht darum, von seinem eigenen Standpunkt aus aufzusteigen. Das ist die grundsätzliche Basis.

Die Frühförderung muss viel breiter aufgestellt werden. Das haben wir in Frankfurt schon begonnen. Wir versuchen, sie in neuen Formen überall zu berücksichtigen, aber auch die Verbindungen zwischen den verschiedenen Projekten, die wir durchführen, sind sehr wichtig. Denn manche Familien sind schneller zu erreichen als andere. Es geht auch darum, die Projekte so zu gestalten, dass wir an die schwer erreichbaren Familien herankommen.

Es ist kein Geheimnis, dass es für Kinder Zugangsbarrieren zu Bildungsbereichen gibt, die mit der sozialen Schicht in Verbindung stehen. Die Privatschulen in Frankfurt sind alle international, dort haben alle einen Migrationshintergrund, es gibt aber keine Bildungsproblematik. Der soziale Status der Eltern spielt eine Rolle. Es geht um die Chancengleichheit für diejenigen, deren Eltern das selbst nicht leisten, ihren Kindern nicht geben können. Das ist eine gesellschaftliche, eine politische Aufgabe.



Zur Ausgrenzung: Wir reden immer von den Defiziten der Migranten, wo sie nicht erfolgreich sind und Probleme haben. Integration heißt für mich, unsere Gesellschaft zu gestalten. Daran sind wir alle beteiligt. Dort müssen wir genau hinschauen. Wenn ein Unternehmer Auszubildende ausgrenzt, dann sind nicht die Migranten meine Zielgruppe, sondern der Unternehmer. Das müssen wir verändern. Die Politik muss das Selbstbewusstsein haben, Veränderungen nicht immer in Richtung Migranten anzugehen. Das bemängele ich. Wir gucken nur danach, wie wir die Migranten so schieben können, dass sie Erfolg haben, dass sie ankommen. Wenn die Schuldirektoren ein falsches System in ihrer Schule haben, dann müssen wir mit ihnen arbeiten, in anderen Bereichen mit Unternehmern, Wohnungsgesellschaften, der IHK, aber nicht mit den Migranten. Dieser Fokus ist mir sehr wichtig. Ich habe vorhin das Beispiel des Beirats genannt. Der Präsident der IHK hat mich gefragt: Was wollen Sie von uns? Aufgrund dessen, dass wir sie beauftragt, die Veränderung vorgeschlagen haben, hat die IHK jetzt ein fantastisches, 22 Seiten langes Konzept erstellt. In dieser Weise muss sich der Integrationsbereich verändern.

Zu den Zeitabständen: In den letzten 20 Jahren hat sich in der Integration sehr stark verändert, weil sich auch die Menschen und die Gesellschaft insgesamt verändert haben. Wie schließen diesen Bereich ja nicht ab, sondern versuchen sehr pragmatisch, in der Praxis zu schauen: Welche Bereiche konnten wir abdecken, welche Bereiche sind noch offen? Für mich gibt es nicht den Maßstab: Das sind diejenigen, die es geschafft haben, das sind Erfolgsmigranten. Ich habe schon häufiger gesagt: Wenn wir 30 % der Menschen mit Migrationshintergrund aus der Stadt Frankfurt herausnehmen würden, dann wäre die Stadt lahmgelegt, sie würde nicht funktionieren. Es handelt sich dabei nicht um Akademiker, sondern um ganz normale Menschen, die Ihnen Brötchen verkaufen, die Haare schneiden oder Sie im Restaurant bedienen. Die Zeitabstände müssen wir immer wieder neu entdecken. Wir können nicht sagen: Die Tür ist zu. – Integration heißt, dass sich die Menschen zu Hause fühlen, Chancengleichheit haben, dass wir uns besser verstehen und miteinander auskommen, einander tolerieren und respektieren. Das ist eine menschliche Aufgabe, und zwar nicht nur im Integrationsbereich. Daran müssen wir in einer Stadtgesellschaft arbeiten. Das ist ein langer Prozess.

Zur deutschen Sprache und zur Mehrsprachigkeit: Ein Defizit war, dass wir sehr lange davon ausgegangen sind und dass auch viele der Arbeitsmigranten gedacht haben, es ist gut, wenn sie mit ihren Kindern deutsch sprechen. Ich sage: Nein, das ist nicht gut. Was für ein Deutsch übermittelt eine türkische Mutter ihrem Sohn oder ihrer Tochter, wenn sie selber nicht gut Deutsch spricht? Ihre Stärke liegt darin, ihrem Kind gutes Türkisch beizubringen und nicht schlechtes Deutsch. Die Eltern fühlen sich sehr häufig in ihren Ressourcen stark, wenn sie ihren Kindern das, was sie am besten können, vermitteln. Wichtig ist, dass wir die Eltern in ihren Ressourcen stärken, die sie ihren Kindern mitgeben können. Sehr viele Eltern, die keine Bildungsbürger sind, können ihre Muttersprache nicht so vermitteln, dass sie gut für die Kinder ist. Daher meine ich – Frau Rudolph hat es gesagt, dort sind wir alle d'accord –: Unsere Sprache ist Deutsch, sie soll sehr stark werden, es ist eine schöne Sprache. Wir müssen den Kindern vermitteln, dass das etwas Positives ist, aber auch Ressourcen nicht als spaltend betrachten, sondern unter dem Aspekt der Vielfalt. Das machen wir in der Wirtschaft selbstverständlich, auf anderen Ebenen aber hadern wir damit. Die Ressourcen zu stärken, die die Kinder mitbringen, ist eine Aufgabe der Politik. Wir sollten ihnen die Chance geben; denn ein Auszubildender, der Türkisch und Englisch, Kurdisch oder Armenisch kann, hat bessere Chancen, als wenn er nur Deutsch könnte.

Bei den Generalkonsulaten gibt es noch ein Manko. Das versuchen wir zu verändern. Wir haben die Generalkonsulate zum Frühlingsempfang am 31. März – nicht zum Neu-

jahrsempfang am 1. Januar, sondern zum Frühlingsanfang – in den Römer eingeladen. Das haben wir eingeführt und alle einbezogen. Darum bemühen wir uns.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. – Ich möchte Sie jetzt noch über das vereinbarte Programm informieren: Bevor ich frage, ob es weitere Fragen gibt, können Herr Di Benedetto von der agah und Herr Müller vom Statistischen Landesamt, sofern sie wünschen, das Wort zu einem Kommentar ergreifen. Danach haben die beim letzten Mal nicht anwesenden Sachverständigen, Frau Simon und Herr Prof. Radtke, die Möglichkeit, noch ein Statement abzugeben. Anschließend gehen wir in den nicht öffentlichen Teil zu dem Punkt Verschiedenes über.

Gibt es noch Nachfragen bzw. weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Ihr Part beendet. Wir bedanken uns sehr herzlich dafür, dass Sie uns – das kann ich mit Sicherheit partei- und fraktionsübergreifend feststellen – sehr wertvolle Impulse gegeben haben. Dafür herzlichen Dank an Sie alle.

Herr Di Benedetto, wenn Sie wünschen, können Sie gerne das Wort ergreifen.

Herr **Di Benedetto:** Aufgrund der Zeit versuche ich, das Ganze etwas zu kürzen. Dabei gehe ich entlang des Fragenkatalogs und beschränke mich auf einige grundsätzliche Anmerkungen.

Zu Frage 1: Wie definieren Sie gelungene Integration? Ich müsste Sie jetzt strapazieren, wenn ich über dieses Wort philosophieren würde. Daher möchte ich es dabei belassen, zu sagen: Es ist Konsens, dass Integration kein eindimensionaler Prozess sein kann. Das ist heute sehr deutlich von allen Vorrednern so gesagt worden. Eines der besten Zitate unseres Ministerpräsidenten Koch ist: Integration ist keine Einbahnstraße. – Nachdem die unsägliche Kampagne stattgefunden hat, war das sehr wohltuend.

Durch die Regeln, Normen und das Verhalten des Aufnahmelandes und der Mehrheitsgesellschaft werden die Gewährung von Rechten, der Erwerb von Sprachkenntnissen, die Beteiligung an Bildungs- und Ausbildungssystemen, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die politische Beteiligung von Ausländern sehr stark beeinflusst. Ob sich diese Ausgangslage negativ oder positiv auf die Zugewanderten auswirkt, hängt entscheidend davon ab, ob die Mehrheitsgesellschaft dem Integrationsprozess offen gegenübersteht. Nur dann haben Zuwanderer und Zuwanderinnen, aber auch die Mehrheitsgesellschaft die Möglichkeit, einiges zu bewahren und Neues voneinander zu lernen. Dann kann ein fruchtbarer interkultureller Austausch stattfinden, von dem heute sehr oft die Rede war. Ungenügende Information und mangelnde Sensibilisierung hingegen führen in der Tat zu Diskriminierung und den Parallelgesellschaften, die wir zwar nicht haben wollen, die aber in vielen Ballungszentren – wie sich auch heute gezeigt hat – leider vorhanden sind.

Menschen, die in ein anderes Land ziehen, verlassen ihr gewohntes Lebensumfeld und geben den unmittelbaren Zugang zu ihrer Herkunft auf. Sie müssen sich oftmals Bedingungen anpassen, die sich sehr von den bisherigen unterscheiden, und neue Wurzeln schlagen. Das sind wenige Worte, aus psychologischer Sicht machen diese Menschen aber schwere Zeiten mit. Dies bringt es mit sich, dass von Ausländern im Integrationsprozess die größeren Anteile erbracht werden, und stellt hohe Ansprüche an ihre Ressourcen dar. Ich will das deutlich unterstreichen. Der Prozess des Sich-Einlebens in einem anderen Land ist sehr schwierig.

Wenn es also möglich ist, dass das Potenzial, dass sie als Neuzuwanderer durch ihre Fähigkeiten mitbringen, von ihnen optimal entfaltet und genutzt werden kann, und die Mehrheitsgesellschaft es zulässt, Zuwanderer als Bereicherung zu erleben, kann von gelungener Integration gesprochen werden. Dies gelingt allerdings immer nur dann, wenn beide Seiten ihren Beitrag dazu leisten und Voraussetzungen wie gegenseitiger Respekt, politische und gesellschaftliche Teilhabe, Gleichstellung bzw. Nichtdiskriminierung erfüllt werden. Gelungene Integration ist also gegenseitig bedingt und erst dann erreicht, wenn Gleichberechtigung keine leere Worthülse ist. Das ist auch heute von den Praktikern sehr deutlich hervorgehoben worden.

Zur Integration auf dem Arbeitsmarkt: Wirtschaftliche Integration hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, von der Wohnungssuche bis hin zur Schulwahl für die Kinder. Der Zugang zu einer Erwerbstätigkeit ist daher von zentraler Bedeutung. Neuzuwanderern sollte es möglichst zeitnah zu ihrer Einreise gelingen, entsprechend ihrer Qualifikation im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Erst dadurch werden sie in die Lage versetzt, ihr Potenzial einzubringen. Hierbei ist zwischen neu einreisenden und bereits hier lebenden Zuwanderern sowie zwischen selbstständig Tätigen und abhängig Beschäftigten zu unterscheiden. Zwar gestattet die Gewerbeordnung jedermann den Betrieb eines Gewerbes in Deutschland, allerdings bedarf es dazu gegebenenfalls noch einer ausländischerrechtlichen Erlaubnis. Von denjenigen, die selbstständig tätig werden möchten, müssen, wenn sie aus einem Drittstaat stammen und neu einreisen, die strengen Voraussetzungen des § 21 Aufenthaltsgesetz erfüllt werden. Es gelingt in den allerseltensten Fällen, dass Menschen dem Genüge tun.

EU-Bürgerinnen und -Bürger hingegen, auch wenn sie Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedstaaten sind, kommen in Deutschland grundsätzlich in den Genuss der Dienstleistungsfreiheit. Einer Studie der IHK Frankfurt aus dem Jahre 2009 zufolge sind unter den etwa 10.000 ausländischen Gewerbetreibenden in Frankfurt am Main, im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis fast 45 % polnischer Herkunft. Bei den meisten dieser Firmen handelt es sich um Kleinstunternehmen oder Einmannbetriebe, die ihre Dienste etwa auf Baustellen anbieten. Das Beispiel zeigt, dass ein aufenthaltsrechtlich unbürokratischer Zugang zu selbstständiger Tätigkeit die Aufnahme einer solchen befördert. Wir müssen also schauen, wie wir die rechtlichen Hürden überwinden können, wollen wir die Menschen tatsächlich in Arbeit bringen und damit autonom werden lassen.

Auch in der Studie „Ethnische Ökonomie“ der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg wurde unter anderem festgestellt, dass Gründer mit Migrationshintergrund weniger formale Qualifikationen, dafür mehr Erfahrungen und viele Ideen haben, es jedoch teilweise an den rechtlichen Voraussetzungen mangelt. Die Überprüfung der rechtlichen Einreisebedingungen und Zugangsvoraussetzungen für eine selbstständige Erwerbstätigkeit und die Vereinfachungen sind daher ein zentraler Faktor, wenn wir diese Menschen, die in Teilen langzeiterwerbslos sind, wieder in den Arbeitsprozess einbringen wollen.

Für Neuzuzüge im Rahmen der Arbeitsmigration als abhängig Beschäftigte ist es zwingende Voraussetzung, eine Arbeitsstelle bereits vor der Einreise nachzuweisen. In diesen Fällen ist die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unmittelbar nach der Einreise sowohl praktisch als auch rechtlich gesichert. Allerdings finden Zuzüge nicht immer aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitsmigration statt; eigentlich sind es die allerwenigsten. Das heißt, es ist für uns im Prinzip eine irrelevante Zahl.

Die Erwerbsquote der Ausländer, die sich bereits in Hessen aufhalten, betrug im Jahre 2008 fast 54 %. Das ist eine relativ hohe Zahl und eine deutliche Verbesserung gegen-

über den Werten Ende der Neunzigerjahre. Damals waren wir immer unter 50 %, zwischen 46 und 48 %. Allerdings sagen diese Zahlen nichts darüber aus, ob die Erwerbstätigen einen Beruf ausüben, der ihrer Vorbildung entspricht – um zu einem anderen Thema zu kommen. Damit für Neuzuwanderer und Neuzuwanderinnen sowie auch für bereits hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund die Integration auf dem Arbeitsmarkt möglichst erfolgversprechend beginnt, ist es erforderlich, im Ausland erworbene Schul-, Ausbildungs- und Berufsschulabschlüsse umfassender anzuerkennen. Das Anstreben eines gleichberechtigten Zugangs zum Arbeitsmarkt durch die Beseitigung rechtlicher Einschränkungen ist ein zentraler Faktor, wie sich in der Realität herausstellt.

Im Fall, dass eine vollständige Anerkennung nicht möglich sein sollte – wir wissen um die Probleme –, müssen zumindest Teilanerkennungen ausgesprochen werden können und Defizite in qualifizierungsfähigen Formen festgestellt werden. Zum Erwerb fehlender Teilqualifikationen müssten Maßnahmen zugänglich sein. Dies kann je nach Fallgestaltung gegebenenfalls auch eine intensive persönliche Begleitung der Betroffenen erforderlich machen.

Hierbei möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir in unserem Regelversorgungssystem im Grunde gar kein Angebot haben, Menschen zur Seite zu stehen, die mit solchen Fragestellungen ankommen. Man bekommt einen Dschungel, einen Wust an Informationen, weiß aber nicht genau, welche Stelle wofür zuständig ist. Das können wir so künftig nicht lassen. Zum Glück wird vonseiten des Bundes daran gearbeitet, aber es könnte auch eine Aufgabe des Landes sein, institutionelle Angebote bereitzuhalten, um diese Menschen – es sind nicht wenige – tatsächlich so weit zu unterstützen, dass ihre Berufsabschlüsse anerkannt werden, damit sie in den Erwerbsprozess einsteigen können.

Diskriminierungspraktiken bei Bewerbungen gerade von Schulanfängern und Hochschulabsolventen mit Migrationshintergrund muss mittels geeigneter Maßnahmen entgegengewirkt werden. Benachteiligungen von Migranten bei Bewerbungen können durch unterschiedliche Faktoren ausgelöst werden. Allein ein nicht deutsch klingender Name, ein sprachlicher Akzent oder das Aussehen können dazu führen, dass der Bewerber oder die Bewerberin als anders und damit im Ergebnis als weniger kompetent oder nicht zum Unternehmen passend eingeschätzt wird. Solchen oft unbewussten Einflüssen entgegenzuwirken wäre beispielsweise durch anonymisierte Bewerbungsschreiben bzw. Verfahren gerade bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst möglich. Das Land Hessen könnte hier mit Beispielen vorangehen.

Das eine oder andere werde ich aufgrund der Zeit herauslassen. Auf die Frage der Deutschkenntnisse ist in der Tat schon zur Genüge eingegangen worden. Es ist unstrittig, dass es sich hierbei um eine wichtige Frage handelt. Man muss sich in diesem Land natürlich in der Landessprache artikulieren können. Im schulischen Bereich muss in besonderer Weise dafür Sorge getragen werden, dass der Aspekt der Mehrsprachigkeit nicht nur mehr Wertschätzung erfährt, sondern im Rahmen der Curricula müssen die Sprachen, die wir von morgens bis abends auf den Straßen hören, auch in der Schule gelehrt werden, damit sie jeder, der es möchte, erlernen kann.

Zur äußeren Erscheinung: Integration kann nicht so verstanden werden, dass sie erst erreicht wäre, wenn sie sichtbar wird. Das Prinzip der Akzeptanz und Toleranz gilt natürlich gegenseitig. Kulturelle Besonderheiten sind daher zu akzeptieren. Viele Ausländerinnen, die dem muslimischen Glauben angehören, leben in Deutschland, wurden bereits hier geboren, haben eine Arbeitsstelle, besuchen die Schule, beherrschen die deutsche Sprache und möchten dennoch auf das Tragen eines Kopftuchs nicht verzichten. Die Verwendung – das ist für uns als Landesorganisation ein Thema – religiöser Symbole soll-

te daher nicht unter Hinweis auf die christlich-abendländische Tradition einseitig privilegiert bzw. zugelassen werden. Beispielhaft sind hier z. B. Großbritannien, Schweden und Kanada. Sie erlauben etwa das Tragen von Turban bzw. Kopftuch sogar mit Uniform. Dort wurde eine positive Lösung gefunden, die das Kopftuchtragen auch im Straßenbild ermöglicht und zum Normalfall werden lässt. Die oberste Messlatte kann nur das sein, was durch die Vorgaben des Grundgesetzes gilt und hiervon abgeleitet: Gleiches Recht für alle. Diese Diskussion muss noch geführt werden, wenn es sein muss, auch juristisch entschieden werden.

Zu Frage 2: Welche (institutionellen) Voraussetzungen sind für eine erfolgreiche Integration notwendig? Auch hier möchte ich mich nur auf das Notwendigste beschränken. Zugewanderte, die ihre alte Heimat verlassen haben, begegnen vielem Neuem und Unbekanntem, dem sie sich stellen müssen und zu dem sie zumindest in der Anfangszeit viele Fragen haben. Integrationsaufgaben dürfen nicht allein den Wohlfahrtsverbänden überlassen bleiben, sondern müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden, die eine interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Einrichtungen nach sich zieht. Dies haben wir heute aus den verschiedenen Blickwinkeln hören können.

Dies soll nicht als Alternative zu einer migrationspezifischen Sozialarbeit begriffen werden. Die Stärkung eines kompetenten, qualifizierten und bewährten Beratungsangebots ist jedoch auch in diesem Bereich unerlässlich, da das bestehende Angebot keinesfalls ausreicht, um die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft mit zu tragen. Etablierung und Förderung von Netzwerken, politische Verbindlichkeit und Verantwortung, Partizipation, Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements und wirksame Antidiskriminierungsarbeit sind weitere wichtige integrationspolitische Faktoren, die wir mit auf unsere Agenda setzen müssen, wenn wir die Zukunft in diesem Land ein bisschen besser planen und das Zusammenleben besser gestalten wollen. Insbesondere das Thema Diskriminierung ist, wie ich bereits sagte, ein wichtiger Baustein. Dadurch kann eine positive Spirale in Gang gesetzt werden, in der sich die Akzeptanz von Verschiedenartigkeit, Mitwirkungsmöglichkeiten der Zugewanderten und die Abwehr von Diskriminierungen gegenseitig befördern.

Zu den wesentlichen institutionellen Voraussetzungen zählt meines Erachtens weiterhin die Gewährung zumindest des kommunalen Wahlrechts für alle Drittstaatler. Bei der derzeitigen gesetzlichen Ausgestaltung wird zwischen EU-Bürgern und Staatsangehörigen anderer Länder unterschieden. Staatsangehörige aus den Ländern der EU können das kommunale Wahlrecht unter denselben Bedingungen ausüben wie Deutsche. Dagegen sind Zuwanderer aus anderen Ländern davon ausgeschlossen, obwohl sie zum Teil seit 20, 30 oder auch schon seit 40 Jahren hier leben. Ich glaube, diese Art von Klassengesellschaft ist nicht der richtige Weg, um gemeinsam die Zukunft zu planen.

Diese Menschen werden sich mit ihrer Kommune erst recht nicht identifizieren können, wenn sie nicht ein Mindestmaß an politischer Partizipation haben. Man muss bedenken, dass es in den Großstädten bestimmte Stadtteile gibt, die zu 80 % von Ausländern bewohnt werden. Ich glaube, dass sich die Frage nach der Legitimation von Wahlen stellt, wenn in bestimmten Quartieren ein großer Teil der Menschen überhaupt nicht die Möglichkeit hat, das mitzugestalten, was vor Ort passiert.

Zu Frage 3: Wie kann die Nachhaltigkeit von Integrationsarbeit sichergestellt werden? Hierzu will ich nur auf den Aspekt der Einbürgerung hinweisen. Die Nachhaltigkeit zeichnet sich dadurch aus, dass nicht nur eine positive Auswirkung auf ein einzelnes Individuum zu verzeichnen ist, sondern dass sich diese Auswirkung auch über Generationen

fortsetzt. Deshalb ist jede Einbürgerung wichtig. Leider müssen wir aber feststellen, dass die Einbürgerungszahlen gerade in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen sind.

Da muss man in der Tat handeln. Die Einbürgerungsverfahren müssen erleichtert werden. Die Umsetzung des Wunsches vieler Ausländer, eingebürgert zu werden, ohne dabei die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen, ist in vielen Fällen nicht möglich. Zugleich gibt es gerade im Hinblick auf die Akzeptanz entstehender Mehrstaatlichkeit bei Einbürgerungen viele Ausnahmen, etwa bei EU-Bürgern oder anerkannten Asylbewerbern. Bei Kindern von Eltern, die unterschiedliche Staatsangehörigkeiten besitzen, ist Mehrstaatlichkeit der gesetzliche Normalfall. Hunderttausende sind davon betroffen, und es hat, zumindest nach meiner Kenntnis, noch niemandem geschadet, wenn Menschen zwei Pässe haben und sich mit der neuen Heimat genauso identifizieren können wie mit der alten. Ihre Zahl nimmt kontinuierlich zu.

Das Optionsmodell, also die Entscheidung im Alter von 23 Jahren, sehen wir sehr kritisch.

(Zuruf von der CDU: Wir haben eine eigene Sitzung zu diesem Thema!)

– Ich wollte das erwähnen, weil es für mich im Hinblick auf die Nachhaltigkeit schon eine gewisse Bedeutung hat, bei diesen rechtlichen Gegebenheiten etwas zu machen. Wir können uns die besten Konzepte ausdenken. Aber wenn die juristischen und politischen Vorgaben nicht stimmen, werden wir keine Integration erreichen können – zumindest nicht so, wie wir sie uns vorstellen.

Zu Frage 4: Wie kann gelungene/erfolgte Integration sichtbar gemacht werden? Eine gelungene Integration ist in den meisten Fällen nicht sichtbar. Die Integration kann auch nicht so verstanden werden, dass sie erst erreicht ist, wenn sie sichtbar ist. Es gibt viele erfolgreiche Menschen mit Migrationshintergrund. Problematisch ist jedoch, dass vor allen Dingen Vorfälle in die Schlagzeilen geraten, in denen Ausländer Klischees bedienen und/oder negativ besetzte Bilder bestätigen. Dadurch geraten alle Ausländer oder Zugewanderten in ein falsches Licht.

Untersuchungen in Schweden haben zum Beispiel gezeigt, dass das Schwedischsein auch dadurch definiert wird, dass anderen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Das zeigt sich z. B., wenn Ausländer gegenüber Frauen gewalttätig werden und das mit ihrer patriarchalischen Kultur erklärt wird, während die gleiche Tat, wenn sie von einem Schweden verübt wird – also einem Mann, der der Mehrheitsgesellschaft angehört –, als individueller, psychisch bedingter Vorfall behandelt wird. Schweden bzw. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sind all das nicht, was Ausländer sind. Die Projektion negativer Merkmale auf Zugewanderte trägt also sicherlich dazu bei, ein positives schwedisches Selbstbild zu schaffen.

Es kann z. B., wie es in den Niederlanden bereits erfolgt ist, eine Bewusstseinsbildungskampagne initiiert werden, um eine andere öffentliche Wahrnehmung dafür entstehen zu lassen, wie man diese Menschen betrachten und einbinden kann. Viel stärker muss also die unauffällige Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund, die mitten unter uns leben, wahrgenommen werden. Sie sind Leistungsträger oder auch Durchschnittsbürger.

Hierbei ist es ganz wichtig, dass in Zukunft die Funktion der Medien in besonderer Weise in den Blick genommen wird. Aber das steht auch auf der Agenda der Enquetekommission. Dafür sind wir sehr dankbar.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. – Herr Müller, gibt es aus der Sicht eines Mitarbeiters des Hessischen Statistischen Landesamts etwas zu ergänzen?

Herr **Müller:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Was ist unter Bezugnahme auf die amtliche Statistik zu der Frage, ob eine Integration gelungen ist, beizutragen? Es stellen sich die Fragen: Was können wir messen? Was kann evaluiert werden? In welchem Umfang können wir einen Beitrag leisten?

Die länderoffene Arbeitsgruppe der für Integration und Migration zuständigen Ministerien hat einen Indikatorenkatalog verabschiedet. Wenn es gewünscht wird, könnte ich beim nächsten Mal die Landesdaten, heruntergebrochen auf die Anpassungsschichten, vorstellen. Das ist das Maximale, was dort zu machen ist. In der letzten Sitzung ist dargestellt worden, dass der Mikrozensus dadurch, dass er auf einer 1-%-Stichprobe basiert, bei der Regionalisierbarkeit auf gewisse Grenzen stößt. Aber es ist durchaus interessant, sich die Unterschiede zwischen einem Landkreis wie Fulda mit einem geringen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und dem Rhein-Main-Gebiet anzuschauen. Wenn es gewünscht wird, bereite ich das für die nächste Sitzung vor.

**Vorsitzender:** Das würden wir begrüßen; denn alles, was uns auf diesem Gebiet schlauer macht, hilft uns. Es kann auch gut sein, dass aufgrund Ihrer Informationen gezielte Nachfragen kommen, die in einer der folgenden Sitzungen besprochen werden können. Wir nehmen das Angebot dankbar an. – Frau Simon hat jetzt das Wort.

Sachv. **Birgit Simon:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte mich nur ganz kurz vorstellen. Ich denke, Sie haben heute schon viele Statements gehört, auch was die Kommunen betrifft.

Ich bin Bürgermeisterin der Stadt Offenbach und seit sechseinhalb Jahren hauptamtliche Dezernentin für Jugend, Soziales, Umwelt und Verkehr. Ich bin auch für die Gesundheit, die Ausländerbehörde und die Integration zuständig. In einer Stadt wie Offenbach habe ich bei allen Tätigkeiten und Entscheidungen, die ich vorzubereiten habe, mit dem Thema Migration und Integration zu tun. Um dort erfolgreich Politik zu machen, ist es auch dringend notwendig, sich damit zu beschäftigen.

Es sind heute unterschiedliche Punkte angesprochen worden. Mein größter Wunsch ist, dass Einwanderung zur Normalität wird, dass sie auch als Normalität angesehen wird, dass Einwanderer normale Einwohner unserer Kommunen und Städte sind und dass wir uns, wenn sie Probleme haben, darum kümmern. Wenn sie nicht über genügend Bildungskompetenz verfügen und in der Schule zu wenig Erfolg haben, müssen sich die Schulpolitiker und die Landespolitiker darum kümmern. Die Vertreter der Kommunen müssen sehen, was sie gemeinsam mit dem Bund und dem Land machen können, um die Situation zu verbessern.

Die Stadt Offenbach hat, wie Sie alle wissen – viele verstärken das auch – ihr Image mit dem Thema Migration verknüpft. Das wissen gerade die Frankfurter oder diejenigen, die nahe bei Frankfurt wohnen. Die Medien spielen eine große Rolle, wenn es darum geht, wie Einwanderung in der Kombination mit dem Leistungsvermögen einer Stadt bewertet wird. Damit haben wir viel zu tun. Ich habe Anfang dieses Jahres zusammen mit Gästen aus allen Teilen des Landes auf einem Podium gesessen und zum ersten Mal die positive Erfahrung gemacht, dass der Moderator keine spitze Bemerkung über Offen-

bach zur Auflockerung des Publikums gemacht hat. Vielmehr hat er gesagt, ihn beschäftige schon die ganze Zeit, wie man es – nicht auf 600.000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen, sondern auf 120.000 – angesichts dieser Verknüpfung von Migration und Problemlagen schaffe, das alles zu bewältigen und den sozialen Frieden in der Stadt zu bewahren. Gleichzeitig ist unsere Faschingsprinzessin in Frankfurt gefragt worden – unsere Einwohnerinnen und Einwohner haben sich darüber aufgeregt –, ob sie überhaupt Deutsch sprechen könne.

Es gibt also eine Kluft zwischen dem, was bei uns passiert, und der Art und Weise, wie es gesehen wird: ein hoher Migrationsanteil, Leistungsvermögen, ein guter Umgang damit. Diese Fragen beschäftigen uns, und ich hoffe, dass ich einiges von den Erfahrungen, die ich in den unterschiedlichen Bereichen dieser Stadt gemacht habe – ich bin auch für die Arbeitsintegration zuständig –, in die Arbeit dieser Enquetekommission einfließen lassen kann.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. – Herr Prof. Radtke, auch Sie haben die Gelegenheit, ein kurzes Statement abzugeben.

Sachv. Prof. **Dr. Frank-Olaf Radtke:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Ich bin seit 15 Jahren in Frankfurt Professor für Erziehungswissenschaften, wobei ich für den Bereich Erziehung, Politik und Gesellschaft zuständig bin. Dazu gehört der Schwerpunkt Erziehung und Migration. Durch meine Mitarbeit an der hessischen Variante des Programms „Soziale Stadt“ – HEGISS – habe ich intensive Kenntnisse über das Land Hessen gewinnen können. Ich habe sehr viele Standorte und die dort bestehenden Integrationsprobleme kennengelernt. Unter anderem habe ich mich auch mit dem befasst, was wir heute Morgen über Gießen und Dietzenbach gehört haben.

Ich habe bei der Gelegenheit gelernt – das ist ein Punkt, den ich in dieser Enquetekommission zur Geltung bringen will –, welche hohe Bedeutung die Kommune als die operative Ebene des Sozialstaats hat und welche hohe Bedeutung der Frage zukommt, welche Kompetenzen die Kommunen in den relevanten Funktionsbereichen, auf die sich die Integration bezieht, in Zukunft übertragen bekommen können.

Ich werde Sie vielleicht dadurch überraschen, dass ich als Erziehungswissenschaftler sage: Wenn wir über Integration reden, sollten wir uns davor hüten, dieses Problem zu pädagogisieren oder so zu tun, als ob die Erziehung an die Stelle der Regierung treten könnte. Es ist in gewissem Sinne bundesrepublikanischer Konsens, die Integrationsfrage zunächst einmal eng als Migrationsfrage aufzufassen, dann zu überlegen, wie man den Migranten dabei behilflich sein kann, und schließlich das Ganze auf die Erziehung zu reduzieren.

Gott sei Dank haben wir heute Morgen schon gehört, dass das eine Deutung ist, die an der Realität vorbeigeht. In der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft kommt es für jeden darauf an, hineinzukommen. Da sie eben keine herkunftsdefinierte Gesellschaft mehr ist, sondern eine Leistungsgesellschaft, müssen alle Menschen, Neugeborene wie Zugewanderte, zusehen, wie sie in die Gesellschaft hineinkommen, wie sie von den Funktionssystemen der Gesellschaft in Anspruch genommen werden und wie sie sich dafür qualifizieren.



In diesem Zusammenhang kommt dem Erziehungssystem eine ganz besondere Bedeutung zu. Das Erziehungssystem ist sozusagen der Gatekeeper. Wer das Erziehungssystem nicht erfolgreich durchläuft, hat von vornherein sehr viel geringere Chancen, die anderen Hürden zu nehmen, die die Gesellschaft auch noch errichtet hat. Diese Hürden bestehen strukturell darin, dass die Gesellschaft – damit meine ich jetzt die Weltgesellschaft – nicht mehr alle Menschen braucht, um funktionieren zu können. Anhand der Situation auf dem Arbeitsmarkt erkennen wir deutlich, dass seitens der Wirtschaft auf immer größere Teile der Bevölkerung verzichtet werden kann.

Dies ist das eigentliche Integrationsproblem. Das muss angegangen werden, wenn es darum geht, wie wir mit dem Integrationsproblem und auch mit dem Unterproblem Migration zurecht kommen.

Meine letzte Anmerkung bezieht sich darauf, wie die Rolle eines Wissenschaftlers in einer solchen Kommission aussehen könnte. Die Wissenschaft ist in dieser Gesellschaft nicht mehr der alleinige Produzent von Wahrheit. Das wissen Sie. Es gibt mittlerweile viele, die sich als konkurrierende Anbieter von Wahrheit etabliert haben, nicht zuletzt Beratungsunternehmen.

Was ist also die Rolle eines Wissenschaftlers in einer solchen Kommission? Das war auch das Thema der ersten Sitzung der Enquetekommission. Es ist nicht so, dass wir zu wenig über das Problem wüssten. Beim letzten Mal haben Sie sich mit den Daten vertraut gemacht, heute haben wir allerlei Erfahrungsberichte gehört. Es ist nicht ein Problem des Wissens, sondern ein Problem der Entscheidungen. Aber um kluge Entscheidungen fällen zu können, sollte man über möglichst viele verschiedene Lesarten der Realität verfügen. Die Aufgabe der Wissenschaft besteht heute darin, das Verständnis dessen, was die Realität von uns verlangt, zu erweitern, also theoretische Möglichkeiten zu erschließen und es unter Umständen auch anders zu begreifen, als es uns der öffentliche Common Sense in Bezug auf das Migrationsproblem bisher lehrt.

Ich werde also versuchen, mich hier einzubringen, indem ich ab und zu etwas gegen den Strich lese und schaue, ob man irgendetwas daraus gewinnen kann.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. – Gibt es zu den Statements Nachfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den öffentlichen Teil der Sitzung.

Wiesbaden, 16. April 2010